A 20111 F

Imperialismusanalyse: Neuere Probleme
Westberlin: Entwicklung 1945 - 1972
Westberlin: Hochschulkampf
Arbeiterbewegung: Märzkämpfe 1920
Kapitalismustheorie in der DDR

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

4. Jahrgang Nr. 21 Dez. 1972

AUFSÄTZE UND ANALYSEN		Seite
Ilan Reisin	Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (Teil II)	1
KURZANALYSEN UND BERICHTE		
Thomas Funke	Zur Entwicklung Westberlins 1945 bis 1972	49
DISKUSSION UND BESPRECHUNG		
Georg Hauß, Volker Peschke, Peter Wille	Hochschulkampf in Westberlin	63
Richard Albrecht	Wer wen? Mehr als ein Ärgernis aus dem Verlag "neue kritik"	85
Richard Albrecht	Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920	93
Volker Gransow	Informationen über die Kapitalismustheorie in der DDR?	101

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck:
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte der Deutschen Volkszeitung, des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, des Nachrichten-Verlages, des Verlages Volker Spiess sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Hinweis für alle Abonnenten

Dieser Ausgabe liegen Zahlkarten der SOPO bei. Wir bitten, bis zum Erscheinen von SOPO 22 (Febr. 73) die Abonnementsgebühren für 1973 zu überweisen (DM 18,–). Alle Abonnenten seien ausdrücklich darauf hingewiesen, daß SOPO 22 ff. nur ausgeliefert werden, wenn der Betrag eingegangen ist.

Aufsätze und Analysen

Ilan Reisin

Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (Teil II)*

I Die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Imperialismusforschung

Der Versuch, im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes einen umfassenden Überblick über Probleme und Ergebnisse der Imperialismusforschung der letzten Zeit zu vermitteln, scheitert notwendigerweise an der Masse und inhaltlichen Dichte der Publikationen jüngeren Datums: Die Fruchtbarkeit sowie das wissenschaftliche Niveau der letzten Entwicklungen in der Diskussion hat eine Stufe erreicht, welche es notwendig macht, selbst eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse von vornherein zu beschränken auf einzelne Aspekte, deren Auswahl jedoch so zu treffen, daß trotz der Begrenztheit ein möglichst breites Spektrum der Diskussion gegeben werden kann. Dies unterstellt bereits eine Gewichtung der Probleme, die insofern mißverständlich sein könnte, als in keiner Weise damit die Bedeutung und Ergebnisfülle von Detail- und Spezialuntersuchungen zu gewissen Teilaspekten eingeschränkt werden darf; nur läßt es die zunehmende Kompliziertheit und die damit wachsende Präzision der marxistisch-leninistischen Analyse des Monopolkapitalismus kaum mehr zu, auf so knappem Raum ein bloßes Anschneiden aller Aspekte zu gewährleisten, ohne Verwirrung und Unverständnis zu stiften. Soll aber der Hauptzweck des vorliegenden Beitrages darin bestehen, den Zugang zur geführten Diskussion zu erleichtern, der bereits durch zahllose pseudo-marxistische Aufsätze in der BRD und Westberlin verzerrten Problematik der Imperialismusforschung (1) die Tiefe und Schärfe der marxistisch-leninistischen Analyse entgegenzusetzen, so genügt es in diesem Zusammenhang, einige Grundfragen und Hauptlinien der wissenschaftlichen Arbeit zu benennen, um in etwa den Rahmen und die Ebenen zu kennzeichnen, auf denen dem interessierten Leser eine weitere intensivere Beschäftigung mannigfaltige Möglichkeiten bietet. Diese Einschränkung ist trotz der genannten Gefahr für die vorliegende Arbeit im wesentlichen gedacht als Betonung und Hervorhebung der enormen Fortschritte, die die marxi-

* Der erste Teil dieses Beitrages wurde in SOPO 19, August 1972, S. 51-78 veröffentlicht.

1 So vergl. z.B. Margaret Wirth: KAPITALISMUSTHEORIE IN DER DDR, Frankfurt/Main 1972 und die in diesem Heft veröffentlichte Besprechung von V. Gransow; ebenso hat die von Ernest Mandel ausgearbeitete "Imperialismustheorie" wesentlich zur Verzerrung und Entstellung der Problematik beigetragen; vergl. hierzu die in jeder Hinsicht beachtenswerte Arbeit von Thomas Scheffler: "Zur Kritik der Imperialismus-'Theorie' Ernest Mandels", Teil I und II in: KONSEQUENT, Nr. 8 und 9, 1972.

stisch-leninistische Forschungstätigkeit in den letzten Jahren auf allen Gebieten gemacht hat und der wachsenden Möglichkeit, "Fragen die das Leben stellt" (2) genauestens, wissenschaftlich exakt zu beantworten und damit die Bedingungen zu schaffen, unter denen der Kampf aller antiimperialistischen Kräfte neue starke Impulse erhält, deren Auswirkungen sich bereits auf allen Gebieten, an allen Kampffronten niederschlagen. Wir werden auf diesen Zusammenhang von Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus noch näher eingehen, hier jedoch ist bereits zu klären, welche materiellen Veränderungen und welche Ereignisse innerhalb der kommunistischen Weltbewegung der letzten Zeit diese neue Qualität der Arbeit ermöglicht und vorangetrieben haben. Dabei stellt sich sofort die Frage nach der inneren Verbundenheit zwischen den Veränderungen der Wirklichkeit in den letzten Jahren und der wachsenden Einsicht in die Entwicklungsgesetze und -tendenzen; denn noch immer erheben die Kommunisten den Anspruch, ihre Politik aus der wissenschaftlichen Einsicht in die reale Bewegung zu begründen. Daß 'Wirklichkeit' in diesem Kontext mehr umfaßt als die reale Existenz kapitalistischer Länder kann hierbei nur für den eine Entdeckung sein, der noch immer, auf der Suche nach der dem Kapital immanenten Tendenz zur Internationalisierung seiner Produktionsverhältnisse, die historische Entwicklung und die damit gesetzten absoluten Schranken der Ausbreitung des Kapitalismus vernachlässigt zugunsten einer abstrakt-ahistorischen Gesetzlichkeit, die sich in immer reinerer Form durchsetzen soll; kann nur den überraschen, der die historische Offensive in der Entwicklung der Menschheitsgeschichte noch immer der bürgerlichen Gesellschaft als historisch höchster Gesellschaftsformation zugedenkt. Mag diese Vorstellung der einfachen Unkenntnis der Entwicklungs-Dialektik, mag sie der bürgerlich-verbrämten Konzeption eines noch nicht existierenden "demokratischen Sozialismus" oder mag sie der sektenhaften Vorstellung des "nur-chinesischen Sozialismus" entspringen – in der Konsequenz bleibt sie sich gleich: Es wird ihr nicht gelingen, die heutige Weltsituation auch nur annähernd adäquat zu erklären, den weltweiten revolutionären Prozeß in seinen Hauptstoßrichtungen richtig einzuordnen; bestenfalls resultiert sie in hoffnungsvollem Abwarten utopischer Konzeptionen, schlimmstenfalls mausert sie sich zur Apologetik platter Konvergenztheorien verschiedenster Provenienz. Das Ergebnis ist in allen Fällen das gleiche – alter Antikommunismus gemischt mit neuem Antisowjetismus.

Diametral entgegengesetzt hat die marxistisch-leninistische Einschätzung der heutigen Weltsituation vorzugehen: Sie hat alle Tendenzen, alle Momente zu analysieren, der veränderten objektiven Situation Rechnung zu tragen, ihre Ursachen und Entwicklungsprozesse zu beschreiben, die Resultanten aller unterschiedlich wirksamen Bewegungen zu benennen, die Wechselbeziehung und gegenseitige Bedingtheit aller Bestimmungsfaktoren in ihrer Abhängigkeit zu erklären, die Totalität ihres Untersuchungsgegenstandes nicht zu begrenzen auf die bürgerliche Gesellschaft, sondern auszudehnen auf die gesamte Epoche, in der sich die Menschheitsgeschichte befindet und deren Entwicklung es gesetzmäßig zu analysieren gilt.

So betrachtet, wachsen natürlich mit den objektiven Möglichkeiten des antiimperialistischen Kampfes, mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstab zugunsten des Sozialismus auch die Anforderungen an die marxistisch-leninistischen

2 "Der VIII. Parteitag (der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – d.Verf.) orientierte alle Gesellschaftswissenschaftler auf die Beantwortung der Fragen, die das Leben stellt. Hier bedarf es in der Tat einer umfassenden, ständig auf die aktuelle Entwicklung gerichteten marxistisch-leninistischen Analyse. Die richtige Einschätzung der Probleme des internationalen Klassenkampfes und das rechtzeitige Erkennen neuer Entwicklungsprozesse hängt in bedeutendem Maße von der Art und Weise der Betrachtung, von der Methode des Herangehens ab." Lutz Maier: "Dialektik der Anpassung" in: EINHEIT, Heft 4, Berlin 1972. S. 516.

Parteien und an die wissenschaftliche Analyse. Denn um eine allseitige Nutzung der neuen Möglichkeiten des Kampfes zu gewährleisten, bedarf es in immer größerem Maße einer wissenschaftlich-präzisen Einschätzung der jeweiligen Situation und ihrer Entwicklungstendenz, einer beständigen Konkretisierung neu gewonnener Erkenntnisse, d.h. aber auch einer stärkeren Koordination und Kooperation der verschiedenen Aspekte der wissenschaftlichen Forschung. Um diese Aufgaben in immer besserer und schnellerer Art zu lösen, fanden z.B. im Anschluß an den XXIV. Parteitag der KPdSU und den VIII. Parteitag der SED jeweils Tagungen der Gesellschaftswissenschaftler statt, um die Bedeutung der dort vorgenommenen Einschätzungen und Aufgabenbestimmungen zu erläutern, umzusetzen und zu konkretisieren auf die eigenen Arbeitsbereiche und somit den wachsenden Erfordernissen Rechnung zu tragen (3). Uns erscheinen in diesem Zusammenhang einige Anmerkungen zur Bedeutung von Parteitagen marxistisch-leninistischer Parteien angebracht, da es gerade hierzulande, auch unter Linken, weitverbreitete Auffassung ist, zu meinen, es handle sich bei solchen Ereignissen lediglich um "politische Wahlversammlungen", die mit der Theorieentwicklung des Wissenschaftlichen Sozialismus nichts zu tun hätten, daher sich auch das Studium ihrer Protokolle und Dokumente erübrige. Solche Übertragungen einer für die meisten bürgerlichen Parteien sicher zutreffenden Einschätzung erschwert u.E. den Zugang zu den aktuellen Diskussionen ungemein, daher sei hier nochmals hervorgehoben: "Die wichtigen Marksteine in der Entwicklung der revolutionären Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus entsprechen stets den akuten Erfordernissen der gesellschaftlichen Praxis. Sie hängen immer mit bedeutenden Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung, mit einer besonders intensiven politischen Tätigkeit der fortschrittlichsten Kräfte der Gesellschaft zusammen. Ein solcher Markstein in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie war der XXIV. Parteitag der KPdSU." (4)

"Die historische Bedeutung von Parteitagen besteht darin, daß sie den Erkenntnisprozeß zusammenfassen und so als Meilensteine Orientierung auf die nächste Kampfetappe bieten...

Die Aufgabe der Parteitage besteht also in der reflektierten Bestandsaufnahme, in der Analyse der politischen und ökonomischen Situation und der vorherrschenden politischen und ökonomischen Tendenzen im nationalen und im internationalen Rahmen und daran anknüpfend und orientierend in der Festlegung der nächsten Kampfziele auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Grundstrategie der Partei. ... ...Da sich nichts im Selbstverlauf verändert, alles vielmehr durch das veränderte Verhalten der Menschen verändert werden muß, stellt sich ein marxistisch-leninistischer Parteitag auch als ein umfassender Propagandist und Organisator solch kollektiven Vorgehens und Einwirkens dar." (5)

So stellt sich also für die Gesellschaftswissenschaftler die Aufgabe, "den ganzen theoretischen Reichtum des Parteitages (VIII. Parteitag der SED – d.Verf.) zu erschließen, in Verbindung mit den Erkenntnissen des XXIV. Parteitages der KPdSU und den marxistisch-

3 Vergl. hierzu: "Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus", Bericht über die Tagung der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 14.Oktober1971 in Berlin, in: SOPO Nr. 14/15, Westberlin 1971, S. 177-191. Ebenso DER XXIV. PARTEITAG DER KPDSU UND DIE ENTWICKLUNG DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN THEORIE, APN-Verlag Moskau, 1972.

4 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme der Theorie des weltweiten revolutionären Prozesses", in: DER XXIV. PARTEITAG..., a.a.O., S. 85.

5 H. Gellhardt: "Gedanken eines Westberliner Kommunisten nach den Parteitagen der Bruderparteien einiger sozialistischer Staaten", in: KONSEQUENT Nr. 9/10, 1972.

leninistischen Arbeiten anderer Bruderparteien...Dabei gehen wir davon aus, daß sich im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, mit der Verschärfung des Klassenkampfes und dem Wachsen der revolutionären Weltbewegung nicht nur neue Probleme ergeben, sondern auch unsere bisherigen Erkenntnisse sich vertiefen und verändern. Das ist ein ganz natürlicher Prozeß der Erkenntnis, der Entstehung und Entwicklung des wissenschaftlichen Wissens. Dabei müssen auch bestimmte Theorien aufgegeben werden, die sich in der Praxis als unzureichend erweisen. Die Praxis bleibt immer der Prüfstein unserer wissenschaftlichen Theorien." (6)

Bevor wir nun näher auf die neueren Ergebnisse und Probleme der marxistisch-leninistischen Analyse eingehen, sei noch eine "redaktionelle" Bemerkung gestattet: Angesichts der Schwierigkeit vieler interessierter Leser (besonders in der BRD), an Buch- und Zeitschriftenpublikationen sozialistischer Länder zu gelangen und auch wegen der oft entstellenden Zusammenfassung und Rezension in hiesigen Veröffentlichungen, haben wir uns bemüht, die Autoren der hier zusammengestellten Diskussion soweit wie möglich selbst zu Wort kommen zu lassen, unsere Tätigkeit auf die Zusammenstellung und Gliederung der einzelnen Aspekte beschränkt und versucht sie "organisch" zu verbinden, um nicht durch unnötige Brüche Konfusion zu verbreiten. Man möge daher die Anzahl der Anmerkungen verstehen und sie so nehmen, wie sie gemeint sind, als Anregung zur weiteren Beschäftigung.

II Zum Gegenstand der Imperialismusforschung

Wollte man den Entwicklungsstand der Imperialismusforschung an Hand der neueren Diskussionsbeiträge mit wenigen Worten charakterisierend zusammenfassen, so ließe sich sagen: Die Analyse ist breiter angelegt, sie umfaßt neuere Bestandteile einerseits, andererseits ist sie in vielen Punkten tiefgreifend konkretisiert, immer mehr Zwischenschritte und Vermittlungsglieder sind untersucht und in den Gesamtzusammenhang eingeordnet worden. Diese beiden Merkmale bergen allerdings keineswegs einen Widerspruch in sich, vielmehr sind sie gemeinsamer Ausdruck des steigenden theoretischen Niveaus, der wachsenden Einsicht in die reale Entwicklung. Dabei ist natürlich zu betonen, daß der zunehmenden Geschlossenheit und Präzision der marxistisch-leninistischen Analyse auf der anderen Seite enorm gewachsene Anforderungen der kommunistischen und Arbeiterparteien gegenüberstehen, gilt es doch, den immer mehr gegebenen objektiven Möglichkeiten im weltweiten Kampf zur Überwindung der Menschheitsgeißel Imperialismus Rechnung zu tragen durch eine exakte, wissenschaftlich begründete Strategie und Taktik auf Seiten der antiimperialistischen Kräfte. So wurde auch auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 betont, welche Bedeutung die wissenschaftliche Erforschung des heutigen Imperialismus für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien besitzt: "Diese Analyse ist unerläßlich, weil unsere Parteien gerade auf dieser Grundlage die Massen überzeugen, *daß sie selbst auftreten müssen,* um auf das Kräfteverhältnis der Klassen einzuwirken. Eben auf dieser Grundlage zeigen unsere Parteien, *wo und wie dieses Auftreten der Völker erfolgen muß.*" (7)

Erwähnten wir bereits die Erweiterung des Rahmens der Imperialismusforschung, so darf

6 "Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften..." a.a.O., S. 189f..
7 Waldeck Rochet, Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei auf der INTERNATIONALEN BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, MOSKAU 1969", Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 134.

nicht der Eindruck entstehen, als handle es sich dabei um willkürliche 'Forschergenialität'; vielmehr muß, wie aus dem Folgenden noch zu zeigen sein wird, diese 'Veränderung' verstanden werden als adäquate Widerspiegelung von qualitativen Wandlungen, die mit dem Gegenstand selbst vor sich gehen. Zentrale Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Existenzbedingungen des Imperialismus im Weltmaßstab, das Wechselverhältnis seiner inneren und äußeren Entwicklung; denn: "Der Imperialismus hat sein Wesen nicht verändert, aber man darf ihn heute weniger denn je nur 'für sich' betrachten. Er steht insgesamt, wie auch in seinen einzelnen Teilen, Regionen und Ländern in ständiger Wechselwirkung zur Weltentwicklung als Ganzes, zum internationalen Kräfteverhältnis. Auch die Entwicklung der BRD läßt sich nur hineingestellt in dieses Milieu richtig verstehen. Der Gegenstand der Imperialismusanalyse muß daher heute breiter gesehen werden. Er umfaßt auch die qualitativ neuen allgemeinen Existenzbedingungen des Imperialismus und die Wirkungen des Kräfteverhältnisses – und zwar als eine dynamsiche Größe." (8)

Diese Wechselbeziehung zur gesamten Weltentwicklung läßt sich jedoch nicht isoliert betrachten, etwa derart, daß zunächst der Imperialismus seinen inneren Gesetzen gemäß untersucht wird, um dann anschließend die äußeren Faktoren als nur modifizierende zu betrachten: Mehr und mehr bestimmen die Existenzbedingungen selbst seinen Lebensprozeß, mehr und mehr wird es notwendig, die Imperialismusanalyse als Bestandteil der Gesamtuntersuchung der heutigen Weltsituation zu betrachten, alle Gesetzmäßigkeiten des weltrevolutionären Prozesses, so die Entwicklung und Festigung des sozialistischen Weltsystems, die Krise und den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems und alle sich daraus ergebenden Einwirkungen auf den Imperialismus zu betrachten. "Zum Verständnis der veränderten Position des Imperialismus sind sowohl längerfristige Betrachtungen als auch das Erfassen der sich vor unseren Augen vollziehenden Prozesse notwendig.

Zu Beginn des Jahrhunderts bestimmte der Imperialismus die Entwicklungswege der meisten Völker. Die Gesetzmäßigkeiten der Weltentwicklung waren faktisch identisch mit den Gesetzmäßigkeiten der imperialistischen Ordnung, die internationalen Beziehungen waren Beziehungen zwischen imperialistischen Staaten oder zu deren Kolonien und abhängigen Ländern. Im Verlauf mehrerer Jahrzehnte ist eine grundlegend andere Lage entstanden. Die Weltentwicklung als Ganzes wird nicht mehr vom Imperialismus bestimmt, sondern vom Kampf zweier Gesellschaftsordnungen, von den Gesetzmäßigkeiten dieses Kampfes und des gesamten weltrevolutionären Prozesses, in dem die drei großen Ströme des gesellschaftlichen Fortschritts – das sozialistische Weltsystem, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung – immer mehr zum bestimmenden Faktor der Gesamtentwicklung der Menschheit geworden sind. Die Daten der politischen Weltkarte... bieten ein eindrucksvolles Bild der Veränderungen und der Gewichtsverschiebungen, die die Position des Imperialismus seit der Oktoberrevolution erfuhr. Historisch gesehen haben sich für den Imperialismus die Verhältnisse geradezu umgekehrt: Ordnete er sich früher mehr oder weniger alle Bereiche der Welt unter und zwang sie, sich seinen Interessen und seinen Herrschaftsverhältnissen anzupassen, so ist er nunmehr seinerseits in den Sog eines sich verstärkenden Zwangs zur Anpassung an sein verändertes Existenzmilieu geraten und versucht natürlich, darauf aktiv zu reagieren." (9)

Wir werden noch im weiteren Verlauf auf Bedeutung und Inhalt solch zentraler Begriffe wie "Kräfteverhältnis" oder "Anpassung" eingehen. Um jedoch schon hier zu verdeutlichen, daß es sich dabei nicht um 'lediglich politische' Begriffe handelt, die für den objektiven Entwicklungsgang sowohl des Imperialismus als auch des gesamten weltrevolu-

8 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 520.
9 Ebd., S. 516f..

tionären Prozesses keinen Aussagewert haben, sei soviel bereits erhellt: "Gilt es, die Prozesse des Kampfes gegen den Imperialismus und die dabei wirkenden Faktoren tiefgründiger zu analysieren... (so ist entscheidend hierfür) die Analyse des Kräfteverhältnisses, seiner Bestimmungsfaktoren, des Mechanismus seines Wirkens usw. ...

Der Charakter unserer Epoche hat das Kräfteverhältnis zu einer *zentralen wissenschaftlichen Kategorie für die theoretische Untersuchung des weltrevolutionären Prozesses, vor allem des Kampfes der beiden Gesellschaftssysteme und damit auch für die marxistisch-leninistische Imperialismusanalyse* werden lassen. ...Das Kräfteverhältnis ist vor allem eine *objektive Größe* und gerade als solche Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse. Das gilt sowohl für seine Wirkung als Faktor der langfristigen Tendenzen der internationalen Entwicklung als auch für seine Bestimmung in einer konkreten Situation, einer bestimmten Frage usw. Zu einer Kräftebilanz gehören viele Faktoren, vor allem natürlich die Entwicklung des ökonomischen Potentials, der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, der militärischen Stärke, der politischen Stabilität und Ausstrahlungskraft, die wiederum eng mit der ideologischen Festigkeit der Menschen verbunden ist." (10)

Es lassen sich zusammenfassend einige Momente benennen, die mehr und mehr für die Imperialismusanalyse an zentraler Bedeutung gewinnen: "Die Erfahrungen der letzten Jahre haben einige *methodologische Aspekte der Imperialismusanalyse* besonders in den Vordergrund gerückt:

1. ...Die Kategorie der 'Anpassung des Imperialismus an seine neuen Existenzbedingungen' muß folglich einen festen Platz in unserer Imperialismusanalyse erhalten. Sie bildet einen wesentlichen methodologischen und theoretischen Leitfaden für das Begreifen der heutigen Lage.
2. Die Dynamik der internationalen Ereignisse macht es mehr denn je notwendig, nicht bei der Beschreibung einer gegebenen Situation stehenzubleiben, sondern die Prozesse in ihrer Bewegung, Entwicklung und Veränderung zu erfassen. Wie Lenin schrieb, betrachtet der Marxismus 'alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik ... d.h. nicht im starren Zustand, sondern in der Bewegung. Die Bewegung wiederum wird nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit betrachtet, sondern auch vom Standpunkt der Zukunft'. (11) Das rechtzeitige Aufspüren der in den objektiven Verhältnissen selbst liegenden Möglichkeit der *Veränderung der Lage zu unserem Gunsten* hat angesichts des erreichten Entwicklungsstandes der Klassenkräfte im internationalen Maßstab erstrangige Bedeutung erlangt.
3. In einer Welt, deren Entwicklung maßgeblich durch den Gegensatz zweier Gesellschaftsordnungen vorangetrieben wird, und ebenso in der antagonistischen Gesellschaft des Kapitalismus gilt es, stets 'die widersprechenden Kräfte und Tendenzen in jedweder Erscheinung' (12) aufzudecken, also Wirkungen und Gegenwirkungen, *Tendenzen und Gegentendenzen in den gesellschaftlichen Prozessen* zu erfassen. Einseitigkeit der Betrachtungsweise kann zu ernsthaften Fehleinschätzungen, z.B. zur Unterschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten, aber auch zur Geringschätzung der Kräfte des Gegners führen.
4. Gerade die innere Widersprüchlichkeit der Erscheinungen und Prozesse bedingt, daß objektiv, je nach der gegebenen Kräftesituation und der Art und Weise des Agierens dieser Kräfte, verschiedene Möglichkeiten der weiteren Entwicklung gegeben sind. Da die gesellschaftliche Auseinandersetzung von Klassen, von Menschen geführt wird, geht der Marxismus-Leninismus von der *Beeinflußbarkeit der Entwicklung* – natürlich in einem bestimmten Rahmen – aus.

10 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 517.
11 W. I. Lenin: "Karl Marx", WERKE, Bd. 21, S. 64.
12 W. I. Lenin: PHILOSOPHISCHE HEFTE, WERKE, Bd. 38, S. 212.

5. Die Untersuchung und Aufdeckung der Absichten und Ziele des imperialistischen Gegners gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Imperialismusforschung. Man darf dabei jedoch nicht stehen bleiben, zumal die Möglichkeiten ihrer Durchkreuzung, Zurückdrängung und Verhinderung größer denn je sind. Die aus dem Kampf der Klassen, dem Zusammenstoß der gegensätzlichen Kräfte, Absichten und Ziele sich ergebende 'Resultante der historischen Entwicklung', wie Lenin sich ausdrückte (13) gewinnt damit als Gegenstand unserer wissenschaftlichen Untersuchungen wachsende Bedeutung. Die Wirklichkeit beweist, daß die *wachsende Kluft zwischen den subjektiven Absichten des Imperialismus und dem tatsächlichen Gang der Dinge* ein charakteristisches Merkmal der Lage darstellt, wenn es auch nicht gleichmäßig in den verschiedenen Regionen der Welt in Erscheinung tritt." (14)

Natürlich sind damit nicht alle Fragestellungen und Probleme der Imperialismusanalyse erschöpfend benannt, vielmehr geht es zunächst einmal um die Klärung des methodischen Ansatzes, die Beantwortung einiger Grundfragen sowie um die theoretische und historische Bewertung des heutigen Imperialismus. So gehören ohne Zweifel "das Verhältnis von Monopolen und Staat, die Rolle des Staates in der Wirtschaft, die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu den zentralen Fragen der marxistischen Imperialismusanalyse. Mit Nachdruck wurde dies durch die reale Entwicklung der 60er Jahre bestätigt, da sich in den entwickelten kapitalistischen Staaten zahlreiche neue Formen der ökonomischen Aktivität des imperialistischen Staates herausbildeten. Die weitaus labilere Lage in der kapitalistischen Weltwirtschaft, die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie die vom Kampf zweier Gesellschaftssysteme ausgehenden Einflüsse stellen die allgemeinen Triebkräfte dieser neuen Erscheinungen dar." (15)

Auch in den neuen umfassenderen Werken zum Imperialismus schlägt sich im Aufbau sowie in der inhaltlichen Verknüpfung der Probleme immer deutlicher die Notwendigkeit nieder, bei der Erörterung aller Fragen immer wieder den Zusammenhang zwischen äußeren und inneren Faktoren des Imperialismus zu reflektieren (16). So betont Heinz Petrak in seiner Rezension der Analyse des heutigen Kapitalismus von Wygodski: "Die gesamte Untersuchung im Buch erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Verflechtung des Hauptwiderspruchs unserer Zeit (des Widerspruchs zwischen Sozialismus und Imperialismus) mit dem Grundwiderspruch des Kapitalismus (zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der An-

13 W. I. Lenin: "Karl Marx", a.a.O., S. 48.
14 Lutz Maier: "Dialektik..." a.a.O., S. 516.
15 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus – neue Erscheinungen" in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Heft 3, 1972, S. 390.
16 Von den neueren Lehrbüchern oder umfassenden Analysen des Imperialismus werden im Folgenden von uns eingehender erwähnt:
a) N. N. Inosemzew u.a.: POLITISCHE ÖKONOMIE DES HEUTIGEN MONOPOL-KAPITALISMUS, Verlag Mysl, Moskau 1970, 2 Bände; deutsche Ausgabe, Berlin: Dietz-Verlag, 1972, eine Besprechung ist erschienen: EINHEIT, Heft 1, Berlin 1972, S. 117-120 (H. Heininger).
b) S. L. Wygodski: DER GEGENWÄRTIGE KAPITALISMUS. VERSUCH EINER THEORETISCHEN ANALYSE, Verlag Mysl, Moskau 1969, deutsche Ausgabe, Berlin: Dietz-Verlag, 1972, eine Besprechung ist erschienen in: EINHEIT, Heft 6, Berlin 1972, S. 821-825 (H. Petrak).
c) Autorenkollektiv: LE CAPITALISME MONOPOLISTE D'ETAT (Der staatsmonopolistische Kapitalismus), Editions sociales, Paris 1971, die Herausgabe in deutscher Sprache steht bevor; eine Besprechung ist erschienen in: EINHEIT, Heft 12, Berlin 1972, S. 1415-1419 (P. Hess), vgl. vom selben Autor in SOPO 14/15, Dez. 1972, S. 211ff..

eignung)" (17); denn "ein Vergessen der grundlegenden, sozusagen klassischen Eigenschaften des Kapitalismus ist ebenso unzulässig wie eine Unterschätzung einer selbständigen und neuen Analyse des Kapitalismus auf der gegenwärtigen Stufe seiner Entwicklung" (18).

Auch die Gliederung und Behandlung der Probleme in einem anderen bedeutenden Werk zur Erforschung des Monopolkapitalismus (19) läßt die erwähnten methodischen Überlegungen in hervorragender Weise erkennen (20): "Das zweibändige Werk gliedert sich in fünf Hauptabschnitte: Der Platz des Imperialismus in der heutigen Welt; Haupttendenzen der ökonomischen Entwicklung des Monopolkapitalismus; die Rolle des Staates in der Wirtschaft des Monopolkapitalismus; das System der internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen des heutigen Kapitalismus; Klassenkampf und revolutionärer Weltprozeß... Über das Grundanliegen und das methodische Herangehen der Autoren gibt vor allem der einleitende Hauptabschnitt 'Der Platz des Imperialismus in der heutigen Welt' Aufschluß. Den Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Frage bildet die Analyse der allgemeinen Krise des Kapitalismus.' ...

'Die grundlegende Triebkraft der allgemeinen Krise des Kapitalismus sind die inneren Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems, das seine imperialistische Struktur behält...' (21) Gleichzeitig erlangt der Sozialismus wachsenden Einfluß auf die Reproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft. Er untergräbt das Prinzip der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung und entlarvt die ökonomischen, politischen, juristischen und moralischen Prinzipien des Kapitalismus... 'Wenn man die Welt als Ganzes betrachtet, dann verwandelt sich die Einwirkung des Sozialismus auf den Kapitalismus in einen wichtigen Bestandteil des gesamten Mechanismus der Weltentwicklung. Die Hauptgesetzmäßigkeit der Weltentwicklung wird der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.' (22)" (23)

Wird mehrfach in den zitierten Ausführungen auf den grundlegenden Widerspruch unserer Epoche hingewiesen, der Existenz und dem Kampf zweier entgegengesetzter Gesellschaftsformen, so erscheint uns hier eine Verdeutlichung zur Einschätzung der heutigen Weltsituation angebracht, eine kurze Kennzeichnung dessen, was exakt unter dem Begriff "moderne Epoche" und umfassend in der Theorie des weltweiten revolutionären Prozesses zu verstehen ist (24). Da diese Einschätzung bestimmend ist für die Stellung des Imperialismus in der Welt und damit für seine Existenz – und Entwicklungsmöglichkeiten dürfen diese Ausführungen nicht gedeutet werden als Exkurs, sondern als die historischen und theoretischen Rahmenbedingungen, deren Einordnung erst den Zugang zur Erforschung des heutigen Imperialismus eröffnet. Im Programm der KPdSU ist die veränderte Weltsituation folgendermaßen charakterisiert: "Die moderne Epoche, deren Hauptinhalt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bildet, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab." (25)

17 H. Petrak (Besprechung), a.a.O., S. 823.
18 S L. Wygodski: DER GEGENWÄRTIGE..., a.a.O., S. 7 (russ.).
19 N. N. Inosemzew u.a.: POLITISCHE ÖKONOMIE... a.a.O..
20 H. Heininger (Besprechung), a.a.O., S. 117f..
21 N. N. Inosemew u.a.: POLITISCHE ÖKONOMIE..., a.a.O., Bd. 1, S. 9.
22 Ebd., S. 11-12.
23 H. Heininger (Besprechung), a.a.O., S. 118f..
24 Vergl. B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O..
25 PROGRAMM UND STATUT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION, Berlin 1961, S. 5.

Es ist klar, daß nicht allein der Niedergang des Kapitalismus im Weltmaßstab – die allgemeine Krise des Kapitalismus – Inhalt und Gegenstand der modernen Epoche bildet; die gesetzmäßige Entwicklung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems mit der Sowjetunion an der Spitze, sowie die Entwicklung der früheren Kolonien stellen gemeinsam mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Haupttendenzen der Weltsituation dar, die erst in ihrer Wechselbeziehung und als unterschiedlich bestimmend für den weiteren Verlauf die Totalität des Gegenstandes ausmachen: "Die moderne Epoche ist nicht nur die Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus, sondern gleichzeitig auch die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Wer also die gegenwärtige Epoche lediglich als Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus bezeichnet, charakterisiert sie damit nur einseitig." (26)

Die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien kennzeichnete die heutige Situation folgendermaßen: "In das letzte Drittel unseres Jahrhunderts ist die Menschheit in eine Situation eingetreten, in der sich die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, zwischen Sozialismus und Imperialismus zuspitzt. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind die wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: die Wirtschaft, die Politik, die Ideologie und die Kultur." (27)

Hinsichtlich der theoretischen Entwicklung in den kommunistischen Parteien ergeben sich aus dieser Einschätzung verschiedene Fragen, deren Behandlung immer mehr in den Vordergrund rückt: "Die Probleme des weltweiten revolutionären Prozesses stehen im Mittelpunkt der Entwicklung des theoretischen Gedankenguts der internationalen kommunistischen Bewegung. Dazu gehören:
- Die Besonderheiten und Formen des Ringens der beiden Weltsysteme in der gegenwärtigen Etappe;
- die zunehmende Labilität des Kapitalismus als Gesellschaftssystem, die historische Unzulänglichkeit seiner Versuche, sich den neuen Bedingungen anzupassen;
- das Anschwellen der revolutionären, antiimperialistischen Bewegung und die Probleme, die sich in diesem Zusammenhang für die marxistisch-leninistische Avantgarde ergeben;
- einige Fragen des revolutionären Prozesses in Lateinamerika;
- die Probleme der nichtkapitalistischen Entwicklung der freigewordenen Länder;
- die zunehmende Rolle der kommunistischen Parteien im revolutionären Prozeß, die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes gegen alle Erscheinungsformen des Revisionismus und Opportunismus." (28)

Auch die Tagung der Gesellschaftswissenschaftler der DDR stellte im Anschluß an den VIII. Parteitag fest: "Eine der wichtigsten Aufgaben (ist) die Darstellung der wachsenden Rolle der Sowjetunion und des sozialistischen Weltsystems als Gesetzmäßigkeit im weltrevolutionären Prozeß. Es sind konkrete Untersuchungen über den Einfluß des Weltsozialismus auf die anderen antiimperialistischen Strömungen nötig.

26 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen der Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus", in: SOWJETWISSENSCHAFT, Heft 3/1972, S. 298. Es handelt sich bei diesem Aufsatz um eine Auseinandersetzung mit zwei Artikeln, die in der sowjetischen Zeitschrift WELTWIRTSCHAFT UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN von M. Dragilew veröffentlicht wurden. Die deutsche Übersetzung des zweiten erschien in SOWJETWISSENSCHAFT, Heft 12/1971.
27 INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, Moskau 1969, Dokumente, Berlin 1969, S. 10 (im folgenden zitiert als DOKUMENTE DER...).
28 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme..." a.a.O., S. 87f..

Vor allem aber sollten die Ergebnisse derartiger Forschungen und Untersuchungen über die Entwicklung und Rolle des sozialistischen Weltsystems noch rascher und breiter für die ideologische Erziehungsarbeit wirksam genutzt werden. Damit fördern wir die Offensive des Marxismus-Leninismus. Zugleich treten wir damit konstruktiv den bürgerlichen, sozialdemokratischen, antikommunistischen Verfälschungen und Verleumdungen des real existierenden Sozialismus entgegen." (29)

Die Notwendigkeit der Erforschung und Beantwortung dieser Fragenkomplexe liegt auf der Hand; denn ist die gegenwärtige Weltsituation gekennzeichnet durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, so ist der antiimperialistische Kampf an allen Fronten eben das bestimmende Merkmal dieser Epoche. Daß dabei eine verschiedene Gewichtung der einzelnen Stoßkräfte vorgenommen werden muß, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Wechselbeziehung, unter der nur der gemeinsame Kampf erfolgreich zu führen ist: "Gegenwärtig vereinigen sich im Weltmaßstab drei mächtige antiimperialistische Kräfte: das sozialistische Weltsystem mit der SU an der Spitze, die internationale Arbeiterbewegung und die nationalen Befreiungsbewegungen. (30)
Man muß davon ausgehen, daß diese drei antiimperialistischen Hauptkräfte trotz ihrer Unterschiede nur an verschiedenen Frontabschnitten *einer* Front gegen den Imperialismus kämpfen und daher alles unternommen werden muß, um die einzelnen Hauptkräfte und ihre Abteilungen für einen koordinierten und bewußt zusammenhängenden Kampf zu organisieren. Dabei ist 'das sozialistische Weltsystem die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf'. (31)
Die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach dem 2. Weltkrieg und seine wachsende politische, ökonomische und militärische Stärke haben die allgemeine Krise des Kapitalismus bedeutend verschärft. Sozialismus und Kapitalismus stehen sich heute nicht gleichgewichtig gegenüber: Die *bestimmende* geschichtliche Kraft unserer Epoche ist der Sozialismus." (32)
"Das sozialistische Weltsystem und seine Erfolge im Aufbau des Sozialismus haben besondere Bedeutung für den Kampf an allen antiimperialistischen Fronten. Dabei gilt grundsätzlich für jeden Erfolg einer der drei antiimperialistischen Hauptkräfte, daß er zugleich eine Verbesserung der Stellung der anderen Hauptkräfte im Kampf gegen den Imperialismus bewirkt." (33)

Muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Entwicklung des Imperialismus, neuere Erscheinungen und Tendenzen nur betrachtet werden können unter Berücksichtigung aller innerer und äußerer Bestimmungsmomente, so ist in diesem Zusammenhang unmittelbar einsichtig, daß die Analyse jeweils auch den Entwicklungsstand und die -tendenzen des sozialistischen Weltsystems zu beachten hat. Erreicht der Aufbau und die Festigung der sozialistischen Gesellschaft qualitativ neue Stufen, so ändern sich auch für den Imperialismus umfassend seine äußeren Bedingungen, immer mehr Schranken treten ihm gegenüber und zwar auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, ökonomische, politische, kulturelle und ideologische. Wir werden noch auf die jeweilige Abhängigkeit des internationalen Kräfteverhältnisses von der erreichten Entwicklung des real existierenden Sozialismus eingehen, zuvor sei jedoch schon kurz die erreichte Stufe der sozialistischen Gesellschaft charakterisiert: "Das gegenwärtige Entwicklungsstadium der sozialistischen Länder wird von der marxistisch-leninistischen Theorie

29 "Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften..." a.a.O., S. 183.
30 Vgl. Hauptdokument der Moskauer Beratung 1969, in: DOKUMENTE DER... a.a.O..
31 Ebd.
32 Gellhardt/Narajek: "Zu einigen Aspekten des antiimperialistischen Kampfes in Westberlin", in: KONSEQUENT Nr. 6, 1971, S. 16.
33 H. Gellhardt: "Gedanken eines ...", a.a.O., S. 15.

der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zutreffend und übereinstimmend als 'entwickelte sozialistische Gesellschaft' bezeichnet." (34)
"Die sozialistische Staatengemeinschaft (ist) in eine höhere Phase ihrer ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit eingetreten." (35)

Die Riesenerfolge, durch die die neue Etappe sich im einzelnen auszeichnet, näher aufzuzählen verbietet der knappe Raum; daß jedoch auch grundlegend neue qualitative Merkmale dabei hervortreten wird noch an näheren Punkten zu nennen sein: "Während sich in den 60er Jahren die tiefen Widersprüche und Konflikte in Ökonomie und Politik der imperialistischen Hauptmächte zugespitzt haben, sind in der gleichen Zeit die sozialistischen Staaten in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten. Sie ist dadurch gekennzeichnet, 'daß in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern das System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft so verändert wird, daß alle Vorzüge und Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft voll zur Entfaltung gebracht werden können und es der Dynamik der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht.' (36) Das wurde vor allem notwendig, um die wissenschaftlich-technische Revolution als spezifische Form der Entwicklung der Produktivkräfte in schnellem Tempo zu meistern und mit der sozialistischen Revolution zu einem Prozeß zu verbinden. Im Ergebnis dessen wächst die politische und ökonomische Macht des Sozialismus." (37)

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch die Konferenz von Gesellschaftswissenschaftlern der UdSSR zu Bedeutung des XXIV. Parteitages der KPdSU für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie: "In den Dokumenten der (Internationalen – d. Verf.) Beratung und des XXIV. Parteitags wurde hervorgehoben, daß das sozialistische Weltsystem, dank der Gemeinsamkeit der sozialen Ordnung, dank der Übereinstimmung der Grundinteressen und Ziele der Völker der sozialistischen Länder bei einer richtigen Politik der marxistisch-leninistischen Parteien unbeirrbar entwickelt und gefestigt, daß seine Rolle als entscheidende antiimperialistische Kraft, als Bollwerk des Friedens und sozialen Fortschritts gesteigert werden kann. Der Lauf der Ereignisse bestätigt die unanfechtbar Richtigkeit dieser Schlußfolgerung." (38)
"Die sozialistischen Länder sind in die Phase eines neuen, steilen Aufstiegs der Wirtschaft und des Volkswohlstands eingetreten. Auch die Zusammenarbeit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft geht in allen Bereichen auf einer höheren Stufe vonstatten." (39)

Diese Entwicklungen lassen immer mehr das sozialistische Weltsystem mit der Sowjetunion an der Spitze zur entscheidenden Stoßkraft im antiimperialistischen Kampf werden, immer mehr wird es auch zur Notwendigkeit, den Kampf aller anderen Kräfte zu koordinieren und in Einklang zu bringen mit der Offensive der sozialistischen Länder auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet: "Die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf ist und bleibt das sozialistische Weltsystem mit der Sowjetunion an der Spitze. Seine erfolgreiche Entwicklung hat die Voraussetzungen zur Beschleunigung des historischen Fortschritts geschaffen und neue Perspektiven für das Voranschreiten und den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt eröffnet." (40)

34 "Aufgaben der Gesllschaftswissenschaften...", a.a.O., S. 181.
35 Ebd., S. 183.
36 Walter Ulbricht: DIE BEDEUTUNG UND DIE LEBENSKRAFT DER LEHREN VON KARL MARX FÜR UNSERE ZEIT, Berlin 1968, S. 24.
37 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS ZU LENINS WERK 'DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS', Berlin 1971, S. 194.
38 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 86.
39 Ebd., S. 91.
40 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 215

"Vor allem durch seine wachsende wirtschaftliche Macht wird der Beitrag des sozialistischen Weltsystems zur gemeinsamen Sache der antiimperialistischen Kräfte bestimmt 'die schnelle Entwicklung der Volkswirtschaft der Länder des sozialistischen Systems, deren Tempo das wirtschaftliche Wachstum der kapitalistischen Länder übertrifft, die Erringung führender Positionen in einer Reihe von Bereichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch den Sozialismus, die Erschließung des Kosmos durch die Sowjetunion – all diese realen Ergebnisse der schöpferischen Arbeit der Völker der sozialistischen Länder fördern entscheidend das Übergewicht der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus über den Imperialismus.' (41)" (42))

Daß diese Entwicklung nicht zufällig erfolgt, daher auch bei aller Anstrengung der imperialistischen Länder – angefangen vom offenen Interventionskrieg, über den "kalten Krieg" bis hin zur Verstärkung des ideologischen Kampfes gegen den Sozialismus – nicht aufzuhalten ist, bestärkt nur die Bedeutung des sozialistischen Weltsystems für alle antiimperialistischen Kräfte.

"Vor allem wäre folgendes hervorzuheben. Der Einfluß des Weltsozialismus auf das gesellschaftliche Leben in der nichtsozialistischen Welt wird bedeutend stärker. Das ist auch durchaus logisch. Stellt doch der Sozialismus eine qualitativ höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Man kann sagen, daß der Sozialismus und der Kapitalismus die aufsteigende bzw. absteigende Linie der gesellschaftlichen Entwicklung verkörpern." (43)

III. Allgemeine Krise und staatsmonopolistischer Kapitalismus

"Die Probleme der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehören zu den aktuellsten Fragen der ökonomischen Theorie des Imperialismus." (44)

In der Tat haben diese Probleme einen größeren Raum in der Diskussion der letzten Jahre eingenommen, wobei die Fragestellungen komplexer Natur sind und ihre Bearbeitung einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert für das methodische Vorgehen bei der Analyse des heutigen Imperialismus einnehmen. Dazu gehören Fragen wie: Bezieht sich der Begriff allgemeine Krise nur auf den Kapitalismus, oder ist es sinnvoll von der "Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus" als umfassende Charakterisierung für die ganze Weltsituation zu verwenden (45); die Frage nach dem Verhältnis von allgemeiner Krise und Imperialismus – ist die allgemeine Krise eine Grundeigenschaft des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus; das Verhältnis von staatsmonopolistischem Kapitalismus und allgemeiner Krise – ist der staatsmonopolistische Kapitalismus Merkmal aller Etappen der allgemeinen Krise oder besonderes Kennzeichen einzelner Etappen; bedarf es einer Korrektur am "Sortiment" von Merkmalen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wie sie in der Literatur vor dem zweiten Weltkrieg gewöhnlich zu finden waren, etc.?

Zur Kennzeichnung des Gegenstandes des Begriffs allgemeiner Krise des Kapitalismus sowie zur Klärung des Verhältnisses zum gesamten Imperialismus findet sich übereinstimmend in den neueren Publikationen folgende Position: "Die allgemeine Krise des

41 DOKUMENTE DER..., a.a.O., S. 26-27.
42 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 192.
43 B. Ponomarjew: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 89.
44 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 297.
45 Vgl. Anmerkung 32; Dragilew schlägt vor, den Begriff 'Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus' auszudehnen, und auch Entstehung, Entwicklung und das Wachstum des sozialistischen Systems darin einzuschließen.

Kapitalismus ist eine allseitige und für die Bourgeoisie unüberwindliche Krise des kapitalistischen Weltsystems. Sie erfaßt alle Seiten des Kapitalismus, sowohl die Wirtschaft als auch die Politik, die Kultur, die Ideologie usw. Sie umfaßt jenen letzten historischen Zeitabschnitt der Existenz des Kapitalismus, in dem sich der gesetzmäßige Prozeß seines Niedergangs und seiner revolutionären Ablösung durch den Sozialismus im Weltmaßstab vollzieht." (46) Dabei muß man "zwischen der gegenwärtigen historischen Epoche und der allgemeinen Krise des Kapitalismus unterscheiden, wobei der erste Begriff umfassender ist und den Übergang der menschlichen Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus zum Inhalt hat, während sich der zweite auf das kapitalistische System bezieht und dessen innere Zersetzung, dessen revolutionäre Beseitigung bedeutet." (47)

"Worin besteht das Wesen der allgemeinen Krise des Kapitalismus? Im Programm der SED heißt es: 'Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist eine allumfassende Krise, die in der fortschreitenden Zersetzung und Schwächung des kapitalistischen Systems in ökonomischer, politischer, kultureller und ideologisch-moralischer Hinsicht zutage tritt.' (48) Die allgemeine Krise des Kapitalismus, die im Verlauf des ersten Weltkrieges entstand und sich im Ergebnis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verschärfte, ist der historische Niedergangsprozeß des Kapitalismus im Weltmaßstab." (49) "Als Ergebnis von Prozessen, die den Kapitalismus von außen wie auch von innen beeinflussen, ist die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems durch eine tiefe Störung seines Mechanismus gekennzeichnet, eine Störung, die alle Bereiche der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und den ganzen vielstufigen Überbau der kapitalistischen Gesellschaft erfaßt." (50) Oder will man den Begriff bildlich verdeutlichen, so läßt sich feststellen: "Erschreckend konkret lehren uns die USA heute, was allgemeine Krise des Kapitalismus bedeutet: Blind für alles, was nicht Profit heißt, taub für alles, was Kultur ist – so torkelt dieser Riese an materiellen Gütern, militärisch-technisch voll ausgerüstet in der Weltgeschichte von 1970 herum und schlägt auf alles, was Mensch heißt, im eigenen Staat und in fremden Ländern." (51) Dabei ist die Beziehung zwischen allgemeiner Krise des Kapitalismus zum gesamten Imperialismus genau gekennzeichnet: "Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist ein besonderes Stadium innerhalbeines großen Stadiums – des Monopolkapitalismus." (52)

Es ist notwendig, "im Rahmen der gesamten Epoche des Imperialismus ein besonderes *Stadium* – die allgemeine Krise des Kapitalismus – hervorzuheben, denn die Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist nur ein Teil der Epoche des Imperialismus... Es spricht folglich nichts dagegen, die allgemeine Krise des Kapitalismus als Schlußstadium der Epoche des Imperialismus zu bezeichnen... Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist sowohl *Stadium als auch historischer Prozeß*." (53) Deshalb ist auch "im Rahmen der Imperialismustheorie die Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus als (ein) beson-

46 Autorenkollektiv: POLITISCHE ÖKONOMIE – KAPITALISMUS ANSCHAUUNGSMATERIAL, Berlin 1972, S. 123. Vgl. hierzu G. Landwirth: "Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus", in: SOPO 18, Juni 1972, S. 85 - 90.
47 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 309.
48 PROGRAMM DER SED, Berlin 1963, S. 21
49 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 185.
50 DER GROSSE OKTOBER UND DER WELTWEITE REVOLUTIONÄRE PROZESS, Berlin 1969, S. 162/163.
51 AUS DEM BERICHT DES POLITBÜROS AN DIE 13. TAGUNG DES ZENTRALKOMITEES DER SED, 9./10. Juni 1970. Berichterstatter: Genosse Albert Norden, Berlin 1970, S. 77.
52 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 300.
53 Ebd., S. 300.

derer Bestandteil (hervorzuheben). In der Tat schließt die Analyse der Hauptmerkmale und -tendenzen des Imperialismus noch nicht die Untersuchung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ein. Daraus folgt unserer Meinung nach jedoch nicht, daß die Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus 'kein besonderes Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus' sei." (54) Wenn einerseits gilt, daß "seiner inneren *Natur*, seinen grundlegenden *Zügen und Besonderheiten*, seinem reaktionären, volksfeindlichen *Wesen* nach ... der Kapitalismus das ganze imperialistische Stadium hindurch unverändert bleibt", (55) andererseits "das imperialistische Stadium, in dem die grundlegenden Besonderheiten der Wirtschaftsordnung des gesamten Kapitalismus voll und ganz erhalten bleiben, ...gleichzeitig äußerst wichtige spezifische Züge besitzt" (56), (die Lenin folgendermaßen kennzeichnete: "Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: der Imperialismus ist: 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus." (57)), so kann man "von diesen methodologischen Prinzipien ausgehend ... die allgemeine Krise des Kapitalismus mit Fug und Recht als die *letzte Phase innerhalb des letzten Stadiums* des Kapitalismus bezeichnen." (58)

Allgemeine Krise und Spaltung der Welt

Will man nun übergehen zur näheren Charakterisierung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, zur Benennung grundlegender Züge sowie zur Unterscheidung qualitativ verschiedener Etappen, die sie durchläuft, so ist dabei von zentraler Bedeutung die Spaltung der Welt in zwei Gesellschaftssysteme und der Kampf zwischen ihnen: "Die Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme ... ist die wichtigste, die entscheidende Äußerung der allgemeinen Krise des Kapitalismus..."; (59) denn "der Imperialismus war vor dem Ausbruch der allgemeinen Krise sterbender, aber noch nicht gestorbener Kapitalismus, die allgemeine Krise hingegen bedeutet, daß es bereits einen 'gestorbenen' oder, besser gesagt, *gestürzten* Kapitalismus gibt – zunächst in einem Lande (Rußland) und dann in einem Komplex von Staaten (sozialistisches Weltsystem)" (60). "Allein schon die Existenz und noch mehr die erfolgreiche Entwicklung des ersten sozialistischen Staates der Erde, demonstrierte sichtbar den Eintritt des Kapitalismus in die Periode seiner allgemeinen Krise und den Beginn der Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Damit war eine grundlegende Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbündeten friedliebenden, demokratischen und antiimperialistischen Kräfte erkämpft worden." (61) Es ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Wichtigkeit, daß dieser Eintritt des Kapitalismus in seine allgemeine Krise, ihr wichtigstes Äußerungsmerkmal in der Existenz und im Kampf zweier Systeme, die damit beginnende Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab, nicht zu verstehen ist als beliebiger, zufälliger Prozeß in der Lebensgeschichte des Kapitalismus, sondern als notwendige Folge der bis zu diesem Zeitpunkt durchlaufenen Entwicklung. Einen Schlüssel zum Verständnis dieses Prozesses bildet dabei das dem Kapitalismus immanente Gesetz der ungleichzeitigen

54 Ebd., S. 299 (... wie Dragilew annimmt).
55 Ebd., S. 298.
56 Ebd., S. 301.
57 W.I. Lenin: "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", WERKE, Bd. 23, S. 102.
58 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 301.
59 Ebd., S. 301.
60 Ebd.
61 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 188.

Entwicklung der einzelnen Länder (62): "Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung wirkt innerhalb der industriell hochentwickelten imperialistischen Länder und zwischen ihnen. Außerdem bewirkt es auch die besonders krassen Unterschiede und tiefen Gegensätze zwischen diesen Ländern einerseits und den infolge der imperialistischen Kolonialpolitik in ihrer Entwicklung ökonomisch und politisch zurückgebliebenen Ländern andererseits. Daraus ergeben sich wesentliche Konsequenzen für den Klassenkampf, deren politische Bedeutung Lenin immer wieder hervorgehoben hat. 'Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen. Und warum? Weil sich der Kapitalismus ungleichmäßig entwickelt und die objektive Wirklichkeit uns neben hochentwickelten kapitalistischen Nationen eine ganze Reihe von Nationen zeigt, die ökonomisch sehr schwach oder gar nicht entwickelt sind.' (63)" (64) "Die Erkenntnis dieser wesentlichen Zusammenhänge führte Lenin schließlich zu der grundlegenden Feststellung vom notwendigen längeren Nebeneinanderbestehen der beiden sozialökonomischen Systeme und der unvermeidlichen Entfaltung schärfsten Klassenkampfes zwischen ihnen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die erste und entscheidende Aufgabe der sozialistischen Länder ist die Stärkung ihres sozialistischen Staates. In dem Maße, wie die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus gelöst werden, können die Positionen des Friedens und des Sozialismus gefestigt werden. Die verschiedenen Formen der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus verlangen ein hohes Maß an politisch-ideologischer Klassenwachsamkeit. Immer und überall steht die Frage: Wer – wen? " (65)

So läßt sich also auch formulieren: "Das zentrale Moment der allgemeinen Krise besteht darin, daß sich – ausgehend zunächst von der inneren Widersprüchlichkeit des Kapitals der 'innere Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten... zu einer neuen, die Entwicklung dieses Widerspruchs immer stärker bestimmenden äußeren Form, des Widerspruchs zwischen dem Kapitalismus einerseits und der um die proletarische Staatsmacht zunächst in einem Land gescharten internationalen Arbeiterklasse (entfaltet)' (66)." (67)

Von diesem Punkt aus wird noch deutlicher, wie unerläßlich die Einbeziehung der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems für die Betrachtung der Möglichkeiten und Entwicklungstendenzen des heutigen Imperialismus ist. Innerhalb der allgemeinen Krise des Kapitalismus – diesem besonderen Stadium des Imperialismus – lassen sich drei Etappen unterscheiden, denen einige Züge gemeinsam sind, andere wiederum treffen nur für einzelne zu. "Die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus reifte in der Periode des

62 "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist." W.I. Lenin: "Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", WERKE, Bd. 21, S. 345.
63 W.I. Lenin: "Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den 'imperialistischen Ökonomismus' ", WERKE, Bd. 23, S. 53.
64 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 183.
65 Ebd., S. 184.
66 P. Hess: "Die Monopolproblematik und der heutige Kapitalismus", in: AKTUELLE PROBLEME DES IMPERIALISMUS, DWI-FORSCHUNGSHEFTE 1/1970, S. 14-15.
67 Th. Scheffler: "Zur Kritik...", a.a.O., S. 47.

ersten Weltkrieges heran, verursacht durch die äußerste Verschärfung der tiefwirkenden Widersprüche des Imperialismus, die zu enormen Konflikten führten. In allen kapitalistischen Ländern entfaltete sich immer mächtiger der Klassenkampf gegen Imperialismus und Krieg." (68) Im September 1917, am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, formulierte Lenin: "Der Krieg hat eine so unermeßliche Krise hervorgerufen, hat die materiellen und moralischen Kräfte des Volkes so angespannt, hat der ganzen modernen Gesellschaftsorganisation solche Schläge versetzt, daß sich die Menschheit vor die Wahl gestellt sieht: entweder untergehen oder ihr Schicksal der revolutionärsten Klasse anvertrauen, um auf dem schnellsten und radikalsten Wege zu einer höheren Produktionsweise überzugehen." (69) "Die Richtigkeit dieser Einschätzungen und Schlußfolgerungen wurde mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollauf bestätigt. Damit war ein mächtiges Kettenglied aus dem imperialistischen System ausgebrochen... In allen kapitalistischen Ländern formierte sich die revolutionäre Arbeiterbewegung und verstärkte sich unter Führung der entstehenden kommunistischen Parteien der Kampf der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bewirkte zugleich einen gewaltigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und leitete die Krise des imperialistischen Kolonialsystems ein." (70) "Die weitere Vertiefung der imperialistischen Widersprüche und Gegensätze führte zum zweiten Weltkrieg der vom Hitlerfaschismus entfesselt wurde. Im Ergebnis des heroischen Kampfes des Sowjetvolkes, des Kampfes aller friedliebenden antifaschistisch-demokratischen Kräfte gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg entwickelte sich die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ihr wesentlichstes Kennzeichen war, das neue Glieder aus dem Herrschaftssystem des Imperialismus herausbrachen. Mit der Sowjetunion als Ausgangspunkt und Basis bildete sich das sozialistische Weltsystem heraus, die wichtigste Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems, insbesondere der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen den imperialistischen Mächten selbst, erreichten eine neue Stufe ihrer Zuspitzung. Immer erfolgreicher entfaltete sich unter Führung der Kommunistischen- und Arbeiterparteien die antiimperialistische Bewegung in den kapitalistischen Ländern. Im Ergebnis dieser weiteren Schwächung des Imperialismus entwickelten sich erfolgreich die nationalen Befreiungsrevolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika, wurden die Krise und der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems weiter vorangetrieben. Durch diese tiefwirkenden Prozesse bildete sich in den fünfziger Jahren die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus heraus. Die Konsolidierung des sozialistischen Weltsystems und dabei in erster Linie die großartigen Erfolge der Sowjetunion auf allen entscheidenden Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und des Verteidigungswesens waren von ausschlaggebender Bedeutung für diese weitere qualitative Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses. Es entstanden zugleich neue Möglichkeiten und bessere Bedingungen für den Klassenkampf der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. In engsten Zusammenhang mit diesen Prozessen führte die breite Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern zum Zusammenbruch der Hauptpfeiler des imperialistischen Kolonialsystems. Die wichtigste Besonderheit der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus besteht darin, daß sie nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg entstanden ist, sondern im Ergebnis des

68 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 187.
69 W.I. Lenin: "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", WERKE, Bd. 25, S. 375.
70 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 188.

antiimperialistischen Kampfes um die Erhaltung und Festigung des Friedens, des Kampfes um Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus. Diese Tatsache ist zugleich der praktische Beweis für den zutiefst reaktionären Charakter solcher Auffassungen, wonach angeblich der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab ohne Weltkrieg nicht zu erringen sei." (71) Mit Bezug auf die veränderte Stellung des Imperialismus im Weltmaßstab im Verlauf der allgemeinen Krise kann man also zusammenfassend sagen: "In der ersten Etappe seiner allgemeinen Krise hörte der Kapitalismus auf, das allumfassende System zu sein. Mit der zweiten Etappe war er nicht mehr das einzige Weltsystem, und mit der dritten hörte er auf, das dominierende zu sein. (72)" (73) Bei der Differenzierung nun der Merkmale und Besonderheiten der allgemeinen Krise ist zu beachten: "Die allgemeine Krise des Kapitalismus hat eine Reihe grundlegender Besonderheiten, die ihr während ihres ganzen Verlaufs eigen sind. Falsch ist es, dazu solche Erscheinungen zu rechnen, die nur für bestimmte Etappen oder Perioden innerhalb der Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus kennzeichnend sind." (74)

Die wissenschaftliche Diskussion der letzten Jahre hat deutlich werden lassen, daß z.B. die Militarisierung der Wirtschaft oder die chronische Massenarbeitslosigkeit nicht zu den beständigen Merkmalen der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu zählen sind, vielmehr nur jeweilige Kennzeichen einzelner Etappen darstellen, die sich abwechseln können. Ähnlich geht auch die Krise des imperialistischen Kolonialsystems erst in der zweiten und dritten Etappe zum vollständigen Zerfall über: "Die Krise des imperialistischen Kolonialsystems ist erst in der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, daß heißt nach dem zweiten Weltkrieg, in den Zerfall des Kolonialsystems hinübergewachsen. Das gleiche gilt für die Militarisierung der Wirtschaft, die nur für bestimmte Perioden im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus charakteristisch ist." (75)

Der Vergleich des Anteils der Militärausgaben sowohl am Bruttosozialprodukt als auch am Staatshaushalt verschiedener imperialistischer Länder "berechtigt zu der Schlußfolgerung, daß im Hinblick auf die Staatsfinanzen der Begriff 'Militarisierung' zwar für die Nachkriegsperiode, nicht aber für die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg zutrifft." (76) "Allein die hochgradige Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaft in unserer Zeit ist kein Grund dieses Merkmal zu den "beständigsten" Erscheinungsformen der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu zählen... Nicht nur der *Grad* der Militarisierung der Wirtschaft ist in *einzelnen* Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus unterschiedlich, *sondern ihre Existenz überhaupt ist keine ständige* Erscheinungsform der allgemeinen Krise." (77) "Obwohl weder die chronische Massenarbeitslosigkeit noch die Militarisierung der Wirtschaft Erscheinungen sind, die sich – *einzeln* betrachtet – auf die gesamte Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus erstrecken, kann man sie unter dem allgemeinen Begriff *neue Erscheinungsformen der Fäulnis des Kapitalismus* zusammenfassen." (78) So erscheint es gerechtfertigt, "in dem Komplex der Hauptmerkmale der allgemeinen Krise des Kapitalismus neben der Spaltung der Welt und dem Kampf der beiden Systeme, neben der Krise und dem Zerfall des Kolonialsystems auch ein Merkmal (aufzunehmen), das sich etwa so

71 Ebd., S. 189 f.
72 Vgl. Bollinger/Klett: "Die Leninsche Theorie vom Imperialismus und die Gegenwart", in: W.I. LENIN UND DER REVOLUTIONÄRE WELTPROZESS, DEUTSCHE AUSSENPOLITIK, Sonderheft 1/1970, S. 55.
73 Th. Scheffler: "Zur Kritik...", a.a.O., S. 47.
74 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 310.
75 Ebd., S. 304.
76 Ebd.
77 Ebd., S. 305.
78 Ebd., S. 306.

formulieren ließe: 'Verstärkung und neue Erscheinungsformen der Fäulnis des Kapitalismus'. Während die 'neuen Erscheinungsformen der Fäulnis des Kapitalismus' für die eine Periode die chronische Massenarbeitslosigkeit einschließen, äußern sie sich in einer anderen als Militarisierung der Wirtschaft, mit der ein gewaltiges Anwachsen der Staatsschulden, eine fast chronische Inflation und andere Momente verbunden sind." (79) Faßt man also die Besonderheiten der allgemeinen Krise, sowie die Differenz der einzelnen Etappen zusammen, so läßt sich sagen: "Folgende Prozesse kennzeichnen den Niedergang des Kapitalismus und sind zugleich Ursache seiner weiteren Vertiefung:

- die Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte sozialökonomische Systeme und die fortschreitende Schwächung der Positionen des Imperialismus im Ergebnis erbitterten Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus;
- die äußerste Verschärfung aller imperialistischen Widersprüche – insbesondere zwischen Kapital und Arbeit – und die weitere Entfaltung der antiimperialistisch-demokratischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Parteien;
- die Untergrabung und der schließliche Zusammenbruch der Hauptstützen des imperialistischen Kolonialsystems im Ergebnis der erfolgreichen Entwicklung der national-revolutionären Befreiungsbewegung;
- die widerspruchsvolle Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismusund die damit verbundene Verstärkung der imperialistischen Reaktion auf der ganzen Linie, der dem Imperialismus wesenseigenen Tendenz zum Abbau der demokratischen Freiheiten, zur Faschisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens;
- die tiefe Krise der imperialistischen Politik und Ideologie." (80)

Oder, um den zur Diskussion gestellten Vorschlag mit aufzunehmen: "Zu den grundlegenden Zügen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die allen ihren Etappen eigen sind, gehören: 1. Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme und Kampf zwischen ihnen; 2. Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems; 3. Entstehung und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus; 4. Verstärkung und neue Formen der Fäulnis des Kapitalismus (chronische Nichtauslastung der Betriebe und chronische Massenarbeitslosigkeit in den einen, Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaft in anderen Perioden)." (81)

Zur Diskussion neuerer Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Wir erwähnten bereits, daß ohne Zweifel das Verhältnis von Monopolen und Staat, die Rolle des Staates in der Wirtschaft, die damit verbundenen Probleme und Folgen zu den zentralen Fragen der marxistischen Imperialismustheorie gehören (vergleiche Anmerkung 15). Das Thema "Neue Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus" sowie die Einordnung ihrer Erklärung in die Imperialismustheorie nehmen deshalb einen breiten Raum der Diskussion ein. Auch hier sind die Fragestellungen und Probleme sehr vielschichtig, sie reichen von grundlegenden Einschätzungen etwa des Verhältnisses von allgemeiner Krise und staatsmonopolistischem Kapitalismus – welchen Einfluß hat der Kampf zweier entgegengesetzter Gesellschaftsordnungen auf die ökonomischen Eingriffe des Staates –; von der Beziehung des internationalen Kräfteverhältnisses, besonders des ökonomischen Wettbewerbs, zur staatlichen Tätigkeit; von dem Verhältnis zwischen dem Zwang des Imperialismus zur Anpassung an die veränderten Existenzbedingungen und dem sich verstärkenden staatsmonopolistischen Charakter; bis hin zu konkreten Untersuchungen etwa des Einflusses der staatlichen Aktivitäten auf den Krisenverlauf und den industriellen Zyklus, auf die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital, auf den tendenziellen Fall der Profitrate, auf den Wert der Ware Arbeitskraft etc. Vermögen auch die folgenden Ausführungen keineswegs einen umfassenden Überblick all der mit diesem Komplex verbundenen Probleme zu geben, so soll doch wenigstens (gedrängt) versucht werden, einen Einblick in die bereits erzielten Forschungsresultate sowie in die neueren Fragestellungen zu ermöglichen. Die internationale Diskussion hat in den letzten Jahren die Frage nach dem Verhältnis von allgemeiner Krise und staatsmonopolistischem Kapitalismus zu einer bedeutenden Präzision in der Beantwortung vorantreiben können. Auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nach Herausgabe von "Imperialismus heute" (82) spielte dieses Problem eine wichtige Rolle, wobei sich schon damals die Einordnung der theoretischen Behandlung des staatsmonopolistischen Kapitalismus klar abzeichnete: "Die Autoren von "Imperialismus heute" selbst reagierten auf die Frage nach der Notwendigkeit einer speziellen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus so, daß sie erklärten, es handele sich weder darum, 'die vorhandenen theoretischen Erkenntnisse nur anzuwenden, noch um eine völlig neue Theorie, sondern um eine neue Phase der schöpferischen marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie.' (83)" (84)

Auch in der nachfolgenden Diskussion "entwickelten z.B. verschiedene Autoren unterschiedliche Standpunkte zur Frage, ob es sich beim staatsmonopolistischen Kapitalismus um eine grundlegende Eigenschaft des Imperialismus auf allen Stufen seiner Entwicklung handele oder ob von einer staatsmonopolistischen Periode des Imperialismus gesprochen werden kann." (85) Inzwischen haben die Bemühungen um eine Klärung der Fragen wesentliche Fortschritte gebracht, denn ist "der Meinungsstreit auf marxistisch-leninistischer Grundlage ... für den erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus, für die Überzeugungsarbeit unter der Arbeiterklasse und allen objektiv antimonopolistischen Kräften unerläßlich," (86) so zeitigt er natürlich auch Früchte die für die weitere Arbeit neue Impulse geben. So läßt sich das Verhältnis von allgemeiner Krise des Kapitalismus und staatsmonopolistischem Kapitalismus etwa folgendermaßen skizzieren: "... der staatsmonopolistische Kapitalismus als höchste Stufe des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus ist eine Erscheinung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Das ist der unmittelbare, innere, organische Zusammenhang zwischen der Lehre von Marx und Engels über den Prozeß der Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion auf ihren verschiedenen Entwicklungsstufen mit der Leninschen Theorie des Imperialismus, mit der Theorie von der allgemeinen Krise des Kapitalismus. In der gleichen Weise, wie die ökonomischen Überproduktionskrisen, deren Möglichkeit bereits in der einfachen Warenproduktion vorhanden ist, sich erst auf der Basis der maschinellen Großindustrie zeigen, wird die allgemeine Krise des Kapitalismus, deren Möglichkeit im Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion im Übergang der großen Produktionsbetriebe und Kommunikationsmittel in die Hände von Aktiengesellschaften, von Trusts und schließlich in das Eigentum des Staates gegeben ist, erst mit dem Sieg der sozialistischen Revolution und dem beginnenden Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems offenbar, das aufhört, das einzige und allumfassende Sy-

79 Ebd.
80 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 185.
81 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 310.
82 Vgl. auch V. Gransow: "Von 'Imperialismus heute' zum 'Imperialismus der BRD' ", in SOPO Nr. 12, 1971, S. 37 ff.
83 Hemberger/Maier/Petrak/Reinhold/Schwank: "Sechs Feststellungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland", in: EINHEIT, Heft 1/1967, S. 79.
84 V. Gransow: "Von 'Imperialismus heute'...", a.a.O., S. 40.
85 H. Petrak (Besprechung), a.a.O., S. 823.
86 P. Hess (Besprechung), a.a.O., S. 1419.

stem zu sein, das sich unter den Bedingungen des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme weiter entwickelt." (87) Auch der Rat für Imperialismusforschung beim Institut für Internationale Politik und Wirtschaft hat bei seiner Diskussion um Probleme der Ausarbeitung eines Lehrbuchs für Politische Ökonomie des Kapitalismus im Dezember 1971 festgestellt: "Ein Problem der Darstellungsweise ist das Verhältnis von allgemeiner Krise des Kapitalismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus. In der Aussprache im Rat wurde hervorgehoben, daß es notwendig ist, die Wechselwirkung beider im Entwicklungsprozeß des Kapitalismus darzustellen und nicht, wie das noch geschieht, entweder zuerst den staatsmonopolistischen Kapitalismus oder zuerst die allgemeine Krise des Kapitalismus in einem besonderen Abschnitt zu behandeln. Sowohl der staatsmonopolistische Kapitalismus als auch die allgemeine Krise des Kapitalismus entstanden aus der inneren Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus mit dessen Übergang in sein imperialistisches Stadium, welches zugleich sein letztes, also jenes Stadium ist, in dem die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus erfolgt." (88)

Dabei ist jedoch zu beachten, daß "der staatsmonopolistische Kapitalismus ... nicht einfach die Fortsetzung des Monopolkapitalismus (ist), sondern er stellt eine beträchtliche Strukturveränderung dar," (89) denn "die Beibehaltung früherer Merkmale des Kapitalismus schließt ... keineswegs aus, daß dieser qualitative Veränderungen durchmacht. In der Epoche der allgemeinen Krise erfahren sowohl die Stellung des Kapitalismus in der Welt (Spaltung der Welt in zwei Systeme) als auch die innere sozialökonomische Struktur der entwickelten kapitalistischen Länder qualitative Veränderungen. Eine solche qualitative Strukturveränderung war eben der Übergang vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Und schließlich ist es kein Zufall, sondern ein innerer Zusammenhang, daß sich, als der Kapitalismus infolge der sozialistischen Revolutionen die Weltherrschaft verlor, innerhalb der kapitalistischen Länder der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelte. Durch die Vereinigung der gigantischen Macht der Monopole mit der gigantischen Macht des Staates versucht die Monopolbourgeoisie nicht nur ihre inneren, sondern auch ihre internationalen Positionen zu festigen. Zwischen der 'Stellung in der Welt' und der 'inneren sozialökonomischen Natur' einen Gegensatz zu konstruieren ist in methodologischer Hinsicht undialektisch und im Grunde genommen unhaltbar." (90)

Auch im französischen Beitrag zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (91) stellt das Autorenkollektiv "den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Übereinstimmung mit den Marxisten-Leninisten in aller Welt als Anpassung des Systems an seine heutigen Existenzbedingungen dar, eine Anpassung, die gleichzeitig die Labilität und die Krise des Systems vertieft. Wiederholt führen die Verfasser in diesem Zusammenhang die Rolle der Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen als entscheidenden Faktor an." (92)

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch das Verhältnis von Monopoltheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus von großer Bedeutung: "Einen ganzen Problemkreis (umfaßt) die Frage nach der Definition des kapitalistischen Monopols, dem Verhältnis von Privatmonopol bzw. privatmonopolistischer Regulierung und staatsmonopolistischem Kapitalismus, dem Monopolpreis und Monopolprofit. In dem entsprechenden Abschnitt des Lehrbuches wird es darum gehen, die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in ihrer organischen Einheit mit der Theorie des Monopols zu entwickeln. Es geht ferner um die politökonomische Definition des Monopols... Das Wesentliche des kapitalistischen Monopols ist ... daß es eine Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und eine Bewegungsform der Produktivkräfte darstellt, die der Bourgeoisie (eben der Monopolbourgeoisie) ermöglichen, sich mit ökonomischer und außerökonomischer Gewalt Profite (nämlich Monopolprofite) anzueignen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist eine Weiterentwicklung des Monopols unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sowohl der Sicherung der Monopolprofite als auch des Profitsystems als Ganzes dient. Mit dieser Entwicklung tritt das Problem des Verhältnisses von privatmonopolistischer und staatsmonopolistischer Regulierung auf." (93)

So kann als ein entscheidender Vorzug des bereits zitierten französischen Beitrags gelten, "daß es den Autoren gelungen ist, alle behandelten Fragen auf ein durchgängiges theoretisches Konzept zurückzuführen: das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate und der Überakkumulation des Kapitals in ihren heutigen Erscheinungsformen, die Kapitalentwertung und die daraus entstehenden wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung: davon abgeleitet die notwendige Rolle des Monopolstaates im Kapitalverwertungsprozeß; die dadurch ausgelöste Verschärfung eben der Widersprüche, die den Einsatz des Staates herausfordern und die in "alten" und neuen Gesellschaftskonflikten ihren Ausdruck finden; die entsprechende Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche und des Klassenkampfes; die sich hieraus ergebende objektive Notwendigkeit der Demokratisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens... die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in diesem Kampf." (94)

Von den gleichen Autoren wird "der staatsmonopolistische Kapitalismus ... als die gegenwärtige Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus gefaßt, die sich zugleich vom "einfachen" Monopolkapitalismus abhebt und die innerhalb des imperialistischen Stadiums als eigenständige Phase betrachtet wird." (95)

Aus den vorangestellten Ausführungen wird klar, "daß der staatsmonopolistische Kapitalismus zwar für die Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus typisch ist, daß es aber falsch wäre, seine Entwicklung als einen gradlinigen Wachstumsprozeß darzustellen ... In manchen Perioden, vor allem während der Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 sowie in der gegenwärtigen Periode (seit Ende des 2. Weltkrieges) stehen das Anwachsen der staatsmonopolistischen Prozesse, deren Verstärkung und Intensivierung außer Zweifel. Es gab jedoch in der Geschichte der allgemeinen Krise des Kapitalismus auch Perioden (beispielsweise die 20er Jahre), in denen, zumindest in einigen Bereichen, ein bestimmtes Nachlassen dieser Prozesse zu verzeichnen war." (96) Zwar reichen die Wurzeln des staatsmonopolistischen Kapitalismus weit in die Geschichte der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zurück (97), jedoch bleibt die prinzipielle Differenz zu beachten: "Unterstützung bestimmter Monopole durch die Regierung ist eins, etwas anderes aber ist der staatsmonopolistische Kapitalismus, als eine historische Periode, in der die gigantische Kraft der Monopole sich mit der gigantischen Kraft des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus verbindet und in der der imperialistische Staat systematisch und umfassend in den gesamten Prozeß der kapitalistischen Reproduktion ein-

87 S.L. Wygodski: "Der gegenwärtige...", a.a.O., S. 307 (russ.).
88 A. Lemnitz: "Diskussion über Probleme der Ausarbeitung eines Lehrbuchs für Politische Ökonomie des Kapitalismus", in: DWI-BERICHTE, Heft 3/1972, S. 43.
89 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 308.
90 Ebd., S. 309.
91 Autorenkollektiv: LE CAPITALISME..., a.a.O.
92 P. Hess (Besprechung), a.a.O., S. 1416.
93 A. Lemnitz: "Diskussion über Probleme...", a.a.O., S. 43.
94 P. Hess (Besprechung), a.a.O., S. 1416.
95 Ebd., S. 1415.
96 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 310.
97 Vgl. hierzu: S.L. Wygodski: DER GEGENWÄRTIGE..., a.a.O., S. 303 (russ.).

greift." (98) Zwar ist die Unterscheidung nicht zu denken als klar getrennter Zeitabschnitt, dessen Beginn man an einem Punkt festmachen könnte; denn "weder logisch-theoretisch noch historisch gibt es eine scharfe Trennungslinie zwischen Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Verwandlung des Staates in eine ökonomische Potenz ist ein Prozeß, der mit der Herausbildung der Monopole beginnt und durch verschiedene ökonomische und außerökonomische Impulse immer stärker wird. Seine vollständige – wenn auch nicht abgeschlossene – Entwicklung beobachten wir gerade in den letzten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg. Das *Wesen* des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht nicht allein in der Schaffung staatlichen Eigentums oder in der staatlichen Regulierung, obwohl beide Erscheinungen, insbesondere letztere, große Bedeutung haben. Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist die im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise notwendige und unvermeidliche Fortentwicklung des Privatmonopols, der privaten Monopolisierung zur staatlichen Monopolisierung, eine Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die der inneren Natur des kapitalistischen Privateigentums widerspricht und gleichzeitig der in Richtung seiner Auflösung treibenden Form des kapitalistischen Eigentums relativ entspricht." (99)

Daß aber qualitativ neue Besonderheiten den staatsmonopolistischen Kapitalismus gegenüber früheren Abschnitten der kapitalistischen Produktionsweise auszeichnen, verdeutlicht allein schon die unterschiedliche Bedeutung des Staates. Die Funktion des Staates "im vormonopolistischen Kapitalismus war es einerseits, politisch die Herrschaft des Kapitals zu sichern (und diese Funktion hat er behalten), andererseits aber, vor allem die Bedingungen der freien Konkurrenz gegen alle *außerökonomischen* Hindernisse der *freien* Entwicklung des Kapitals zu sichern. Ökonomisch ist es seine Hauptfunktion heute dagegen, mit ökonomischer *und politischer* Macht *gegen* die *ökonomischen* Hindernisse der kapitalistischen Entwicklung zu agieren, diese Hindernisse im Interesse des Kapitals hinwegzuräumen, und das ist qualitativ etwas ganz anderes. Die Tätigkeit des Staates in der aufsteigenden Phase des Kapitalismus *entsprach* der historischen Funktion dieser Etappe der Gesellschaftsentwicklung. Heute entspricht sie den Bedingungen eines historisch überlebten Systems, *widerspricht* aber den Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Fortschritts." (100)

Zur Wechselwirkung objektiver und subjektiver Faktoren im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Es erscheint uns an dieser Stelle notwendig, auf eine prinzipielle Seite bei der Betrachtung hinzuweisen, die gerade bei vielen sogenannten Kritikern der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als das grundlegende Mißverständnis angesehen werden kann: "Oft scheint es so, als ginge es bei der Analyse der staatsmonopolistischen Entwicklung hauptsächlich um die Beurteilung der subjektiven Absichten und Ziele von Vertretern der staatlichen Wirtschaftspolitik, um bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen u.ä. Das ist kein Zufall. Zweifellos intensiviert der staatsmonopolistische Kapitalismus die Wechselbeziehungen zwischen Basis und Überbau, zwischen objektiven und subjektiven Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung und fügt ihnen qualitativ neue Momente hinzu.

Es ist ein charakteristischer Zug des staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß seine immanenten ökonomischen Widersprüche an der Oberfläche meist als Mängel und Fehler der politischen Repräsentanten bzw. des jeweiligen Regierungskurses erscheinen. Auf diesem

98 E. Bregel: "Zu einigen strittigen Problemen...", a.a.O., S. 308.
99 Heininger/Hess: DIE AKTUALITÄT DER LENINSCHEN IMPERIALISMUS - KRITIK, Frankfurt/Main 1970, S. 48.
100 Ebd., S. 49 f.

der realen Verflechtung von Wirtschaft und Staat entspringenden Schein baut die Propaganda der bürgerlichen Politiker und Ideologen auf, was besonders in Perioden des Übergangs zu neuen Formen der staatlichen Tätigkeit zur Wirkung gelangt." (101)

"Es geht uns hier weniger um die parteipolitische Seite dieses Streits als vielmehr um die prinzipielle Problematik der Auseinandersetzung um das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Reduzierung der Gebrechen der kapitalistischen Wirtschaft auf subjektive Fehler, verpaßte Gelegenheiten usw. und das Unterstellen der Möglichkeit, durch "richtiges Handhaben der richtigen Instrumente" die wirtschaftliche Entwicklung fast wunschgemäß steuern zu können, bildet einen roten Faden in der bürgerlichen und auch der rechtssozialdemokratischen Theorie und Propaganda. Bekanntlich sprach Marx von der "Verkehrung von Subjekt und Objekt" und von der "verkehrten Art und Weise, worin die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion ... sich darstellen", woraus sich die falschen Vorstellungen "in den Köpfen der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsagenten", also der Bourgeois und ihrer vulgären Theoretiker erklären (102) ... Um solche, besonders im staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Entfaltung gebrachte 'verkehrte Erscheinungen ' handelt es sich auch hier. Es ist deshalb heute mehr denn je vordringliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Analyse und Kritik, die *objektiven* Prozesse und Kategorien sowie den Mechanismus ihrer Wechselwirkung und Folgen aufzudecken. Ausgehend hiervon ist es dann auch möglich, die dem staatsmonopolistischen Kapitalismus eigene Rolle und Wirkung des subjektiven Faktors, vor allem der Rückwirkung politischer und ideologischer Konzeptionen, richtig zu bestimmen." (103) "Unseres Erachtens darf man die Rolle, die die ökonomischen Mittel und Potenzen des Staates im Reproduktionsprozeß spielen, nicht schlechthin mit den Maßnahmen seiner Wirtschaftspolitik, mit den damit verfolgten Absichten und Zielen identifizieren. Obwohl es gewiß einige Schwierigkeiten bereitet und auf den ersten Blick sogar etwas paradox erscheint, ist es zunächst doch notwendig, die Rolle des Staates in der Wirtschaft, in der Basis des Kapitalismus von der Rolle des Staates in der Politik, im Überbau methodisch zu trennen. Geht man bei einer Analyse so vor, so zeigt sich, daß der Staat, seine Mittel und Aktivitäten heute eine beträchtliche *objektive Größe* in allen Phasen des Reproduktionsprozesses, in der Produktion und Zirkulation, in der Verteilung und der Konsumtion darstellen." (104)

"In der BRD sind staatliche Konzerne mit 26,7 % Prozent am Gesamtkapital der Gruppe der größten Kapitalgesellschaften beteiligt, vornehmlich in der Montan-, Energie- und Verkehrswirtschaft. Der Umfang der staatlichen Brutto-Anlageinvestitionen hat sich von 1960 bis 1970 mehr als verdreifacht, und bei Forschung und Entwicklung beträgt der staatliche Finanzierungsanteil fast 60 Prozent. Der unmittelbare Staatsverbrauch hat in der BRD 100 Md. DM erreicht. Die Einkommenspolitik beeinflußt die Primärverteilung des Nationaleinkommens, und über 50 Prozent des Netto-Sozialprodukts unterliegen der Umverteilung durch den Staatshaushalt. (105) Es ist eine Tatsache: Die Teilnahme des Staates am Reproduktionsprozeß ist zur Bedingung für dessen Funktionieren geworden. Heute ist der Staat eine relativ selbständige Kraft des kapitalistischen Wirtschaftslebens. In diesem Sinne bilden seine Mittel und Aktivitäten eine objektive ökonomische Kategorie, eine Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie widerspiegeln die heutige Stufe der Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus, ergänzen das private Monopol und ver-

101 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 391.
102 K. Marx: DAS KAPITAL, 3. Bd., MEW Bd. 25, S. 55, 235, 324.
103 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 391 f.
104 Ebd., S. 392.
105 Vgl. DER IMPERIALISMUS DER BRD, Berlin 1971, 3. Kapitel.

flechten sich mit ihm. Der spontane Profit-Preis-Mechanismus, die private Monopolisierung und die Tätigkeit des Staates bilden somit den miteinander verflochtenen und zugleich widerspruchsvollen ökonomischen Mechanismus des heutigen Kapitalismus." (106)
"Obwohl gerade die Wechselwirkung von objektiven und subjektiven Faktoren im staatsmonopolistischen Kapitalismus besondere Bedeutung erlangt, erscheint es uns doch notwendig, am Anfang unserer Darlegung den objektiven Charakter der ökonomischen Tätigkeit des Staates hervorzuheben, sie nicht neben oder über, sondern in den ökonomischen Mechanismus der ökonomischen Prozesse und Widersprüche hineinzustellen. Liegt doch vor allem hierin die Erklärung für bestimmte Möglichkeiten, vor allem aber für die Begrenztheit ihres Wirkens. " (107)

Wir werden im weiteren noch näher auf diese objektive Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß eingehen, eines kann jedoch bereits hier festgestellt werden: "Die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates kann auch mit ihren ' modernen ' Methoden und Instrumenten die dem kapitalistischen System eigenen Schranken und Widersprüche nicht überwinden. Im Gegenteil. Als immanenter Faktor und objektive Größe des kapitalistischen Reproduktionsprozesses fordern die ökonomischen Mittel und Aktivitäten des Staates die Bewegung und Zuspitzung dieser Widersprüche. Sie wirken damit zugleich als Triebkräfte der subjektiven Bedingungen des Klassenkampfes." (108)

Auch die veränderte Rolle des subjektiven Faktors bei der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus darf natürlich nicht als unwesentlich vernachlässigt werden, nur stellt die methodische Trennung bei der Betrachtung die Voraussetzung zum richtigen Verständnis dar: "Wenn wir unsere Betrachtung mit einigen Gedanken zur Bedeutung des *objektiven* Faktors bei der Analyse der staatsmonopolistischen Regulierung begannen, so soll abschließend die wachsende Bedeutung des *subjektiven* Faktors hervorgehoben werden. Die Wirtschaftspolitik des imperialistischen Staates ist keineswegs ein einfaches Abbild objektiver Bedingungen des Reproduktionsprozesses. Sie ist auch kein von ' allgemeinen Sachzwängen ' diktierter Maßnahmenkomplex, als der sie von der bürgerlichen Presse meist hingestellt wird ...

... Das Reagieren des Staates auf objektive Zusammenhänge und Widersprüche der Reproduktion ist stets das Reagieren gesellschaftlicher Kräfte, hier der Finanzoligarchie. Alle Aktivitäten des imperialistischen Staates sind somit von seiner Klassenfunktion als politisches Machtinstrument der Finanzoligarchie bestimmt, und die staatliche Wirtschaftspolitik, so z.B. die Frage der Steuern, der Subventionen, der Staatsausgaben, der Tätigkeit der Staatsunternehmen usw., stellen ein spezifisches Feld dar, auf dem die Klasseninteressen zwischen Monopolkapital auf der einen und der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen auf der anderen Seite ausgetragen werden. Daneben unterliegt die staatliche Wirtschaftspolitik auch dem Einfluß der sich durchkreuzenden Konkurrenzinteressen der verschiedenen Gruppen und Fraktionen des Monopolkapitals wie in der Bourgeoisie insgesamt. Die konkreten Formen und Richtungen der ökonomischen Tätigkeit des Staates sind also vor allem ein *politisches* Problem, d.h. eine Frage der Auseinandersetzung zwischen den Klassenkräften, verbunden mit Kompromissen und sich widersprechenden Entscheidungen. Hieraus erklären sich die oft wechselnden Erscheinungsformen der ökonomischen Tätigkeit des Staates und die sich manchmal widersprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die an der Oberfläche das Bild eines Bündels unterschiedlicher Interessen und Wünsche ergeben. Im Rahmen der allgemeinen, vor allem vom Klassencharakter

106 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 392.
107 Ebd.
108 Ebd., S. 399.

bestimmten Erfordernisse der Reproduktion unterliegen die konkreten Maßnahmen somit dem Kampf und dem Kräfteverhältnis der Klassen." (109)

"Man darf in der theoretischen Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Rolle des subjektiven Faktors nicht überbetonen. Man darf ihn aber auch nicht unterschätzen, da wir sonst fatalistische Auffassungen begünstigen und uns selbst das Verständnis für die Möglichkeiten des Kampfes der Arbeiterklasse erschweren." (110)

IV. Kräfteverhältnis, Anpassung

Soll noch näher eingegangen werden auf die staatsmonopolistische Regulierung (auf ihre Grenzen, auf die sich mit ihr ergebende Verschärfung der Widersprüche und dem Entstehen neuer Konfliktfelder, auf ihr Verhältnis zum Gesamt-Regulationsmechanismus der kapitalistischen Reproduktion), so erscheint es uns unerläßlich, eine kurze Zusammenfassung zur Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses sowie der sich daraus ergebenden Anpassungsproblematik voranzustellen. Dies hauptsächlich um nochmals zu verdeutlichen, daß auch und gerade bei der Betrachtung staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen nicht getrennt werden kann zwischen inneren Entwicklungstendenzen und äußeren Existenzbedingungen. Vielmehr entspringen die staatlichen Maßnahmen sowohl den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und aller mit ihr verbundenen Folgen für die kapitalistische Reproduktion als auch dem veränderten Kräfteverhältnis, der Herausforderung des ökonomischen Wettbewerbs etc. und sind daher in ihrer Gesamtheit nur erklärbar aus der Einheit von inneren und äußeren Bestimmungsfaktoren: "Hier (bei der Frage, welche Wirkung die wissenschaftlich-technische Revolution auf die grundlegenden inneren Widersprüche des Imperialismus ausübt) wie bei der Behandlung anderer Fragen gelangen die Autoren (111) zu einem der wesentlichen Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Analyse des heutigen Kapitalismus: dem Nachweis des untrennbaren Zusammenhangs zwischen den inneren Entwicklungsprozessen im Imperialismus und dem gesamten revolutionären Weltprozeß, besonders seiner Hauptrichtung, dem Kampf zwischen den beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen. In dem die Hauptergebnisse der gesamten Arbeit zusammenfassenden Kapitel 36 unterstreicht N.N. Inosemzew noch einmal die Bedeutung der globalen Analyse des Einwirkens des Sozialismus auf den heutigen Kapitalismus. Als erstrangige Aufgabe bezeichnet er die Ausarbeitung richtiger Kriterien für die Lösung der wichtigsten Fragen der Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes. 'Eines dieser Kriterien ist die reale Einschätzung der Kräfte und Möglichkeiten des Kapitalismus.' (112)" (113)

Betrachtet man die Entwicklung der Weltsituation in den letzten Jahrzehnten, so läßt sich feststellen: "Die Entwicklung des Widerstreits der beiden Systeme in der Weltarena verändert unentwegt das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus und beschleunigt dadurch das Heranreifen der inneren Voraussetzungen für einschneidende revolutionäre Umgestaltungen in der kapitalistischen Welt. Heute lassen immer mehr Anzeichen darauf schließen, daß sich verschiedene Länder der Zone des entwickelten Kapitalismus entscheidenden Klassenschlachten nähern, in deren Verlauf fundamentale gesellschaftliche

109 Ebd.
110 Ebd., S. 400.
111 N.N. Inosemzew u.a.: POLITISCHE ÖKONOMIE DES HEUTIGEN..., a.a.O.
112 Ebd., Bd. 2, S. 373.
113 H. Heininger (Besprechung), a.a.O., S. 120.

Umgestaltungen zum Gebot der Stunde werden. Vor der revolutionären Avantgarde dieser Zone eröffnen sich neue Möglichkeiten und Bahnen für ein aktives Vorgehen an der Spitze der Arbeiterbewegung, der gesamten demokratischen Massenbewegung." (114)
"Der Imperialismus steht vor der unlösbaren Aufgabe, seine begrenzten Kräfte an einer Vielzahl von Fronten gleichzeitig einsetzen zu müssen: in der weltweiten Klassenauseinandersetzung mit dem Sozialismus, die auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens geführt wird und die allein schon dem Imperialismus alles abverlangt; gegen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in den kapitalistischen Ländern selbst; gegen die nationale Befreiungsbewegung, die er einzudämmen und unter seinen Einfluß zu zwingen versucht. Bei alledem ist der Imperialismus gleichzeitig mit den gewaltigen und sprunghaft wachsenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution konfrontiert. All das führt dazu, daß der Imperialismus künftig mehr noch als bisher vor tiefen Widersprüchen stehen wird, die er außerstande ist zu lösen. Die tiefwirkenden Prozesse unserer Zeit, in erster Linie aber der damit für den Imperialismus verbundene Zwang, die Herausforderung des Sozialismus anzunehmen und seine Kräfte darauf zu konzentrieren, bedeutet für den Kapitalismus eine neue strategische Situation, in der sich neue Gesetzmäßigkeiten und Maßstäbe im Kampf der beiden Systeme entwickeln. Über die wichtigsten der neuen Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus stellte L. I. Breshnew fest: 'Die inneren Prozesse und die Politik des Imperialismus werden durch das Anwachsen der Macht des Sozialismus, durch die Liquidierung des Kolonialregimes, durch den Ansturm der Arbeiterbewegung immer stärker beeinflußt. Viele wichtige Merkmale des modernen Imperialismus erklären sich daraus, daß er gezwungen ist, sich den neuen Bedingungen, den Bedingungen des Kampfes der zwei Systeme, anzupassen.' (115) Doch auch unter dem gewaltigen Druck dieser Vorwärtsbewegung der Menschheit zum Sozialismus wird der Imperialismus nicht automatisch zusammenbrechen. Das anzunehmen wäre eine lebensgefährliche Unterschätzung der außerordentlichen Härte und Kompliziertheit des Klassenkampfes, der heute vom Imperialismus immer stärker auch mit raffiniertesten Methoden ideologischer Diversion und psychologischer Kriegführung erfolgt." (116)

Dabei darf aber niemals außer acht gelassen werden, daß "durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus alle Widersprüche und Gegensätze im Herrschaftsbereich des Imperialismus verschärft werden. Das führt zu einer Steigerung der Aggressivität der Imperialisten, zu einer Erhöhung der internationalen Spannungen und zu einer Zunahme der Kriegsgefahr." (117) Doch angesichts des bestehenden "internationalen Kräfteverhältnisses, des Kernwaffenpotentials der Sowjetunion und der möglichen Folgen eines Raketen-Kernwaffen-Krieges wird es für den USA-Imperialismus immer schwieriger und gefährlicher, auf die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu setzen. Unter diesen Bedingungen legen die amerikanischen herrschenden Kreise, ohne die Vorbereitung eines Weltkrieges aufzugeben, besonderes Gewicht auf lokale Kriege." (118)

Von hervorragender Bedeutung ist natürlich – wie bereits erwähnt – bei der Betrachtung der internationalen Situation das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus. Es "ist bedeutsam, daß gegenwärtig die Lage an der Front des antiimperialistischen Kampfes in vieler Hinsicht durch den Verlauf des ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestimmt wird." (119)
"Welche 'Wirtschaftswunder' diese oder jene kapitalistischen Länder auch aufweisen mochten, der sich am dynamischsten entwickelnde industrielle Bereich der Welt war und bleibt die Gemeinschaft der RGW-Länder. Ihr Anteil an der Industrieproduktion der Welt beträgt jetzt rund ein Drittel, während der entsprechende Anteil der USA etwa ein Viertel und der Anteil der westeuropäischen Länder kaum mehr als ein Fünftel ausmacht. Mit anderen Worten, die Gemeinschaft der RGW-Länder ist heute zur mächtigsten industriellen Zone der Welt geworden." (120)

Anteile an der Weltindustrieproduktion*
(in Prozent)

	1950	1960	1970
RGW	18	28	35
USA	44	33	27
Westeuropa	27	26	22
darunter BRD	5	7	6
Japan	1	3	6

* errechnet nach: Monthly Bulletins of Statistics, New York lfd. und Statistical Yearbook, New York lfd. (121)

Läßt sich die ökonomische Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, die hohen Wachstumsraten, die enorme Steigerung der Industrieproduktion, die beständige Erhöhung des Nationaleinkommens, der damit steigende Volkswohlstand etc. erklären aus der organischen Verbundenheit der sozialistischen Planung und Leitung mit den Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution, der neuen höheren Stufe der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, so bietet sich dagegen dem Betrachter der imperialistischen Entwicklung ein gänzlich anderes Bild: Was hier jetzt vor sich geht, "übertrifft sowohl dem Ausmaß als auch der Schärfe nach alles, was im letzten Vierteljahrhundert zu verzeichnen war.
Wir registrieren jetzt die nach 1931 tiefste, akuteste Währungs- und Finanzkrise. Diese Krise, die ernsthafte Gebrechen der gesamten Wirtschaft des Kapitalismus sowie eine rasante Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des imperialistischen Lagers widerspiegelt, hat das ganze vom Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaute System der Währungs- und Finanzbeziehungen an den Rand des Bankrotts gebracht.
Wir registrieren jetzt in den Vereinigten Staaten, dem Hauptbollwerk des Imperialismus, eine jähe Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion, die aufs engste mit der aggressiven Politik der amerikanischen herrschenden Kreise zusammenhängt. Ein anschaulicher Beweis dafür ist die Verhängung des Notstands in diesem Lande.
Wir registrieren jetzt eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch in vielen anderen imperialistischen Ländern. Man kann sagen, daß die Wirtschaft des Kapitalismus von der Inflation zerfressen wird. Die überall auftretende Inflation sowie die Währungs- und Finanzkrise haben die Labilität des staatsmonopolistischen Wirtschaftsmechanismus verstärkt.
Wir registrieren jetzt eine Zuspitzung des ökonomischen Kampfes zwischen den imperialistischen Ländern.

114 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 112.
115 L.I. Breshnew: FÜR DIE FESTIGUNG DES ZUSAMMENSCHLUSSES DER KOMMUNISTEN – Für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes, Berlin 1969, S. 7.
116 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 206 ff.
117 Walter Ulbricht: DIE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER DDR BIS ZUR VOLLENDUNG DES SOZIALISMUS, Berlin 1967, S. 19.
118 DOKUMENTE DER..., a.a.O., S. 12-13.
119 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 194.
120 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 92.
121 Zitiert nach Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 519.

Wir registrieren jetzt neue Versuche der herrschenden Klasse, die Last der ökonomischen Schwierigkeiten auf die Werktätigen abzuwälzen. Wachsende Arbeitslosigkeit, Teuerung, Sinken des Reallohns, Offensive auf die Rechte der Gewerkschaften sind lauter Faktoren, die den Klassenkampf rasant zuspitzen." (122)

"Die Wirtschaftskrise in den USA und der Bankrott des Dollars treffen die ganze kapitalistische Welt schwer. Und wie das immer bei wirtschaftlichen Erschütterungen der Fall ist, versucht jedes imperialistische Land die Schwierigkeiten auf Kosten seiner Partner zu meistern. Die von den USA ergriffenen Notmaßnahmen haben die Interessen der westeuropäischen Länder und Japans schwer beeinträchtigt und zu einer jähen Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf den Weltmärkten geführt." (123)

"Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die weitgehende internationale Kapitalverflechtung keineswegs die Widersprüche zwischen den Imperialisten beseitigt, sondern sie im Gegenteil vertieft. Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der imperialistischen Länder hat stark zugenommen. Sie äußert sich sowohl in größeren Unterschieden des Wachstumtempos der Wirtschaft als auch in schnellen, sprunghaften Veränderungen des Kräfteverhältnisses einzelner Staaten sowie ganzer Bereiche der imperialistischen Welt. Die wichtigsten, die entscheidenden Widersprüche sind hinreichend deutlich zutage getreten. Das sind die Konflikte, zwischen den USA und den Ländern des Gemeinsamen Marktes, zwischen den USA und Japan." (124)

"Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise werden die Folgen des Raubbaus, den der moderne Kapitalismus an den Naturschätzen übt, die Folgen der Umweltverschmutzung besonders deutlich empfunden. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion hat schwere Auswirkungen mit sich gebracht, denen der Kapitalismus nicht gewachsen ist und die bei den werktätigen Massen Proteste auslösen.

Durchaus berechtigt ist die Schlußfolgerung, daß sich in der Wirtschaft des kapitalistischen Systems eine bedeutende qualitative Wandlung vollzieht, in deren Verlauf die krisenhaften Entwicklungen stärker werden, seine Gebrechen und Krebsschäden zutage treten und der ökonomische Kampf zwischen den imperialistischen Ländern immer brutalere Formen annimmt." (125)

Es ist klar, daß diese Entwicklung auf die Aggressivität sowie die gesamte Politik des Imperialismus nicht ohne Folgen bleibt, aber "die gegenwärtig außerordentlich zunehmende Aggressivität der imperialistischen Hauptmächte ist nicht Ausdruck wachsender Stärke, sondern Reaktion des Imperialismus auf die Schwächung seiner Positionen, ... Nicht das Hin- und Herwogen des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern, nicht zeitweilige Rückschläge der antiimperialistischen Kräfte sind der Maßstab einer klassenmäßigen Einschätzung des Kräfteverhältnisses, sondern die wirklich dauerhaften und entscheidenden Veränderungen in der Welt." (126)

Würde man rein phänomenologisch die krisenhafte Situation betrachten unter der imperialistischen Logik der Lösung von Krisen, würde man dazu die wachsende Aggressivität sowie das partielle Erstarken faschistischer Tendenzen summieren, so käme man zur Schlußfolgerung, daß ein dritter Weltkrieg bevorstünde; jedoch gibt es "– besonders angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus – keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit einer solchen Entwicklung. Die Ereignisse der vergangenen Jahre beweisen, daß es möglich ist, der Entspannung, der Lösung strittiger Fragen auf dem Wege von Verhandlungen, der friedlichen Koexistenz in Europa den Weg zu ebnen. Dabei spielte und spielt – wie jeder weiß – die Existenz, die wachsende Stärke und die beharrliche Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen brüderlich verbundenen sozialistischen Staaten die ausschlaggebende Rolle. Aber auch die Entwicklung der inneren Klassenwidersprüche in den imperialistischen Staaten ist hierfür von wesentlicher Bedeutung." (127)

Damit ist in keiner Weise die Gefahr des Imperialismus für die Menschheit beseitigt; denn "natürlich bleibt der Imperialismus ein sehr ernstzunehmender und gefährlicher Gegner." (128) Daher ist noch immer das militärische Potential der sozialistischen Länder der letzte Garant des Weltfriedens: "Wenn sich auf unserem Kontinent immer mehr Beziehungen der friedlichen Koexistenz durchsetzen, so ist das vor allem auf die gemeinsamen Anstrengungen der Staaten des Warschauer Vertrages und in hohem Maße auf die militärische Überlegenheit der sozialistischen Koalition zurückzuführen, die spürbar zur Ernüchterung der aggressiven imperialistischen Kreise beitragen." (129)

Aber mehr und mehr kommt es darauf an, "den Prozeß der gegenwärtigen außenpolitischen Wandlungen in seiner ganzen Kompliziertheit zu sehen. Die sozialistische Ländergemeinschaft beweist ihre Fähigkeit, den Imperialisten Lösungen von Fragen im Interesse des Friedens und der friedlichen Koexistenz aufzuzwingen.

Der Imperialismus gibt seine Ziele jedoch nicht auf... Aber die realen Gegebenheiten zeigen, daß die Manövrierfähigkeit des Imperialismus in der Weltpolitik wie auch in der Wirtschaft immer mehr eingeschränkt wird." (130) So ist bemerkenswert, "daß die gegenwärtige Verschärfung des Klassenkampfes nicht im Zeichen zunehmender allgemeiner internationaler Spannung vor sich geht, wie dies früher der Fall war, sondern vielmehr unter den Bedingungen ausgesprochen erstarkender Tendenzen zu einer internationalen Entspannung. Die wirksame Außenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder einerseits und der immer entschiedenere Kampf der Arbeiterschaft sowie aller demokratischen Kräfte gegen die imperialistische Außenpolitik andererseits haben zur Folge, daß die "Kriegsparteien" der monopolistischen Bourgeoisie in zunehmendem Maße der Handlungsfreiheit beraubt werden. Die Entfaltung des Massenkampfes gegen das Wettrüsten, gegen die maßlosen Militärausgaben und die Aggressionsakte, für eine internationale Entspannung, für die Sicherheit in Europa und anderen Bereichen der Welt trägt zur Lösung wichtigster internationaler Probleme im Interesse der Völker bei und bewirkt gleichzeitig eine weitere Erschütterung des sozialen "Hinterlandes" der imperialistischen Herrscher. Es ist eine Tatsache, daß der Imperialismus über immer geringere Möglichkeiten verfügt, einen Ausweg aus den inneren Widersprüchen in außenpolitischen Abenteuern zu suchen." (131)

Kann man also zusammenfassend sagen, daß "auf politischem Gebiet... die gegenwärtige Etappe des Kampfes im Zeichen einer weiteren Steigerung der Rolle und Autorität der sozialistischen Gemeinschaft in der Weltpolitik, einer weiteren Zuspitzung der Widersprüche in der Außen- und Innenpolitik des Imperialismus, akuter sozialer und politischer Krisen in den größten Ländern des Kapitals, vor allem in den USA," (132) steht, so kommt

122 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 93 ff.
123 Ebd., S. 98 f.
124 Ebd., S. 99 f.
125 Ebd., S. 101.
126 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 187.
127 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 514 f.
128 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 103.
129 E. Honecker, in: NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Februar 1972.
130 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 103 f.
131 Ebd., S. 105 f.
132 Ebd., S. 101.

natürlich der Politik der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, eine unermeßliche Bedeutung für den gesamten antiimperialistischen Kampf zu: "Das von *L. I. Breshnew* vorgetragene Friedensprogramm der KPdSU stellt eine gewaltige Offensive der Kräfte des Friedens gegen die aggressiven Bestrebungen des Weltimperialismus dar. Grundlage dieser Politik ist die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Diese 'widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachten, den bewaffneten oder nichtbewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regimes. Ebenso unbestritten ist das unveräußerliche Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung gegen die Anschläge der imperialistischen Aggression und auf die Unterstützung anderer Völker in diesem gerechten Kampf.' (133) Es ist 'unmöglich, mit der Politik der imperialistischen Aggression Schluß zu machen, den Kolonialismus für immer zu liquidieren und die Wurzeln des Faschismus und der Rassenunterdrückung auszumerzen, ohne einen entschiedenen Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals, für solche demokratischen Forderungen zu führen, deren Verwirklichung die Positionen des Imperialismus insgesamt schwächt (und) die Herrschaft des Monopolkapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert.' (134)

Aber es ist möglich, 'der aggressiven Politik des Imperialismus (...) eine Politik der aktiven Verteidigung des Friedens und der Festigung der internationalen Sicherheit' (135) durch die Sowjetunion und die anderen Kräfte des Friedens entgegenzusetzen.

Davon läßt sich die KPdSU bei der Ausarbeitung ihres Friedensprogramms leiten, dessen Hauptpunkte folgende Forderungen beinhalten:

- Liquidierung der Kriegsherde in Südostasien und im Nahen Osten, Abfuhr gegen alle Aggressionsakte und Verzicht auf Gewaltanwendung zur Lösung internationaler Streitigkeiten.
- Endgültige Anerkennung der im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstandenen territorialen Veränderungen und Entwicklung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa unter Auflösung der Militärblöcke.
- Verbot von A-, B- und C-Waffen einschließlich ihrer Erprobung, Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Gebieten der Welt und über Konferenzen der Atommächte die Kernwaffenabrüstung.
- Einstellung des Wettrüstens aller Art und Auflösung ausländischer Militärbasen.
- Realisierung der UNO-Beschlüsse über die Liquidierung noch verbliebener Kolonialregimes und allgemeiner Kampf gegen alle Erscheinungsformen von Rassismus und
- kollektive und bilaterale Anstrengungen zur Bewältigung des Umweltschutzes, des Gesundheitsdienstes etc.' (136)" (137)

"Die(se) Ergebnisse der Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft, die eine immer größer werdende Resonanz der Völker hervorruft, ist Ausdruck der veränderten Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus. Gleichzeitig werden dadurch auch die Kampfbedingungen der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in den kapitalistischen Staaten selbst günstiger. In der sich anbahnenden Periode der internationalen Entspannung wird die strategische Position der Bourgeoisie immer schwieriger. Dies drückt sich z.B. auch in den massiven Angriffen und ideologischen Manövern des reaktionärsten Flügels der Monopolbourgeoisie gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau aus. In dieser Situation wächst die Verantwortung der internationalen Arbeiterklasse, ist die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Entwicklung eines festen Bündnisses aller antiimperialistischen Kräfte die zentrale Aufgabe." (138)

So gilt also auch weiterhin für alle antiimperialistischen Kräfte: "Das sozialistische Weltsystem ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf. Das sozialistische Weltsystem, vor allem die Sowjetunion, erweist jedem Befreiungskampf eine unersetzbare Unterstützung." (139) Denn was (im Folgenden) für die Sowjetunion und die KPdSU formuliert ist, gilt im gleichen Maße auch für die anderen sozialistischen Länder: "Die internationalen Maßnahmen unserer Partei sind keine isolierten Aktionen. In ihrer Gesamtheit können sie mit gutem Grund als eine breitangelegte außenpolitische Offensive für den Frieden und die Sicherheit der Völker gekennzeichnet werden. All das trägt dazu bei, das Ansehen der KPdSU und der Sowjetunion in der Welt zu heben. Die Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft stellt eine riesige antiimperialistische Kraft dar. Unsere außenpolitischen Aktionen zügeln in immer stärkerem Maße die aggressiven Kreise des Imperialismus und hemmen ihn bei seinem Vorgehen gegen andere Völker und Staaten. Sie tragen dazu bei, immer günstigere internationale Voraussetzungen für die Entfaltung des weltweiten Kampfes der revolutionären Kräfte zu schaffen." (140)

Anpassung und staatsmonopolistische Regulierung

Stellte sich die Frage nach dem internationalen Kräfteverhältnis im unmittelbaren Zusammenhang mit der Betrachtung neuerer Erscheinungen der staatsmonopolistischen Regulation, des Versuchs der "Globalsteuerung" in imperialistischen Ländern, so können alle diese Bemühungen in ihrer Gesamtheit nur verstanden werden, wenn man sie einordnet in den umfassenderen Zusammenhang der Anpassungsproblematik. Diese stellt in der Tat das Bindeglied zwischen allen veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus dar unter der Fragestellung: Wie, mit welchen Mitteln und Methoden kann der Imperialismus den veränderten Umständen – dem Kampf beider Systeme, den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution – Rechnung tragen unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Natürlich verbindet sich mit dieser Fragestellung ein ganzer Problemkreis: Wie weit ist dem Imperialismus Anpassung überhaupt möglich; wie verschärfen sich dadurch die Widersprüche; welche neuen Möglichkeiten ergeben sich aus diesen Bestrebungen für den Kampf der Arbeiterklasse; warum muß der Prozeß begriffen werden als Re-Aktion und nicht als selbständiger subjektiver Akt etc.? Angesichts der Bedeutung all' dieser Fragen erscheint es uns sinnvoll, generell zu klären, was unter Anpassung zu verstehen ist, warum dieser Begriff adäquat ist zur Erklärung von gegenwärtig sich vollziehenden Prozessen.

"Seit einigen Jahren wird in der marxistisch-leninistischen Literatur, besonders bei der Einschätzung verschiedenartiger Veränderungen, die im Imperialismus zu verzeichnen sind, zunehmend mit dem Begriff der Anpassung gearbeitet. Im Hauptdokument der

133 "Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969", hier zitiert nach: INTERNATIONALE BERATUNG... (Protokoll, Prag 1969, S. 36 f.).
134 Ebd., S. 42.
135 "Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU", Referent L.I. Breshnew. In: XXIV. PARTEITAG DER KPDSU DOKUMENTE, Moskau 1971 (APN-Verlag), S. 53.
136 Ebd., S. 53-56.
137 H. Gellhardt: "Gedanken eines...", a.a.O., S. 24 f.
138 Ebd., S. 26.
139 DOKUMENTE DER..., a.a.O., S. 26.
140 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme..."

Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969 heißt es: 'Der Imperialismus von heute, der bestrebt ist, sich den Bedingungen des Kampfes zwischen den beiden Systemen und den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen, weist einige neue Züge auf. Sein staatsmonopolistischer Charakter verstärkt sich. In immer größerem Maße werden solche Hebel angewandt wie die Stimulierung der monopolistischen Konzentration der Produktion und des Kapitals und Umverteilung eines immer größeren Teils des Nationaleinkommens durch den Staat, die Erteilung von Rüstungsaufträgen an die Monopole, die staatliche Finanzierung der industriellen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschungen, die Aufstellung von Programmen der ökonomischen Entwicklung im Landesmaßstab, die Politik der imperialistischen Integration und neue Formen des Kapitalexports' (141) ... L. I. Breshnew erläuterte auf dieser Beratung Natur und Auswirkungen dieser Anpassung: 'Es steht außer Zweifel, daß der Imperialismus auch künftighin bestrebt sein wird, neue Möglichkeiten zu finden, um seine Existenz zu verlängern... Je weiter der Imperialismus mit seinen Versuchen geht, sich der Lage anzupassen, desto tiefer werden seine inneren sozialökonomischen Antagonismen.' (142)" (143)

Im Anschluß an die Auseinandersetzung um einen von Dühring und Heckel konstruierten Gegensatz von Anpassung und Vererbung formulierte Engels: "... Nun ist nichts leichter, wie bei allen solchen Gegensätzen, sie umzukehren und nachzuweisen, daß die Anpassung gerade durch Veränderung der Form das Wesentliche, das Organ selbst, erhält, während die Vererbung schon durch Mischung von stets 2 anderen Individuen stets Veränderungen hervorbringt, deren Häufung einen Artwechsel nicht ausschließt." (144) "Hier ist, wenn auch gleichsam am Rande ein wesentliches dialektisches Moment formuliert worden: Einheit von Veränderung und Erhaltung im Anpassungsprozeß. Wir haben zwar eine Einheit von Veränderung und Erhaltung in jedem Veränderungsprozeß vorliegen, die explizit im Begriff der dialektischen Negation zum Ausdruck gebracht wird. Worauf es hier ankommt, ist die spezifische Form, in der diese Einheit hier auftritt, zu einem wesentlichen Merkmal von Anpassungsprozessen wird. Anpassungen sind Formveränderungen, um den Inhalt zu erhalten, werden, sofern bewußte Aktion im Spiel ist, zum Zwecke der Erhaltung des Ganzen unternommen (wobei durchaus auch Teile "geopfert" werden können und oft geopfert werden müssen). Die Erhaltung der Art wird durch Anpassung gesichert unter Eliminierung nichtangepaßter und nicht anpassungsfähiger Individuen. Die Anpassung der Bourgeoisie an bestimmte neue Existenzbedingungen kann sich nicht anders vollziehen als durch innere Auseinandersetzungen unter Eliminierung nicht nur nichtangepaßter und nichtanpassungsfähiger Methoden und Praktiken, sondern auch nicht angepaßter und nichtanpassungswilliger Individuen der eigenen Klasse." (145)
"Im gesellschaftlichen Leben, in dem Anpassungsprozeß ja Aktionen bzw. Reaktionen bewußt handelnder Individuen oder Gruppen von Individuen sind, ist also das Ziel jeglicher Anpassungsprozesse letztlich die Existenzerhaltung oder zumindest die Existenzoptimierung. Somit zeigen sich auch die allgemeinen Grenzen der Anpassung bereits in großen Zügen: Anpassung betrifft die Erscheinung, nicht das Wesen, die Form, und nicht den Inhalt, den Weg, und nicht das Ziel. In vielen Fällen wird auch subjektiv die Anpassung als das 'kleinere Übel' empfunden." (146)

141 INTERNATIONALE BERATUNG..., a.a.O., S. 21.
142 Ebd., S. 176 f.
143 G. Pawelzig: "Anpassung", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, Heft 2/1972, S. 216.
144 Aus Engels' Vorarbeiten zum ANTI-DÜHRING. In: MEW, Bd. 20, S. 577.
145 G. Pawelzig: "Anpassung", a.a.O., S. 221.
146 Ebd., S. 219.

Auch an anderer Stelle wird hervorgehoben: "Zunächst gilt es zu erkennen, daß Anpassung eine Veränderung in den *Erscheinungsformen* des Imperialismus und seiner Politik darstellt, die oft auch mit einer zeitweiligen Überwindung akuter Krisensituationen, mit mehr Spielraum auf diesem oder jenem Gebiet und mit Erschwernissen für den Klassenkampf verbunden ist. Hier entsteht ein zusätzlicher objektiver Nährboden für die Verschleierung des Wesens der Sache, des Klassencharakters der neuen Losungen, Mittel und Methoden des Imperialismus, an dem seine Propaganda bewußt anknüpft." (147)

Es ist jedoch Folgendes zu beachten: "Es wäre nicht richtig, all die vielfältigen Veränderungen, die sich im Verlauf der *historischen Entwicklung* der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Funktionieren und in den Formen ihres ökonomischen und politischen Mechanismus vollzogen haben, mit dem, was wir heute als Anpassung bezeichnen, zu identifizieren. Solche Veränderungen verkörperten gewissermaßen die Logik der Eigenentwicklung des kapitalistischen Systems. Sie erklärten sich ausschließlich oder vorwiegend aus seinen wesenseigenen inneren Triebkräften. *Unter Anpassung dagegen ist das Reagieren des Imperialismus auf nicht mehr umkehrbare Veränderungen in seinen äußeren und inneren Existenzbedingungen zu verstehen, die im Kampf gegen ihn entstanden sind, die seine Entfaltungsmöglichkeiten absolut oder relativ einschränken und damit einen ständig seiner Natur entgegenwirkenden Faktor darstellen."* (148)

Man muß unterstreichen, "daß heute natürlich das Reagieren auf das veränderte Kräfteverhältnis im internationalen Klassenkampf engstens mit dem Wirken innerer, dem kapitalistischen Profit- und Machtmechanismus entspringender Triebkräfte verflochten ist. Hier sind die verschiedenen Faktoren kaum noch zu unterscheiden und Ursache und Wirkung tauschen nicht selten ihre Plätze, was sich besonders ausgeprägt in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart äußert. Die Prozesse der Anpassung sind auch keineswegs einfach als weitsichtig und bewußt "von oben" gesteuerte Vorgänge zu verstehen, die sich sozusagen wunschgemäß nach den ausgearbeiteten Konzeptionen und Plänen der imperialistischen Strategen vollziehen. Gewiß spielen der subjektive Faktor, die intensive strategische Arbeit, die die herrschenden imperialistischen Kreise heute gestützt auf umfangreiche materielle, technische und wissenschaftliche Mittel organisieren sowie die gewachsene Klassenerfahrung und Klassenbewußtsein der Monopolbourgeoisie eine wichtige Rolle. Es wäre verhängnisvoll, dies zu übersehen oder geringzuschätzen. Zugleich wirken jedoch – wie die Wirklichkeit zeigt – in der Ökonomie wie in der Politik, in den inneren wie in den äußeren Beziehungen des Imperialismus starke spontane Kräfte, und zwar teils als Triebkräfte des Anpassungsprozesses, teils als ihm entgegenstehende Faktoren." (149)

Die Frage schließt sich also an: "Was ist dabei neu an den Anpassungserscheinungen von heute? Es besteht hauptsächlich in dem grundsätzlich anderen Charakter derjenigen Erscheinungen in der gesellschaftlichen Umwelt des Imperialismus, an die Anpassung erfolgt. Aus der allgemeinen Dialektik ist uns bekannt, daß die jeweils höheren Bewegungsformen der Materie, einmal aus niederen entstanden, im Maße ihrer Entfaltung den niederen Bewegungsformen ihren Stempel, ihr Tempo und ihre Richtung sowie auch Art und Weise ihrer weiteren Entwicklung aufdrängen... Kurz: das jeweils höher Entwickelte wird im Maße seiner Ausbildung und Festigung zum bestimmenden Faktor." (150) In diesem Zusammenhang muß also nochmals verdeutlicht werden: "Seit der Oktoberrevolution

147 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 523.
148 Ebd., S. 521.
149 Ebd.
150 G. Pawelzig: "Anpassung", a.a.O., S. 222.

1917 vertritt ein Land die höchste erreichte Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft, die sozialistische Gesellschaft. Die Versuche der imperialistischen Gesellschaft, diesen Keim der neuen Entwicklungsstufe gewaltsam aus unserer Welt zu schaffen, sind sowohl in der Periode des Interventionskrieges als auch des 2. Weltkrieges gescheitert. Im Maße der Entwicklung und Ausbreitung dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe, der Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems, setzte sich naturgemäß, gesetzmäßig, die oben erwähnte Tendenz des Einflusses auf alle weniger entwickelten Entwicklungsstufen durch – das sozialistische Lager wird gesetzmäßig immer mehr zum bestimmenden Faktor in der Weltpolitik; die historische Initiative ist den imperialistischen Ländern verlorengegangen. Natürlich ist dies kein automatischer, geradliniger und gleichmäßiger Prozeß, sondern nur die erst beim größeren historischen Überblick sich zeigende Resultante vielfältiger hartnäckiger Auseinandersetzungen, Kämpfe und Anstrengungen, in denen auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens jede Position dem Imperialismus entrissen werden muß.

Die Existenz des sozialistischen Weltsystems, entwicklungsmäßig höherer Produktions- und Organisationsformen der Gesellschaft in der sozialen Umwelt des Imperialismus charakterisieren also die neue Situation, der sich die Monopolbourgeoisie gegenübergestellt sieht. Sie bestimmt auch immer entscheidender die Reaktionen gegenüber unterdrückten Völkern (Ablösung des Kolonialismus durch verschiedene Formen des Neokolonialismus) und der eigenen Arbeiterklasse und stellt für den Imperialismus sowohl in der Innen- wie Außenpolitik, in Ökonomie, Sozialpolitik und Ideologie neu die Frage nach den Formen und Methoden der "Zuckerbrot-und-Peitsche"-Politik, wobei wir uns auch bei der Untersuchung neuer Erscheinungen in der "Anpassungspolitik" des Imperialismus völlig darüber im klaren sind: Wo es dem Imperialismus möglich und zweckmäßig erscheint, werden auch die Methoden der Gewalt, der versteckten oder offenen Brutalität sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik zum Einsatz gelangen. Anpassungsmaßnahmen des Imperialismus in ihren vielfältigen Formen und Richtungen erweisen sich also als gesetzmäßige, notwendige Reaktionsformen auf die Auswirkungen historischer Gesetzmäßigkeiten; sie sind gerichtet auf: die Erhaltung der ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenherrschaft, der Gesellschaftsformation, deren Überwindung zwar nicht von der historischen Tagesordnung abgesetzt, aber doch hinausgeschoben werden kann. Damit verändern sich nicht nur die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse, sondern auch die Übergangsbedingungen zum Sozialismus – und sie werden sich weiter verändern. Diese Veränderungen der Bedingungen gilt es *allseitig* zu untersuchen, um nicht der Gefahr zu unterliegen, aus der Veränderung *einiger* Bedingungen *allgemeine* Schlußfolgerungen zu ziehen, die in dieser oder jener Form in den Sumpf des Revisionismus führen"; (151) denn "das Problem der Ausnutzung des Anpassungsprozesses des Imperialismus und der mit ihm verbundenen Widersprüche und Differenzen umfaßt sowohl die Klassenkampfbedingungen im Inneren der imperialistischen Staaten als auch im internationalen Maßstab. Sicher ist gerade dies ein Thema, das der weiteren gründlichen Untersuchung bedarf. Als Leitfaden sollte uns auch hier das Leninsche Herangehen an die Dialektik des Klassenkampfes dienen, sein Ratschlag, stets 'diese neuen Veränderungen zu berücksichtigen, sie 'auszunutzen', sie beim Schopf zu packen... und zu gleicher Zeit sich nicht hilflos dem Strom zu überlassen, das alte Gepäck nicht wegzuwerfen, das Grundlegende auch in den Formen der praktischen Tätigkeit und nicht nur in der Theorie, im Programm, in den Prinzipien der Politik beizubehalten' (152)" (153)

151 Ebd., S. 223 f.
152 W.I. Lenin: "Über die soziale Struktur der Staatsmacht, über die Perspektiven und das Liquidatorentum", WERKE Bd. 17, S. 129.
153 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 524.

Ist somit zunächst der Charakter des Anpassungsprozesses des Imperialismus etwas näher bestimmt, so sind auch schon die Grenzen implizit benannt: "Eine Politik der Anpassung bedeutet also, daß das Monopolkapital auf ökonomischem, politischem, sozialem und ideologischem Gebiet nach jenen Wegen, nach jener Strategie und Taktik sucht, mit deren Hilfe die Interessen des Monopolkapitals bei Berücksichtigung des neuen Kräfteverhältnisses besser, wirkungsvoller durchgesetzt werden können. Die Notwendigkeit dieser Anpassung ist also Ausdruck der allgemeinen Krise, der Tatsache, daß der Imperialismus die historische Initiative längst verloren hat. Dabei ergibt sich praktisch und theoretisch sofort eine Reihe von Fragen. Die erste und auch wichtigste Frage ist natürlich: Wie weit ist 'Anpassung' überhaupt objektiv möglich, wo sind dafür die Grenzen gezogen? Wie ist diese Anpassung mit dem Wirken der objektiven Gesetze der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung zu bringen? " (154)

"Man darf an diese Frage nicht einseitig herangehen, und prinzipiell ist dazu das Entscheidende gesagt worden. Zwar ist der 'Kapitalismus ... gezwungen, sich auf die verschiedenartigste Weise den Veränderungen anzupassen, die in der Welt durch die zunehmende Stärke des Sozialismus und aller revolutionär-demokratischen Kräfte hervorgerufen werden.' (155) 'Entscheidende Bedeutung hat jedoch die Tatsache, daß selbst die Versuche der Anpassung an die neuen Bedingungen, vor allem an die wissenschaftlich-technische Revolution, nur begrenzten Charakter haben und die Ausbeuternatur des sozialökonomischen Systems des Kapitalismus nicht berühren...' (156) ...Folgender Gesichtspunkt ist dabei m.E. zu berücksichtigen: Die Anpassung des Imperialismus ist doch letzten Endes eine Anpassung an die revolutionären Prozesse unserer Epoche in ihrer ganzen Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit. Anpassung hier, wie gesagt, führt zu einer Verschärfung der Widersprüche dort, die relative Lösung dieser reißt andere wieder auf usw. Anpassungsprozesse haben auch ihre Zeitkomponente. Hier erfolgt aber Anpassung an etwas Dynamisches, das in seinem Entwicklungstempo auch in unseren Händen liegt... Der Kampf für die volle Ausschöpfung der Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft, für ihre allseitige Entwicklung ist somit ein wesentlicher Teil des Kampfes gegen den Imperialismus als Feind der Menschheit." (157)

So sind also die Möglichkeiten der Anpassung begrenzt eben durch den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise selbst: "Da ...der Kapitalismus als System des Profits und der privaten Aneignung, der Ausbeutung und sozialen Abhängigkeit der Mehrheit der Gesellschaft, des Konkurrenzkampfes und des Drangs nach Gewalt und Expansion weiter existiert, da diese Wesenszüge objektiv bedingt sind und ständig nach Realisierung streben, trägt die Anpassung dieses Systems von vornherein einen außerordentlich *widerspruchsvollen Charakter.* Sie vollzieht sich nicht im Wesen des Kapitalismus, sondern *in seiner Form, im Mechanismus seines Funktionierens,* über den sich das Wesen verwirklichen muß. Schon hierin liegt die Beschränktheit des Anpassungsprozesses des Imperialismus, der eine "Flucht nach vorn" gerade zur Aufrechterhaltung der Wesenszüge einer Ordnung antritt, die in einem antagonistischen Verhältnis zum historischen Fortschritt steht. Das kapitalistische System produziert gewissermaßen gleichzeitig sowohl das *Streben* nach Anpassung als auch den *Widerstand* gegen sie. Bedeutet doch Anpassen faktisch die (zumindest zeitweilige) Anerkennung der Stärke und Lebensfähigkeit der den Kapitalismus negierenden Kräfte, d.h. vor allem des Sozialismus, das Eingeständnis der eigenen

154 O. Reinhold: "Der Imperialismus der BRD", in: EINHEIT Heft 6/1971, S. 763.
155 M. Suslow: "Die KPdSU – eine Partei des schöpferischen Marxismus", in: DER XXIV. PARTEITAG DER KPDSU UND DIE ENTWICKLUNG..., a.a.O., S. 6 f.
156 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 91.
157 G. Pawelzig: "Anpassung", a.a.O., S. 224 f.

Unfähigkeit, alte Wege weiterzugehen, bisher propagierte Mittel und Methoden weiter zu praktizieren, den (zumindest zeitweiligen) Verzicht auf eine 'vollständige' Verwirklichung der eigenen Ziele. Hier wirkt der Selbsterhaltungstrieb im doppelten Sinne: als defensives Suchen nach dem 'geringeren Übel' und als offensiver Drang, verlorenen 'Lebensraum' und damit die der eigenen Natur entsprechenden Existenzbedingungen wiederzugewinnen." (158)

Wieweit also "die Anpassung auch gehen mag, die Natur des Imperialismus, die Klassenbedingtheit seiner Ziele bleiben bestehen. Dieses klassenmäßige Herangehen ist die erste und entscheidende Antwort auf die verschiedenartigen Anpassungsversuche des Imperialismus. Zugleich bedarf es einer sehr konkreten Analyse der jeweiligen Situation, der Problematik, um die jeweils der Kampf geführt wird, der gesellschaftlichen Kräfte, die dabei wirksam sind und der real möglichen Alternativen. Das ist gerade im Zusammenhang mit der Anpassungsproblematik von großer und wachsender Bedeutung. Stellt sie doch zunächst ein Reagieren des Imperialismus auf die Stärke und die Kampfziele der progressiven antiimperialistischen Kräfte – ob im internationalen Maßstab oder auch im Innern der kapitalistischen Staaten – dar. Es ist den fortschrittlichen Kräften ja nicht gleichgültig, unter welchen Bedingungen sie den Kampf führen, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln: ob sich z.B. die Elemente einer friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten verstärken oder ob – wie es in der Linie starker Kräfte des Monopolkapitals der USA, Großbritanniens, der BRD und anderer Staaten liegt – die Spannungen zunehmen oder gar militärische Konflikte ausbrechen. Für den Kampf der Arbeiterklasse ist es nicht gleichgültig, ob die Monopolbourgeoisie verstärkt zu Zugeständnissen gezwungen ist – auf materiellem Gebiet, hinsichtlich der politischen Rechte usw. – oder ob Gewalt, Unterdrückung und Terror die konkreten Kampfbedingungen bestimmen, ultrarechte bzw. faschistische Kräfte die Oberhand gewinnen usw." (159)
"Die Herrschaft des Monopolkapitals über die materiellen Werte des Landes, das Profitprinzip als Ziel des Wirtschaftens und auch der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Konkurrenz aller gegen alle und die Rückwirkungen der aggressiven imperialistischen Politik auf das innere gesellschaftliche Leben – diese Wesensmerkmale der kapitalistischen Ordnung sind es, die einer "Modernisierung" Grenzen setzen und den Anpassungsprozeß zu einer Quelle neuer Widersprüche machen. 'Auch das Bemühen, sich dem neuen Kräfteverhältnis anzupassen, führt weder zu einer Stabilisierung des Imperialismus, noch wandelt es sein System.'(160)" (161)

Gerade die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte lassen die Richtigkeit dieser Einschätzungen in vollem Umfang erkennen. So kann man "für das Auseinanderfallen von Wunsch und Wirklichkeit und die Begrenztheit der imperialistischen Anpassungsstrategie... viele Beweise anführen, besonders hinsichtlich langfristig wirkender Faktoren, so z.B. die Fehlspekulationen der USA-Brückenschlagstrategie auf eine Erosion der sozialistischen Staatengemeinschaft; die Untergrabung der Führerrolle der USA in der kapitalistischen Welt durch die Wirkungen des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder; der politische und ökonomische Abstieg des englischen Imperialismus als Weltmacht und seine vergeblichen Bemühungen, sich dem Sog dieser

158 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 521.
159 Ebd., S. 523.
160 DOKUMENTE DES VIII. PARTEITAGES DER SED, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 14.
161 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 523.

krisenhaften Entwicklung zu entziehen; das Scheitern der aggressiven Nachkriegskonzeption des BRD-Imperialismus und das Bestreben seiner herrschenden Kreise, möglichst viele Elemente davon in die neue Periode hinüberzuretten sowie insgesamt die sich verändernde internationale Kräftekonstellation zu ihren Gunsten zu nutzen usw." (162) Letztgenannte müssen stattdessen heute erkennen, daß die "Ergebnisse des zweiten Weltkrieges der einzig mögliche Ausgangspunkt für Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung in Europa sind. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik sollte wieder in das imperialistische Deutsche Reich 'heimgeholt' werden. Herausgekommen ist die Entwicklung eines stabilen und modernen sozialistischen deutschen Staates im Zentrum Europas, eines Staates, der gerade aufgrund seiner inneren Festigkeit und seiner Integration in die von der Sowjetunion geführte sozialistische Staatengemeinschaft einen aktiven Beitrag für Frieden und Entspannung zu leisten vermag." (163)

Allgemein läßt sich also formulieren: "Die Politik der Anpassung schafft auch für die Monopolbourgeoisie Probleme und löst zwiespältige Wirkungen aus. In der herrschenden Klasse stimuliert sie die Auseinandersetzung um die Frage, wie eine solche Anpassung am besten zu vollziehen ist, wie weit sie gehen soll usw. Damit verstärkt sich die Tendenz zur Differenzierung in der Monopolbourgeoisie (164) und der Inhalt der Differenzierungsprozesse verknüpft sich immer mehr mit den großen Fragen der internationalen Politik, mit der Einwirkung des Sozialismus und des Klassenkampfes auf die inneren Entwicklungen in den kapitalistischen Ländern." (165)
So bildet eben "einen Kristallisationspunkt der Anpassungsprozesse und ihrer Widersprüche... die *Wechselbeziehungen von Innen- und Außenpolitik,* deren zunehmende Intensität ein Produkt des Kampfes der beiden Gesellschaftsordnungen und des fortschreitenden revolutionären Weltprozesses ist. Kein imperialistisches Land kann sich dieser enger werdenden Verflechtung von Innen- und Außenpolitik entziehen, die zu einer spezifischen Quelle der Labilität des kapitalistischen Systems geworden ist. Das ständige Kräftemessen zwischen Sozialismus und Kapitalismus und der sich dabei immer wieder aufdrängende Vergleich der sozialen Ordnungen, die zunehmende Verlagerung der Hauptformen der Auseinandersetzung auf das ideologische Gebiet finden ihre Widerspiegelung in der Strategie des Imperialismus. Verschiedenartige Gesellschaftstheorien und Gesellschaftsmodelle, deren Kern die Theorie der Industriegesellschaft bzw. der nachindustriellen Gesellschaft darstellen (166), rücken immer mehr ins Zentrum der antikommunistischen Ideologie und verbinden sich dort mit der Ideologie des Nationalismus, des Revisionismus usw. Zugleich hat die sogenannte Gesellschaftspolitik oder "innere Reformpolitik" in allen imperialistischen Ländern einen neuartigen innen- und außenpolitischen Stellenwert erhalten, weil sie gewissermaßen das "innere Rückgrat" für jene "flexiblere" Politik des Imperialismus nach außen bilden soll. Durch die Dämpfung bzw. Regulierung der inneren Konflikte soll die innenpolitische Entwicklung stabilisiert werden

162 Ebd., S. 522.
163 BESCHLÜSSE UNSERES VIII. PARTEITAGES, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 17-18.
164 Vgl. hierzu: P. Hess: "Ökonomische Grundlagen für Differenzierungsprozesse in der Monopolbourgeoisie", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 3, Berlin 1972.
165 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 523.
166 Vgl. Dieter Klein: "Postindustrielle Gesellschaft" Theorie eines überlebten Systems, in: EINHEIT, Heft 5/1971, S. 598 ff. sowie ders.: "Funktionen und Grenzen imperialistischer Zukunftsforschung und Prognostizierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: SOPO 11, Juni 1971, S. 41-57.

und gleichzeitig als eine Art Alternativmodell nach außen wirken, vor allem dort, wo das Kräfteverhältnis zum Verzicht auf offen aggressive Forderungen, zur Anerkennung gegebener Realitäten, vorhandener Grenzen usw. zwingt. In den USA z.B. wurde der Konzeption der "Großen Gesellschaft" oder neuerdings unter Nixon der "Neuen Revolution" eine derartige Funktion für die weltpolitische Rolle und Anziehungskraft Amerikas zugewiesen. In der BRD wird das "deutsche Modell einer sozialen oder aufgeklärten Marktwirtschaft" propagiert, und zwar sowohl von Vertretern der Unternehmerverbände, als auch – mit gewissen Nuancenverschiebungen – von Vertretern der Regierungsparteien. (167)" (168)

Man kann somit zusammenfassend sagen: "Der moderne Kapitalismus ist bestrebt, sich den Bedingungen des Kampfes der beiden Systeme, den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen... Von entscheidender Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß die Versuche, sich den neuen Verhältnissen, vor allem der wissenschaftlich-technischen Revolution, anzupassen, an und für sich begrenzt sind und den Ausbeutercharakter des kapitalistischen sozialökonomischen Systems nicht beeinträchtigen. Im Endeffekt haben diese Versuche nicht zum Erstarken des Kapitalismus geführt, sondern zu einer weiteren Vertiefung seiner Grundwidersprüche und Antagonismen. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ist eine neue Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zutage getreten." (169) Somit bedeutet also "die Anpassung an die neuen Bedingungen... nicht die Stabilisierung des Kapitalismus. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiter." (170)

Staatsmonopolistische Regulierung

Zeigten sich die Grenzen der Anpassungsbestrebungen des Imperialismus sehr deutlich als in seinem eigenen antagonistischen Charakter begründete, so spiegelt sich diese Beschränktheit natürlich auch in den einzelnen Versuchen staatsmonopolistischer Planung und Regulierung wider. Wir erwähnten bereits die durch die wissenschaftlich-technische Revolution veränderten Bedingungen als eine der inneren Haupttriebkräfte für die wachsende Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß. So "offenbart sich jene von Marx aufgedeckte tiefe innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die mit ihrer eigenen Fortentwicklung in Konflikt gerät und damit ihre historischen Schranken selbst errichtet. Sie ist eine der inneren Haupttriebkräfte für die wachsende Rolle des bürgerlichen Staates. Die Einbeziehung des Staates in die Profitproduktion und -realisierung beweist, daß das Privatkapital allein, nur auf sich gestellt, nicht mehr fähig ist, die Bedingungen seiner weiteren Verwertung zu sichern.
Eben dieser "Effekt" und nicht etwa eine "totale Wirkungslosigkeit" macht die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates zu einer Quelle von Widersprüchen und Kon-

167 So hielt z.B. der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Otto A. Friedrich, am 28. April 1971 vor einer Konferenz dieses Unternehmerverbandes eine Rede zum Thema "Das deutsche Modell" (Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, 11. Mai 1971). Auf dem Saarbrückener Parteitag der SPD 1970 sprach Schiller von "einer deutschen Herausforderung im gesellschaftspolitischen, im sozialen Bereich", deren Grundpostulate bei den rechtssozialdemokratischen Führern bekanntlich ebenfalls in der sozialen Marktwirtschaft wurzeln. (SPD-PARTEITAG, Saarbrücken 1970, S. 328). Zitiert nach Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 522.
168 Lutz Maier: "Dialektik...", a.a.O., S. 522.
169 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 91.
170 "Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU...", a.a.O., S. 22.

flikten, einer insgesamt wachsenden ökonomischen und sozialen Labilität des kapitalistischen Systems. Es ist ein klassenbedingter Effekt, und die objektiv bedingte Orientierung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik auf Stabilität der Profite des Großkapitals hat die zunehmende Instabilität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung als Ganzes zur Folge, bürdet der Mehrheit der Gesellschaft immer größere Lasten auf. ' ... die Kapitalisten ...' , schrieb W.I. Lenin, ' streichen ihre Profite 'planmäßiger' ein.' (171) Diese in den Grenzen und zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln eingeführte "Planmäßigkeit" kann die kapitalistische Anarchie nicht überwinden und geht ' Hand in Hand mit einer immer stärkeren Ausbeutung der werktätigen Massen, mit der Verstärkung der Unterdrückung, der Erschwerung des Widerstands gegen die Ausbeuter, dem Erstarken der Reaktion und des Militärdespotismus ...' (172)" (173)

Dabei ist hervorzuheben, daß "nicht der Übergang zu einer höheren Stufe der Bewußtheit in der Leitung der Wirtschaft durch das Monopolkapital ... unmöglich (ist), sondern die mit ihr verfolgten Ziele, eine stabile kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Verhinderung der sozialistischen Revolution sind unerreichbar. Daher bringen die erhöhte Bewußtheit in der Leitung der Wirtschaft und die Verschärfung der grundlegenden Widersprüche nur die Dialektik der staatsmonopolistischen Entwicklung der Gegenwart zum Ausdruck." (174)
Es ist unmittelbar einsichtig, daß in diesem Zusammenhang, bei der Betrachtung neuerer Erscheinungen staatlicher Aktivitäten nicht stehen geblieben werden kann bei der Benennung allgemeiner Grenzen dieser Maßnahmen. Vielmehr müssen alle Wechselbeziehungen, alle sich ergebenden Modifikationen im gesamten Reproduktionsprozeß, sowie die resultierende Verschärfung vorhandener Widersprüche einschließlich neu entstehender Konfliktfelder genaustens untersucht werden, sind sie doch für die Lage und den Kampf der Arbeiterklasse von immenser Bedeutung.
Die sich inzwischen über mehrere Jahre erstreckende internationale Diskussion einzelner Probleme der staatsmonopolistischen Regulierung hat wesentlich dazu beigetragen, die Einsicht in Möglichkeit und Grenzen von 'Planung' im Kapitalismus weitgehend zu vertiefen und zu konkretisieren. So erschien bereits den Autoren von "Imperialismus heute" die staatsmonopolistische Regulierung als besonders wichtig, "wie schon ihre Behauptung von der 'wachsenden Bewußtheit' zeigte. Auch auf den Krisenzyklus – so führten sie aus – hätten die Regulierungsmaßnahmen bestimmte Auswirkungen. Ihre Auffassungen zur neuen Gestalt des Krisenzyklus faßten sie folgendermaßen zusammen: ' Der heutige staatsmonopolistische Kapitalismus führt zu einer neuartigen Kombination von wachsender, allgemeiner, lang andauernder Labilität der kapitalistischen Wirtschaft und einem zyklisch ablaufenden Reproduktionsprozeß, dessen Verlauf oft nur durch Krisen in Teilbereichen der Wirtschaft gekennzeichnet ist.' (175)" (176)

Die an die Herausgabe von "Imperialismus heute" anschließende Diskussion schlug sich eindrucksvoll nieder in dem vom gleichen Autorenkollektiv 1971 veröffentlichten Werk "Der Imperialismus der BRD". "In der Tat sind hier die Akzente erheblich anders gesetzt als in "Imperialismus heute". So ist von einem ' umfassenden System der Regulierung ' nicht mehr die Rede, vielmehr wird in diesem Kontext betont, daß ' solche Formänderun-

171 W.I. Lenin: "Rede auf dem Siebenten...", a.a.O., S. 299.
172 Ebd., S. 302-303.
173 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 395.
174 Hemberger/Maier u.a.: "Sechs Feststellungen...", a.a.O., S. 84.
175 IMPERIALISMUS HEUTE, Berlin 1965, S. 406.
176 V. Gransow: "Von 'Imperialismus heute'...", a.a.O., S. 38.

gen den Widerspruch von Anarchie und Organisation, der untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden ist ' (177) nicht überwinden können.
1965 sahen die Autoren eine ' Tendenz zur ... Beseitigung des einheitlichen Zyklus ' (178), während sich ihnen 1971 zeigt, "daß eine Reihe von Faktoren ... die Wirtschaftskrisen und den Krisenzyklus nicht beseitigen könnten, aber wesentliche Veränderungen in ihrem Verlauf hervorgebracht haben. ' (179)" (180)
Auch in anderen Werken nimmt dieses Problem breiten Raum ein; so konzentriert sich die bereits erwähnte Arbeit von Wygodski vor allem "auf die Analyse der Verwirklichung der allgemeinen Gesetze des Kapitalismus, ihre Modifikation im Monopolkapitalismus sowie auf die *Verwirklichung* der ökonomischen Merkmale des Imperialismus unter den gegenwärtigen Bedingungen. Die Frage der kapitalistischen Überproduktionskrisen und des Zyklus, der Einfluß des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus werden eingehend untersucht ..." (181)

Will man den Einfluß staatsmonopolistischer Regulierung auf den Verlauf der Krise, auf den tendenziellen Fall der Profitrate, auf die Konzentration und Zentralisation etc. betrachten, so muß natürlich geklärt sein, in welchem Verhältnis sie zur Gesamt-Regulation des heutigen Kapitalismus steht. Interessante Anregungen gibt dazu das Buch "Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus" (182): "Die staatsmonopolistische Regulierung der Wirtschaft wird in der Arbeit als Bestandteil des gesamten Regulierungsmechanismus im heutigen Kapitalismus behandelt. Zu diesem werden außerdem die privatmonopolistische Regulierung und die Wirkungen der spontanen Marktregulierung des Kapitalismus gezählt. Breiten Raum widmen die Autoren der Analyse der privatmonopolistischen Regulierung, zu der so wesentliche Prozesse wie die verminderte Rolle der Preiskonkurrenz und die wachsende Bedeutung der sich außerhalb des Bereiches der Preise vollziehenden Konkurrenz, die wachsende Organisiertheit der Produktion innerhalb der Konzerne und andere Prozesse gehören." (183)

So trägt die Arbeit maßgeblich dazu bei, "bestimmte Lücken in der marxistisch-leninistischen Erforschung des gegenwärtigen Imperialismus zu schließen. Erwähnt sei hierfür die Behandlung von Problemen der privaten Monopolisierung. Eingehend werden die heutigen Formen der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital untersucht. Dabei behandeln die Autoren die "relative Konzentration" als Wechselverhältnis zwischen den *Wirtschaftseinheiten* (Betriebe, Kombinate, Konzerne u.a.) und den *ökonomischen Gesamtheiten* (Volkswirtschaft, Zweige u.a.), über das sich die Konkurrenzbedingungen und die monopolistische Herrschaft herstellen und durch das das Kräfteverhältnis innerhalb der Monopolgruppen und zwischen Monopolen und nicht monopolisierter Produktion bestimmt wird. In diesem Zusammenhang leisten sie einen Beitrag zur Aufhellung der Entstehung und Rolle des Monopolpreises und Monopolprofits im heutigen Kapitalismus. Sie analysieren am Beispiel der USA die sogenannte Preisführung durch die größten Monopolgesellschaften, die verschiedenen Formen des "verdeckten" Preiskrieges zwischen

177 DER IMPERIALISMUS DER BRD, Berlin 1971, S. 253.
178 Hemberger/Maier/Petrak/Reinhold/Schwank: "Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Thesen)", in: EINHEIT, Heft 1/1965, S. 110.
179 DER IMPERIALISMUS DER BRD, S. 297.
180 V. Gransow: "Von 'Imperialismus heute'...", a.a.O., S. 41.
181 H. Petrak (Besprechung), a.a.O., S. 821.
182 N.N. Inosemzew u.a.: POLITISCHE ÖKONOMIE..., a.a.O.
183 H. Heininger (Besprechung), a.a.O., S. 120.

den Monopolen und andere Konkurrenzformen (Reklame, Service, Absatzmethoden, Zahlungsbedingungen u.a.), die gegenüber der Preiskonkurrenz wachsende Bedeutung erlangen." (184)
Zur Erörterung der 'Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus' konstituierte sich im Dezember '70 ein internationaler Arbeitskreis (185), in dem maßgebliche marxistische Wissenschaftler die vordringlichen Forschungsaufgaben und Fragenkomplexe erarbeiten und koordinieren sollen. Viele anregende Diskussionspunkte wurden bereits auf der konstituierenden Tagung erläutert. So wurde dort festgestellt: "Der Prozeß des Wachstums der Produktivkräfte und der zunehmenden Vergesellschaftung verschärfe den Widerspruch zum privatkapitalistischen Eigentum. Die einzige Lösung dieses Widerspruchs im Rahmen des Kapitalismus sei die maximale Erweiterung der Maßstäbe der Produktion, die durch die absolute und die relative Konzentration vonstatten gehe, die Veränderung der Arbeits- und Produktionsorganisation, die verstärkte Beherrschung des Marktes und neue Formen der Wirtschaftsführung. Das Monopol sei untrennbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse verbunden. Die Konzentration der Produktion spiegele die Entwicklung der Produktivkräfte wider, die Konzentration des Kapitals als die dominierende Erscheinung die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, beide Prozesse seien auf die Erzielung von Profit gerichtet." (186)

Auch auf Probleme des Werts der Ware Arbeitskraft unter staatsmonopolistischen Verhältnissen wurde ausführlich eingegangen, wobei sich auch die Frage ergab, "auf welche Art und Weise das staatsmonopolistische System die objektiven Anforderungen bewältige, die die Entwicklung der Produktivkräfte stellt. Dies sei unter anderem deshalb so wichtig, weil damit gleichzeitig die Frage gestellt sei, auf welche Art und Weise die Reproduktion der Arbeitskraft gewährleistet würde. Die Anlage von Kapital werfe unter den heutigen Bedingungen unmittelbar einen Komplex ökonomischer und sozialer Fragen auf, das Problem der Reproduktion der Ware Arbeitskraft spiegele die gesamte Konfliktsituation zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Möglichkeiten des kapitalistischen Systems auf der heutigen Entwicklungsstufe wider. Hier zeigten sich nicht nur die Haupttriebkräfte künftiger sozialer Auseinandersetzungen, sondern auch die eigentlichen Grenzen des Systems. Das eigentliche Problem der siebziger und achtziger Jahre bestehe für den Kapitalismus darin, wie lange man die Masse der Bevölkerung in dem Glauben halten könne, daß die physische Konsumtion das eigentliche und letzte Ziel des Lebens sei. Dies sei kein moralisches Problem. *Marx* habe bereits dargestellt, daß die eigentliche objektive Schranke des Systems darin bestehe, daß die Produktivkraftentwicklung in Wertzusammenhänge gepreßt werde, daß die Arbeitskraft eine Ware sei." (187)

Allgemein wurde auch auf der Tagung hervorgehoben, daß es "bei der Bearbeitung der Monopolisierungsprozesse (notwendig sei) den politischen Bereich der Gesellschaft, das politische Herrschaftssystem, seine Strategie und seine Herrschaftstechniken einzubeziehen." (188) Dazu erläuterte Kurt Zieschang seine Thesen "Zur Rolle der Wirtschaftspolitik bei der Monopolisierung" und betonte, "daß infolge der wachsenden Rolle des Staates die Fragen der Politik und des Herrschaftssystems zunehmende Bedeutung erlangen. Die Möglichkeiten beispielsweise der staatlichen Wirtschaftspolitik seien direkt ab-

184 Ebd., S. 119.
185 s. Symposium "Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus", in: MARXISMUS DIGEST, Heft 3, Frankfurt/Main 1971.
186 Ebd., S. 185.
187 Ebd., S. 193 f.
188 Ebd., S. 184.

hängig von der Entwicklung der Klassenwidersprüche, den gegebenen Klassen- und Machtverhältnissen. *Zieschang* ging auf das Wesen der kapitalistischen Planung ein und betonte den wachsenden Konflikt zwischen den Interessen von Einzel- und Gesamtkapital. Das wirtschaftspolitische Verhalten sei oftmals nicht allein aus den ökonomischen Zusammenhängen abzuleiten. Daß z.B. die SPD/FDP-Regierung nur eine sehr geringe Aktivität hinsichtlich der inflationistischen Entwicklung entfalte, sei nur aus politischen Zusammenhängen zu begreifen. Aus dem Zusammenhang von Ökonomie und Politik ergebe sich, daß die staatliche Wirtschaftspolitik immer mehr globalen Charakter annehme." (189)

Auch die Autoren von "Le Capitalisme Monopoliste d'Etat" (190) erläutern eingehend die staatsmonopolistische Planung; "sie wird als Versuch dargestellt und analysiert, den Zusammenhang der Profitplanung der Privatmonopole zur allgemeinen Strategie des Monopolkapitals, die nicht identisch sind, herzustellen." (191)
Am Beispiel der BRD erläutert eine andere Arbeit sehr eindrucksvoll Ziele, Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Planung: "Der Übergang zur sogenannten Globalsteuerung bedeutet vor allem den Versuch einer längerfristigen Orientierung für die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates, gestützt auf "Zielprojektionen", d.h. für vier Jahre vorausberechnete Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, eine mittelfristige Finanzplanung und die sogenannte konzertierte Aktion, die als regelmäßig tagende Beratungsrunde von Vertretern des Staates, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften mit dem Ziel geschaffen wurde, die Lohnentwicklung an volkswirtschaftliche Orientierungsdaten zu binden, d.h. die Primärverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Kapitalakkumulation und zur Eindämmung sozialer Konflikte zu beeinflussen. "Stabiles Wachstum" und "soziale Symmetrie" waren die offiziell propagierten Hauptlosungen der Einführung jener "neuen Wirtschaftspolitik" neokeynesianistischer Prägung, die eine Basis sozialdemokratischer Reformpolitik, eines "reformierten" und "modernisierten" Kapitalismus abgeben soll." (192)

Aber auch hier klafft die Differenz von Wunsch und Wirklichkeit markant auf:

Zielprojektionen der BRD-Regierung und tatsächliche Entwicklung*
(Zuwachsraten in Prozent)

Jahr	Bruttosozialprodukt nominal	Bruttosozialprodukt real	Preisniveau des Bruttosozialprodukts
1967 Projektion	4,0	2,0	2,0
Ist	0,8	0,3	1,1
1968 Projektion	6,2	4,0	2,1
Ist	9,0	7,2	1,7
1969 Projektion	7,0	4,5	2,5
Ist	11,9	8,1	3,5
1970 Projektion	9,0 - 10,0	4,0 - 5,0	4,5 - 5,5
Ist	12,6	4,9	7,3
1971 Projektion	7,5 - 8,5	3,0 - 4,0	3,5 - 4,5

* Hans-Joachim Höhme, Helga Will: "Der BRD-Staatshaushalt als Instrument der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik". In: "DWI-Berichte" 9/1971, S. 23.

189 Ebd., S. 196.
190 Autorenkollektiv: LE CAPITALISME..., a.a.O.
191 P. Hess (Besprechung), a.a.O., S. 1418.
192 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 390.

Mit Recht drängt sich also "angesichts solcher Diskrepanzen ... die Frage auf, wozu eigentlich bei derartigen Fehlschlägen die Vertreter des imperialistischen Staates, der Unternehmerverbände und Konzerne, Wissenschaftler usw. solche großen Anstrengungen zur Ausarbeitung, Anwendung und Vervollkommnung der staatsmonopolistischen Instrumente unternehmen. Wenn wir die Sache lediglich als sinn- und zwecklos hinstellen, würden wir zweifellos an der Oberfläche bleiben und die Dinge stark vereinfachen.
Wir kommen dem Kern des Problems auf die Spur, indem wir uns dem Zweck der kapitalistischen Produktion, dem Profit und seiner Entwicklung zuwenden. Hier finden wir auch die Antwort auf die Frage nach dem "Sinn" der staatsmonopolistischen Regulierung." (193)
Betrachtet man die Bewegung der Profitrate "als dem entscheidenden Kriterium der Verwertung des Kapitals" und die Problematik ihrer gesetzmäßig sinkenden Tendenz, so stellt man fest: "Über zeitweilige und zyklisch bedingte Schwankungen hinweg vollzog sich in der BRD ein tendenzieller Rückgang der Bruttoprofitraten, der allerdings relativ gering ist und mehr zur Stagnation tendiert, was bereits auf starke, dem Rückgang entgegenwirkende Kräfte schließen läßt. Die Nettoprofitraten weisen eindeutig steigende Tendenz auf. Die staatsmonopolistische Umverteilung der Einkommen tritt hier als ein wesentlicher dem Fall der Profitrate entgegenwirkender Faktor hervor." (194)

Dabei gilt es aber die Relation zwischen der Tendenz zum Sinken der Profitrate und den entgegenwirkenden Faktoren genau festzuhalten. So betonte der Rat für Imperialismusforschung bei den Problemen der Ausarbeitung eines Lehrbuches: "Von den theoretischen Problemen nahm das des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate einen breiten Raum in der Diskussion ein... Hier geht es insbesondere um den Nachweis, daß unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die organische Zusammensetzung des Kapitals rasch steigt. Dies widerlegt solche Darstellungen, welche die dem Fall der Profitrate entgegenwirkende Faktoren überbetonen und darauf hinauslaufen, daß faktisch das Gesetz aufgehoben wird." (195)

Faßt man alle Versuche staatsmonopolistischer Regulierung, 'Planung' oder 'Globalsteuerung' zusammen, so läßt sich sagen: "Die 'modernen' imperialistischen Strategien erweisen sich aber gleichfalls als Kennzeichen der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, als imperialistische Reaktion auf das zugunsten des Sozialismus veränderte internationale Kräfteverhältnis und die damit verbundene neue strategische Lage des Imperialismus;" (196) denn "ist die wissenschaftlich-technische Revolution ein mächtiger Bundesgenosse des Sozialismus, so wird im Kapitalismus durch die von ihr bewirkte Vergesellschaftung der Produktion das Fundament der bestehenden Ordnung immer mehr unterspült, eine Vielzahl neuer Formen des Antagonismus hervorgebracht." (197)

"Einige dieser Konfliktfelder oder, besser gesagt, dieser Knotenpunkte sozialökonomischer Widersprüche der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Entwicklung sollen hier kurz skizziert werden.
Eine erste Gruppe von Widersprüchen betrifft den Wirtschaftsablauf insgesamt, betrachtet aus der Sicht der den "neuen" wirtschaftspolitischen Instrumentarien verliehenen Attribute, von denen oben bereits die Rede war.
Die Erwartung eines weitgehenden Ausgleichs der Zyklizität und der "Einmaligkeit" des Absinkens der Produktion "unter Null" ist im Grunde genommen zusammengebrochen.

193 Ebd., S. 393.
194 Ebd., S. 395.
195 A. Lemnitz: "Diskussion über Probleme...", a.a.O., S. 43.
196 Haak/Wunderlich: GRUNDKURS..., a.a.O., S. 212.
197 B. Ponomarjow: "Aktuelle Probleme...", a.a.O., S. 93.

Vor allem aber wächst offensichtlich die allgemeine Disproportionalität in eine neue Dimension hinein, begleitet von einer immer stärker erkennbaren Tendenz der Verflechtung mit Krisenerscheinungen in anderen kapitalistischen Ländern und in den internationalen Handels- und Währungsbeziehungen. Die zur Theorie erhobene Vorstellung, die Spannungen des sogenannten magischen Vierecks könnten in einem die allgemeine Stabilität nicht gefährdenden Rahmen gehalten und in diesem Sinne weitgehend beherrscht werden, erweist sich als Illusion ... Diese sich verschärfende Konfliktsituation sorgt dafür, daß die Auseinandersetzung um echte wirtschaftspolitische Alternativen nicht von der Tagesordnung verschwinden wird. Die Kritik am Profitmotiv als der Wurzel des Übels und die Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselzweige der Industrie und nach demokratischer Erneuerung des Staates zur Sicherung der Planmäßigkeit und der demokratischen Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung, die Bestandteile der programmatischen Position der Kommunisten sind, finden hier ihren objektiven Nährboden.

Ein anderer Kreis von Widersprüchen gruppiert sich unmittelbar um die Rolle des Staatshaushaltes. Die mittelfristige Finanzplanung, Hauptinstrument der "Globalsteuerung" und offiziell zur "quantifizierten politischen Strategie" (198) erklärt, geriet sehr schnell in den Strudel sich gegenseitig widersprechender Ziele und stieß mit ihrer "langfristigen Finanzstrategie" an die Klassenschranken der staatsmonopolistischen Verhältnisse." (199)

"Im jährlichen Tauziehen um die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Staatshaushalts widerspiegeln sich konzentriert die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie. Von den Gesetzen des Profits und der kapitalistischen Konkurrenz getrieben, ist jede von ihnen bestrebt, dem Staat möglichst wenig materielle Mittel abzugeben, für sich selbst aber den größtmöglichen Vorteil aus der staatlichen Tätigkeit herauszuholen. Die Folgen sind wachsende steuerliche Lasten für die Werktätigen und Ausbau der Schuldenwirtschaft (200) zu einer Hauptmethode der Finanzierung, womit der Druck auf die Werktätigen verstärkt und zugleich der Inflation als nunmehr chronischem Krankheitsherd im kapitalistischen Wirtschaftsorganismus neue Impulse gegeben werden.

Der von bürgerlichen Gesellschaftskritikern häufig benutzte Slogan von der "Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut" bringt in vereinfachter Form zum Ausdruck, daß sich die wachsende Rolle der öffentlichen Finanzen mit ihrer Unterordnung unter die Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals im unversöhnlichen Konflikt befindet. So ist es gesetzmäßig, daß Ziele und Prioritäten der Finanzpolitik des Staates, die Frage der Finanzierungsquellen für die dem Staat zukommenden gesellschaftlichen Aufgaben u.ä. zu zentralen Problemen des ökonomischen Klassenkampfes werden. Der Profit der Reichen und der Großunternehmen rückt damit erneut in den Blickpunkt. Das betrifft sowohl die demokratische Forderung nach Neuverteilung der Steuerlasten als auch einen noch prinzipielleren Aspekt. Erweist sich doch immer mehr, daß die für den Kapitalismus typische Finanzierung staatlicher Aufgaben fast ausschließlich über Steuern, über Umverteilungsprozesse dem heutigen Grad der Vergesellschaftung aller Lebensbereiche nicht mehr gerecht werden kann. Es bedarf einer Ergänzung und damit neuen Basis für die ökonomische Funktion des Staates, die nur durch die Verstaatlichung von Monopolunternehmen geschaffen werden kann. Die in der Rolle des Staatshaushaltes konzentrierte

198 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. Januar 1970, Seite 11.

199 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 396.

200 Während in der von der CDU/SPD-Koalition für 1969-72 aufgestellten mittelfristigen Finanzplanung eine Neuverschuldung von 15,2 Md. DM veranschlagt war, ist in dem gegenwärtig vorliegenden Finanzplan für 1971-75 bereits eine Neuverschuldung von 25,4 Md. DM vorgesehen.

ökonomische Funktion des Staates schafft viel unmittelbare Beziehungen zwischen Verteilungs- und Eigentumsverhältnissen und führt auf spezifische Art und Weise erneut an die in letzter Instanz entscheidende Grundfrage des Klassenkampfes, an die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln, heran.

Ein dritter Kristallisationspunkt von Widersprüchen ist das Verhältnis von Lohn und Profit, betrifft also den ökonomischen Kern des Klassengegensatzes von Arbeit und Kapital.

Die als eines der Instrumente der "Globalsteuerung" in der BRD installierte "konzertierte Aktion" ist eine Variante der in vielen entwickelten kapitalistischen Ländern praktizierten staatsmonopolistischen Einkommenspolitik. Der ihr vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller zugeschriebene Grundsatz der "sozialen Symmetrie" wurde von den kapitalistischen Realitäten sehr schnell ad absurdum geführt. Zwischen 1966 und 1969 stiegen die Nettoprofite in den 100 größten westdeutschen Aktiengesellschaften um fast 53 Prozent, die Nettolohn- und Gehältssumme demgegenüber um lediglich 12,4 Prozent und je Beschäftigten sogar nur um 9,1 Prozent. (201)" (202)

" "Soziale Symmetrie" oder "Verteilungsgerechtigkeit", als die sie propagiert wird, ist für den Kapitalismus als antagonistische Klassengesellschaft ein Widerspruch in sich. Vom Standpunkt der Vertreter des Monopolkapitals ist sie zwar eine brauchbare Propagandalosung, aber niemals ein ernst zu nehmendes Prinzip der Wirtschaftspolitik. ' Eine Einkommenspolitik ', so schrieb das großbürgerliche "Handelsblatt", ' die ... versucht, auch die Ansprüche der Unternehmer an das Sozialprodukt abzustimmen und sie auf das jeweilige, vernünftige Maß auszurichten, ist eine marktwirtschaftliche Absurdität ... 'Einkommenspolitik' kann nur dann einen Inhalt haben, wenn sie sich auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften bezieht. ' (203)" (204)

"Es widerspricht dem Wesen des Monopolkapitalismus, die Profitentwicklung auf eine Relation zu anderen volkswirtschaftlichen Daten festzulegen oder gar eine Begrenzung der Profite freiwillig zu akzeptieren. Die einzig wirksame Grenze des Profitstrebens der Monopole setzt der Klassenkampf." (205)

"Mit der 'konzertierten Aktion' und staatlichen Lohnleitlinien greift der Staat heute unmittelbar in die Lohn- und Tarifauseinandersetzungen zugunsten des Großkapitals ein. So stößt die Arbeiterklasse im Kampf für ihre Forderungen nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer und ihrer Verbände, auf die kapitalistische Meinungsmanipulierung, auf die politische Schlichtung und den Einsatz staatlicher Zwangsmittel, sondern sie gerät auch in einen direkten Konflikt mit der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter und Angestellten erlangen dadurch zunehmend politische Bedeutung." (206)

"Damit wird eine direkte Verbindung der elementaren ökonomischen Triebkräfte des Klassenkampfes mit den gesellschaftlichen Grundlagen der Verteilungsverhältnisse geschaffen. Der Kampf wird auf neue Weise an die Produktionsverhältnisse, an den Grundwiderspruch des Kapitalismus, an die Fragen nach dem Eigentum an Produktionsmitteln herangeführt. Und schließlich: Indem der kapitalistische Staat mehr und mehr ökonomische

201 H. Zschocke: "Die Profite der westdeutschen Konzerne im Jahre 1969", in: DWI-BERICHTE, Heft 1/1971, S. 30 ff.

202 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 397.

203 HANDELSBLATT Düsseldorf, 29. September 1970.

204 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 398.

205 Ebd.

206 Thesen des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei: DKP kontra Großkapital – Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus, These 3.

Funktionen übernimmt und als Gesamtkapitalist fungiert, bündelt er ungewollt die früher zersplitterten Aktivitäten des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse, lenkt sie in Richtung auf dieses Zentrum der Macht." (207)

Somit liegt es also auf der Hand, daß bei der Wahl der Methoden staatsmonopolistischer Strategien "das jeweilige Kräfteverhältnis, die Geschlossenheit und Organisiertheit des Handelns der Klassen, eine entscheidende Rolle spielt." (208)
Man kann also resümieren: "Mit der sich gegenwärtig vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution wird der Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion beschleunigt. Das führt dazu, daß die antagonistischen sozialen Widersprüche in noch größerem Umfang und größerer Schärfe reproduziert werden. Nicht nur spitzen sich die bisherigen Widersprüche des Kapitalismus zu, sondern es entwickeln sich auch neue. ' Das ist vor allem auch der Widerspruch zwischen den außerordentlichen Möglichkeiten, die die wissenschaftlich-technische Revolution eröffnet, und den Bemühungen des Kapitalismus, zu verhindern, daß diese Möglichkeiten im Interesse der ganzen Gesellschaft genutzt werden ... Das ist auch der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktion und dem staatsmonopolistischen Charakter ihrer Regulierung. Das ist nicht nur die ständige Verschärfung des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch die Vertiefung des Antagonismus zwischen den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Nation und der Finanzoligarchie.' (209)" (210)

---

207 Lutz Maier: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus...", a.a.O., S. 399.
208 G. Pawelzig: "Anpassung", a.a.O., S. 222.
209 Hauptdokument der Internationalen Beratung, a.a.O., S. 151.
210 Gellhardt/Narayek: "Zu einigen Aspekten...", a.a.O., S. 18.

KONSEQUENT

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..."
(Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1).

KONSEQUENT 12/Dezember 1972 enthält u.a.

50 Jahre UdSSR
Konvergenztheorie
Musik und Gesellschaft
Ästhetik und Klassenkampf

Dokumentation:
Kultur und Klassenkampf
III. Parteitag der SEW

Gingen wir anfangs davon aus, daß eine bestimmte Wechselbeziehung zwischen Fortschritten in der marxistisch-leninistischen Analyse des Imperialismus und der realen Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes besteht, so wurde schon dort betont, daß der wachsenden Einsicht auch gestiegene Anforderungen auf Seiten der internationalen Arbeiterbewegung gegenüberstehen. Wenn sich einerseits die Bedingungen für den Klassenkampf im globalen Maßstab zugunsten der Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus verändern, so ist andererseits auch klar, daß die Aufgaben der kommunistischen- und Arbeiterparteien vielfältiger und umfangreicher werden, die Nutzung aller Möglichkeiten, die sich aus den veränderten Bedingungen ergeben, große Wachsamkeit und ein hohes Maß an ideologischer Festigkeit voraussetzen. Ohne Zweifel ist die wesentlichste Veränderung der Kampfbedingungen in der Existenz und dem wachsendem Einfluß des sozialistsichen Weltsystems mit der Sowjetunion als Kernkraft zu sehen; so betrachtet wird auch unmittelbar einsichtig, welche Rolle dem ideologischen Kampf gegen Antikommunismus und Antisowjetismus zukommt: Je mehr der Imperialismus heute versucht (und er ist dazu gezwungen), an der ideologischen Front Einfluß zu gewinnen, desto stärker und entschiedener haben die kommunistischen Parteien als Zentrum der antiimperialistischen demokratischen Bewegung die Errungenschaften des real existierenden Sozialismus, seine Bedeutung als entscheidende Stoßkraft im weltweiten revolutionären Prozess hervorzuheben. Dabei gilt es mit aller Konsequenz die Einheit und Reinheit des Marxismus-Leninismus zu verteidigen, sei es gegen pseudo"linke" Theoretiker, die das sozialistische Weltsystem mit "Verbürgerlichung" oder "Konsumgesellschaft" zu verleumden suchen, sei es gegen verschiedene mit "Wissenschaftlichkeit" bemäntelte Versuche, Marx gegen Lenin und letztlich Lenin gegen die kommunistischen Parteien auszuspielen. Die Verwirklichung und allseitige Nutzung der aus der veränderten Situation des Imperialismus erwachsenen Möglichkeiten aller demokratischer und sozialistischer Kräfte hängt nicht zuletzt von der Fähigkeit zur Überwindung aller sektiererischer und opportunistischer Tendenzen in der Arbeiterbewegung und in den Reihen ihrer Verbündeten ab. Je besser dies gelingt, desto eher setzt sich in den breiten Massen der Arbeiterschaft, der Werktätigen, die Erkenntnis der Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative zum sterbenden Kapitalismus durch.

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

SONDERHEFT I
Erich Hahn
Materialistische Dialektik und Klassenanalyse
DM 3,– im Buchhandel oder vom Verlag

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

Sie können jede Woche eine Zeitung beziehen, die über Rechtskartell und Militarismus Enthüllungen bringt, die Sie sonst nicht finden.

die tat
die antifaschistische Wochenzeitung

„die tat" verschafft Ihnen Informationen über Hintergründe und Zusammenhänge, die Sie kennen müssen.

„die tat": profiliert antifaschistisch

Mit der „tat" können Sie argumentieren.

An den
Röderberg-Verlag GmbH
6 Frankfurt/Main 1
Schumannstraße 56

Bitte schicken Sie Probeexemplare der „tat" an:

Kurzanalysen, Berichte

Entwicklung Westberlins von 1945 - 1972

Seit dem Ende des ersten Weltkrieges wurde der Widerspruch zwischen der Sowjetunion und den imperialistischen Westmächten zum Hauptfaktor der internationalen Politik. Der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern nahm auf internationaler Ebene in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus staatlichen Charakter an, so daß die Zerschlagung der Sowjetunion notwendig zu einem wesentlichen Ziel imperialistischer Außenpolitik wurde (1). Aus dieser Zielsetzung erklärt sich die Deutschlandpolitik der Westalliierten mit den USA als ihrem aggressivsten Vertreter an der Spitze. Die Imperialisten erkannten sehr bald, daß ein schnelles Zurückdrängen der Sowjetunion aus den von ihr befreiten Gebieten unmöglich war, daß im Gegenteil sogar die Arbeiterklasse mit Unterstützung der UdSSR schnell erstarkte. Aus diesem Grund mußten die Imperialisten ihre ursprünglichen Pläne, ganz Deutschland bzw. Europa ihrem Einflußbereich zu unterwerfen, revidieren zugunsten eines Bündnisses lediglich mit der westdeutschen Bourgeoisie gegen das sozialistische Lager.

Bezogen auf die Westberlin-Politik bedeutete das: Westberlin (WB) erhielt die Funktion einer Frontstadt. Um dieser Funktion gerecht werden zu können, wurden die Westsektoren der Stadt abgespalten und zusammen mit den westdeutschen Besatzungszonen in das westeuropäische imperialistische System eingegliedert und die sich anbahnende Einheit der Arbeiterbewegung zerschlagen. Von den Anfängen der Westberlinfrage bis in unsere Tage erachteten es die Frontstadtpolitiker als ihre vorrangigste Aufgabe, wie sich der heutige Friedensnobelpreisträger Willy Brandt damals ausdrückte: "Die Konsolidierung und Stabilisierung der Sowjetzone soweit wie möglich zu erschweren und so sehr wie möglich zu verlangsamen. (West-)Berlin will lieber Störenfried als Schlafmütze sein." (2) Als Folge dieser Politik entwickelte sich WB zu einem internationalen Krisenherd, der mehrfach bis an den Rand einer erneuten militärischen Auseinandersetzung führte. Die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik (DDR) und die Sozialistische Ein-

1 Der amerikanische Präsident Truman erklärte am 12. März 1947 in einer Kongreßbotschaft, der sogenannten Truman-Doktrin, den Willen der USA zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Südosteuropa und "wo immer das in Zukunft nötig sei." (EUROPA ARCHIV, Oberursel, Jg. 1947, S. 819) In diesem Sinn verkündete der amerikanische Außenminister Marshall am 6. Juni 1947 das European Recovery Program (ERP), den sogenannten Marshall-Plan, der Westeuropa unter späterer Einbeziehung der Westzonen in den imperialistischen Weltmarkt integrieren sollte und damit den Weg für einen antisowjetischen Militärblock ebnete. Nelson A. Rockefeller konstatierte später: "Was in diesem Fall tatsächlich geschah, war, daß eine koordinierte Außenpolitik unter Anwendung jeder Art von Druck zur Schaffung eines Militärbündnisses führte." (DOKUMENTATION DER ZEIT, Berlin 1957, Heft 138, S. 13)

2 W. Brandt in: DIE WELT, 10. Februar 1958.

heitspartei Westberlin (SEW) haben von Anfang an vor den Gefahren dieser Politik gewarnt und beständig auf eine friedliche Lösung des WB-Problems hingearbeitet, bis schließlich die Westmächte auf internationalen Druck und infolge des veränderten Kräfteverhältnisses gezwungen waren, in konkrete Verhandlungen einzusteigen, an deren Höhepunkt das Vierseitige Abkommen über WB steht. Die Vereinbarungen dieses Abkommens sind für die Zukunft in WB von großer Bedeutung. Gegen den harten Widerstand von CDU und CSU gilt es, das Vierseitige Abkommen nach außen und innen zu nutzen. Nach außen durch Herstellung eines neuen Verhältnisses zur DDR und zu den anderen sozialistischen Staaten, nach innen durch die konsequente Verwirklichung der demokratischen Prinzipien der Westberliner Verfassung, um in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik von den Volksinteressen auszugehen.

Seit ihrem Bestehen hat die SEW als einzige Partei in WB diese Gedanken und Vorstellungen entwickelt und konsequent vertreten, zu einer Zeit, da die Rathausparteien SPD, FDP und CDU noch einen starken einheitlichen Block gegen eine realistische WB-Politik bildeten. Das Zustandekommen des Vierseitigen Abkommens ist somit auch ein Erfolg der beharrlichen Anstrengungen und der Kleinarbeit der SEW.

Was die Analyse der spezifischen Kampfbedingungen der Westberliner Arbeiterklasse anbelangt, so sei auf die Beiträge "Westberlin – Ökonomie und Politik" in SOPO 20 verwiesen. Zum besseren Verständnis und als Ergänzung empfiehlt es sich, kurz auf die geschichtliche Entwicklung Westberlins seit Kriegsende einzugehen.

Die Situation in Berlin nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus

Die bis 1945 in Deutschland herrschende Klasse, die Monopolbourgeoisie, die das preußische Junkertum in sich aufgenommen hatte, war politisch und militärisch größtenteils geschlagen. Im Gegensatz zu den Westzonen wurde ihr wie in der gesamten sowjetischen Besatzungszone auch in Berlin, im Sinne des Potsdamer Abkommens und der Anordnungen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung, auch die ökonomische Basis genommen. Ohne ihren Herrschaftsapparat war sie außerstande, Einfluß auf die Neuordnung Deutschlands auszuüben. Sie wartete daher in ihren Schlupfwinkeln – als aufmerksame Beobachter der Szenerie – auf bessere Bedingungen, unter denen sie dann die Restauration des historisch überlebten kapitalistischen Systems wieder ankurbeln konnte. Allein die Arbeiterklasse – obwohl auch vor ihren Reihen der nationalsozialistische Einfluß nicht halt gemacht hatte, und die durch den barbarischen Krieg und den nazistischen Terror quantitativ und qualitativ am meisten geschwächt war – allein sie war bereit und auch imstande, im Bündnis mit anderen antimonopolistischen Schichten für den Neuaufbau eines besseren Deutschland zu sorgen.

Während der spätere westdeutsche SPD-Vorsitzende, Kurt Schumacher, den "Sozialismus als Tagesaufgabe" propagierte und die CDU in ihrem Gründungsaufruf vom "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" schwafelte, – beides nur Pseudozugeständnisse, um von der richtigen Einschätzung der Situation durch die KPD abzulenken, somit einen Zulauf breiter Schichten des Volkes zur KPD und deren Einfluß zu verhindern –, forderten die Kommunisten: die "Demokratisierung Deutschlands" durch Zuendeführung der "bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, ... die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten, ... den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk." (3) Im gleichen Aufruf hatte die KPD auch die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Weg genannt.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben, die die Wiederinstandsetzung des wirtschaftlichen und politischen Lebens zum Ziel hatten, wurden mit Hilfe der Roten Armee deutsche Verwaltungsorgane geschaffen. Der antifaschistisch-demokratische Magistrat für ganz Berlin wurde am 19. Mai 1945 in sein Amt eingeführt. Als Truppenteile der Westmächte im Juli 1945 in Berlin einzogen, – das ist deutlich zu unterstreichen – war die größte Not schon gebannt. Darüber hinaus hatte der Magistrat bedeutende Schritte für die Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen in die Wege geleitet, so in Fragen der Schulreform, der Enteignung aktiver Nazis, der Arbeitermitbestimmung, der Neuordnung des Bank- und Steuerwesens.

Die interalliierte Kommandantur

Mit dem Einzug der Westalliierten in Berlin nahm auch die Interalliierte Kommandantur (IAK) am 11. Juli 1945 ihre Arbeit auf. Dieses Datum ist in mehrfacher Hinsicht entscheidend. Es kennzeichnet einen Zeitraum, von dem eine unterschiedliche Entwicklung in den westlichen und der sowjetischen Besatzungszone ihren Anfang nahm, und zwar seitdem die Westalliierten mit den USA an der Spitze immer offener das deutsche Monopolkapital unterstützten und es gegen den Willen des deutschen Volkes wieder in den Sattel hoben. Dieses Datum kennzeichnet den Beginn Westberlins als Krisenherd.

Die Funktion der IAK war schon im Londoner Abkommen vom 14. November 1944 klar umrissen, nämlich zum Zweck "gemeinsamer Leitung der Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin, zur Überwachung und Kontrolle der Tätigkeit der für die Stadtverwaltung verantwortlichen örtlichen Organe von Groß-Berlin" (4). Anfangs hat die Zusammenarbeit auf Viermächtebasis in der deutschen Hauptstadt funktioniert. Die IAK bestätigte in ihrem ersten Befehl sämtliche Befehle und Anordnungen, die von der SMAD bzw. den deutschen Selbstverwaltungsorganen erlassen worden waren (5). Darüberhinaus erließ die IAK noch zahlreiche Anordnungen im Geiste des Potsdamer Abkommens und ergriff verschiedene Maßnahmen zur weiteren Normalisierung des Lebens, zur Beseitigung der Überreste des Faschismus und zur Demokratisierung Berlins. Doch "die alliierten Flitterwochen dauerten knapp zwei Jahre, dann begann der Kalte Krieg und damit der Kampf um Berlin. West-Berlin wurde zur Speerspitze des Westens" (6).

Schon während dieser zwei Jahre betrieben die Westalliierten eine Politik des doppelten Bodens. Öffentlich traten sie für die Verwirklichung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens ein, insgeheim aber hintertrieben sie diese Beschlüsse und gingen später sogar offen dagegen vor. Sie bauten systematisch die demokratischen Errungenschaften wieder ab, entließen massenweise Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten, die sich am konsequentesten für die Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse einsetzten, aus den öffentlichen Ämtern und aus den Betrieben. Dafür setzten sie Nazis und Großindustrielle wieder auf ihre alten Posten.

---

3 DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, III, 1; Berlin 1959, S. 18.

4 POTSDAMER ABKOMMEN – Dokumente zur Deutschlandfrage, Berlin 1970, S. 32; vgl. dazu: ebenda, S. 52 ff.; K. Kniestedt: "25 Jahre Potsdamer Abkommen", in: KONSEQUENT 5, 1. Jg., Nov. 1970, S. 1 ff.

5 "Indem wir dieses Dokument unterzeichneten, fanden wir uns mit der russischen Kontrolle über Berlin ab", bemerkte der amerikanische Militärkommandant in WB, Frank Howley. F. Howley: BERLIN COMMAND, New York 1950, S. 61.

6 Jens Feddersen in: DIE ENTKRAMPFUNG BERLINS oder eine Stadt geht zur Tagesordnung über, Hamburg 1972, S. 12.

Aktionseinheit der Arbeiterklasse

Gegen diese Umtriebe der deutschen und ausländischen Reaktion schloß sich die Arbeiterklasse in der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten immer enger zusammen. Es verstärkte sich zunehmend die Einsicht, daß die praktische Aktionseinheit, wie sie sich in der ersten Zeit des Aufbaus bewährt hatte, so zum Beispiel bei der Gründung des FDGB und der Wiederinstandsetzung und Inbetriebnahme großer Fabriken mit von den Arbeitern selbst aufgebrachten finanziellen Mitteln, endlich auch ihren organisatorischen Ausdruck in der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, der KPD und der SPD, finden müsse. Die Stimmen aus den Betrieben für eine Vereinigung wurden immer lauter. Gemeinsame Mitgliederversammlungen, Funktionärsbesprechungen, Schulungsabende und Konferenzen waren schon nichts Seltenes mehr. Daraufhin beschloß im Dezember 1945 eine gemeinsame Tagung, die als Sechziger-Konferenz in die Geschichte einging, entscheidende Maßnahmen zur Vorbereitung der Vereinigung. Mit dieser Konferenz wurde die Phase eingeleitet, "die Verschmelzung auf Grund einer freiwilligen Verständigung und auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung" (7) zu vollziehen. Die Begeisterung der Mitglieder der Arbeiterparteien und auch der Gewerkschafter über diese Beschlüsse machte den Reaktionären klar, daß eine Verhinderung der Verschmelzung zu einer Einheitspartei unmöglich war. Ihre einzige Chance sahen sie darin, durch ein Trommelfeuer von Hetze, Verleumdungen und Verboten die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse zu erreichen. Willige Helfer hatten sie dafür in rechten Führern der Sozialdemokratie, die von Anfang an versucht hatten, die Aktionseinheit zu hintertreiben.

Besondere Bedeutung erlangte das Büro Schumacher, das auf amerikanisches Betreiben in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Bezirksleiterkonferenzen der SPD organisierte, wo die Spalter sich durchsetzten. Willy Brandt gestand später ein: "Zum Glück verstanden nicht nur westliche Journalisten, was auf dem Spiel stand, sondern auch eine Reihe von britischen und amerikanischen Beamten erfaßten die Bedeutung des Berliner 'Widerstandes' für die Zukunft ganz Deutschlands; sie waren es, die Schumachers Besuch in Berlin ermöglicht und der Opposition (gegen die Mehrheit der Werktätigen, d.V.) das erste Papier für Flugblätter gegeben hatten." (8) Dieser 'Besuch' Schumachers fand unmittelbar vor der Februarkonferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD statt, auf der nicht nur der Termin für den Vereinigungsparteitag (21. und 22. April 1946) festgelegt wurde, sondern auch die Entwürfe der Grundsätze und Ziele und des Statuts der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gebilligt und der Mitgliedschaft zur Diskussion unterbreitet wurden. Um die Vereinigung in Berlin zu torpedieren, organisierten Schumacher und die Berliner Spalterfraktion mit Otto Suhr, Gustav Klingelhöfer und Arno Scholz an der Spitze, unter Beteiligung westlicher Besatzungsoffiziere, hinter dem Rücken des Bezirksvorstandes der SPD eine Funktionärsversammlung, die sie massenweise mit Einheitsgegnern beschickten, und auf der sie nach tumultartigen Szenen eine Resolution über die Durchführung einer Urabstimmung in Berlin durchbrachten. (9)

Der Zentralausschuß lehnte in einer Erklärung diesen statutenwidrigen Funktionärsbeschluß ab, da nur der längst einberufene Parteitag als oberste Instanz der Partei (§ 6 der

7 DOKUMENTE..., a.a.O., S. 360.
8 W. Brandt/R. Löwenthal: ERNST REUTER – EIN LEBEN FÜR DIE FREIHEIT, München 1957, S. 356.
9 Die Fragestellung lautete: Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien? Ja – Nein, oder bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt? Ja – Nein. Vgl. dazu: Keiderling/Stulz: BERLIN 1945-1969, Berlin 1970, S. 96.

Satzung) allein über die Vereinigung entscheiden konnte. Darüberhinaus schloß der Zentralausschuß die Spalter aus der Partei aus und empfahl den Mitgliedern der SPD dringend, "sich nicht an der Urabstimmung zu beteiligen, für die alle sachlichen Voraussetzungen durch die Einheitsgegner zerstört wurden." (10) Von den rund 66 300 Berliner Sozialdemokraten, von denen 39 716 Westberliner Kreisen angehörten, (die Urabstimmung fand nur in den Westsektoren statt) beteiligten sich laut Wahlprotokoll dann auch nur 23 019 Mitglieder an der Urabstimmung. Die übrigen Mitglieder bekundeten ihren Willen zur Vereinigung gemäß dem Aufruf des Zentralausschusses durch ihr Fernbleiben von diesem statutenwidrigen Abstimmungsmanöver. Die Frage nach sofortigem Zusammenschluß beantworteten 18 951 mit Nein und 2 731 mit Ja. Auf die Frage nach dem Bündnis stimmten 14 146 mit Ja und nur 5 707 mit Nein. Sieht man von der Manipulation des Wahlergebnisses einmal ab (teilweise wurden Stimmergebnisse telefonisch durchgegeben), so sprachen sich doch lediglich 47,7 % der Westberliner, bzw. 28,6 % der Gesamtberliner Mitglieder gegen den sofortigen Zusammenschluß aus, während ganze 8 (acht) % gegen ein Bündnis und gegen die Vereinigung stimmten. Hierdurch wird offensichtlich, daß die Behauptung, die Berliner Sozialdemokraten hätten sich schon 1946 gegen die Kommunisten ausgesprochen, in den Bereich der Geschichtsfälschung gehört.

Unmittelbar nach dieser Urabstimmung konstituierten sich am 7. April 1946 die Einheitsgegner, unter Mißbrauch des traditionellen Namens, als eine eigene Partei und vollzogen damit den offenen Bruch mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese Verhinderung der vollständigen Einheit der Arbeiterbewegung schaffte eine wesentliche Voraussetzung für die Spaltung Berlins.

Die Politik des Imperialismus

"Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Viermächte-Regimes den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten. Darum werden Studien gemacht hinsichtlich der Errichtung einer separaten Regierung für Westdeutschland." (13) Mit diesem Ziel wurden die deutschen Selbstverwaltungsorgane von Monat zu Monat stärker in der Ausübung ihrer Funktion behindert. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ostrowski wurde im Februar 1947 von seiner eigenen Parteiführung gestürzt, weil er sich nicht nur mit Worten zu einer Zusammenarbeit mit der SED bekannte (14). Als neuer Oberbürgermeister wurde der professionelle Antikommunist Ernst Reuter eingesetzt. Die Nominierung Reuters stand in direktem Zusammenhang mit der einen Monat zuvor verkündeten Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan (15), die von amerikanischer Seite

10 DOKUMENTE..., a.a.O., S. 574 ff.; vgl. dazu: A. Voigtländer: "25 Jahre SED", in: KONSEQUENT 7, 2. Jg., Juli 1971, S. 10 ff.
11 Entfällt.
12 Entfällt.
13 NEWSWEEK, New York, Leitartikel vom 14. Juli 1947.
14 Aus Anlaß des Katastrophenwinters 1946/47 (über 130 Kältetote) hatte die SED mit Hilfe der SMAD ein Notprogramm aufgestellt, das die Versorgung der Westberliner Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial sicherstellen sollte. An der Verwirklichung dieses Programms arbeiteten Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose gemeinsam. Diese Zusammenarbeit suchten sozialdemokratische Führer und die amerikanischen Besatzungsbehörden zu verhindern. Oberbürgermeister Ostrowski dagegen sah die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der SED und den sowjetischen Behörden ein und handelte dementsprechend.
15 Vgl. Anm. 1; vgl. dazu: K. Schran: SACKGASSEN UND PERSPEKTIVEN FÜR WB, in: SOPO 20/1972, S. 8.

gleichbedeutend waren mit der Aufkündigung jeglicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Rahmen der IAK; mit der Separatkonferenz der Westalliierten im Januar 1948 wurde dieser Schritt praktisch vollzogen. Gleichzeitig machte diese Konferenz mit der Einrichtung einer separaten Verwaltung für die Westzonen den ersten konkreten Schritt zur Spaltung.

Gegen die imperialistische Spaltungspolitik rief der 2. Deutsche Volkskongreß (16) zu einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands auf. Über 15 Millionen (allein in Berlin über 1 Million) trugen sich in die Listen ein. Im Februar 1948 wurde die Volkskongreßbewegung in den Westzonen verboten und Hunderte Aktive, die Unterschriften gesammelt hatten, verhaftet. – Es verwundert daher um so mehr, wenn der Senat von WB und die Bonner Politiker heute von einer Wiedervereinigung reden; 1948 hätten sie ihren Willen zur Wiedervereinigung im Sinne des Potsdamer Abkommens unter Beweis stellen können –. Gleichzeitig mit der Unterdrückung der Volksbewegung für die Einheit Deutschlands wurde der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in den Westzonen verboten, die Büros geplündert und dann der monopolfreundlichen Pseudogewerkschaft, der Unabhängigen Gewerkschaftsopposition (UGO) übergeben. Die UGO hatte lediglich die Funktion, zur Spaltung der Gewerkschaften beizutragen, mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wurde sie aufgelöst.

Die separate Währungsreform und ihre Folgen

Auf dem Höhepunkt der Krise führten die Westmächte in den Westzonen eine separate Währungsreform durch. Große Mengen des entwerteten Geldes wurden in die sowjetische Zone geschleust, um dort den wirtschaftlichen Ruin herbeizuführen. Als Gegenmaßnahme mußten die sowjetischen und ostdeutschen Behörden ebenfalls eine Währungsreform durchführen. Daß Berlin zum Währungsgebiet der sowjetisch besetzten Zone gehören würde, ergab sich aus seiner rechtlichen Stellung als Teil der sowjetisch besetzten Gebiete. So versicherten die Westalliierten der sowjetischen Seite denn auch schriftlich, die Westgebiete Berlins seien aus dem westlichen Währungsgesetz ausgeklammert. (16a) Insgeheim aber bildeten sie mit westdeutschen Stellen einen Aktionsausschuß vor, der sich "auf den Währungskampf vorbereiten sollte. Die ganze Aktion war natürlich dadurch erschwert, daß sie nicht im Namen des Berliner Magistrats geführt werden konnte" (17). Fünf Tage nach der schriftlichen Zusicherung wurde die Separatwährung auch in den Berliner Westsektoren eingeführt, mit dem Beschluß, beide Währungen gelten zu lassen. Diese Maßnahme machte zusammen mit dem spektakulären Auszug der Westberliner Stadtverordneten – ausgenommen die Westberliner SED-Stadtverordneten – und der Verlegung einer Separatverwaltung ins Westberliner Rathaus Schöneberg die Spaltung der Stadt perfekt.

Die sogenannte Blockade

Zum Schutz der Wirtschaft Berlins und als energischen Protest gegen die Spaltungspolitik der Westmächte sah sich die Sowjetunion gezwungen, eine zeitweilige Sperrung des

16 Im November 1947 rief die SED zu einem "Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" auf. Der Deutsche Volkskongreß veranstaltete in allen Teilen Deutschlands Demonstrationen und Großkundgebungen für die Einheit Deutschlands, an denen sich auch SPD- und CDU-Mitglieder beteiligten.

16a Gerhard Kegel: "Zur Spaltungsgeschichte Berlins", in: KONSEQUENT 5,1.Jg., Nov. 1970, S. 12.

17 W. Brandt/R. Löwenthal, a.a.O., S. 408.

Güter- und Personenverkehrs zwischen dem demokratischen Teil Deutschlands und den Westzonen und den Westsektoren Berlins zu verhängen, unternahm aber gleichzeitig Maßnahmen, die die Versorgung ganz Berlins sicherten. Doch diese Haltung der Sowjetunion paßte nicht in das Konzept der Imperialisten. So bauschten sie die Sicherungsmaßnahmen als "Blockade" auf und begannen mit einer pompös angelegten "Luftbrücke", um die angeblich verhungernde Westberliner Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern zu versorgen. Doch anhand einfacher Berechnungen kann man sehr leicht feststellen, daß die Luftbrücke nie dazu ausgereicht hat, ca. 2 Millionen Menschen zu ernähren (18). Offiziell lehnte man zwar die Lieferangebote der Sowjetunion ab, aber die Westberliner Bevölkerung war in der Praxis dennoch darauf angewiesen und versorgte sich sehr wohl von "drüben".

Die Imperialisten nutzten die von ihnen geschaffene gespannte Lage zur Forcierung einer hemmungslosen Antisowjethetze und zur Erzeugung einer Progromstimmung gegen alle fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Stadt selbst aus. Eine Serie von Verhaftungsfällen folgte, zahlreiche Antifaschisten, Demokraten und sämtliche bekannten Kommunisten wurden aus der Verwaltung entfernt. Doch in wachsendem Maße begannen Protest und Widerstand die Imperialisten unter Druck zu setzen. Eine weltweite Friedensbewegung gegen die akute Kriegsgefahr veranlaßte schließlich die USA, den energischen Forderungen nach Beendigung der WB-Krise nachzukommen. In der folgenden Pariser Außenministerkonferenz wurden dann die gegenseitigen Handels-, Transport- und Verkehrsbeschränkungen aufgehoben. An der Haltung der Sowjetunion waren die amerikanischen Kriegspläne gescheitert, geblieben war die als Produkt der imperialistischen WB-Provokation entstandene "Frontstadt" Westberlin.

Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Auf dem Boden der Bewahrung und Konsolidierung der Macht der Monopole erfolgte die Befestigung der politischen Machtverhältnisse. Am 1. Oktober 1950 trat für Westberlin eine Verfassung in Kraft. In ihrem Kernstück geht sie auf einen Entwurf von 1948 zurück, an dem unter anderen auch die SED mitgewirkt hatte. Gestützt auf den Druck der Volksbewegung vermochte sie eine Reihe fortschrittlicher Artikel durchzusetzen, mußte den Entwurf als Ganzes aber ablehnen, weil die bürgerlichen Westberliner Politiker sich weigerten, den Hauptstadtcharakter Berlins im Sinne des Potsdamer Abkommens verfassungsmäßig zu verankern, um damit den Anschluß der Stadt an die Westzonen zu begünstigen.

Die Westberliner Verfassung enthält allerdings in den Grundrechten einige, dem Entwurf von 1948 ähnliche, politische und soziale Rechte, die der Arbeiterklasse eine bessere Ausgangsposition verschafften als zum Beispiel das Grundgesetz der BRD. So verpflichtet Artikel 12, das Recht auf Arbeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Wirtschaftslenkung zu *verwirklichen.* Artikel 16 *verbietet* jeden Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, insbesondere "alle auf Produktions- und Marktbeherrschung gerichteten privaten Monopolorganisationen." Artikel 17 *gewährleistet* das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in Wirtschaft und Verwaltung. Artikel 18 sichert das Streikrecht zu. Artikel 23 *verpflichtet* jeden zum Widerstand gegen eine offensichtliche Verletzung der Grundrechte. Artikel 24 schließt jene, die nationalsozialistische oder kriegerische Ziele verfolgen, von

18 Die konservative DAILY MAIL sprach diese Tatsachen offen aus: "Die Berliner haben, wenn sie die Lieferangebote der sowjetischen Behörde annehmen, die Macht, unsere Luftbrücke lächerlich und unsere Anwesenheit unnötig zu machen." Aus: Keinderling/Stulz, a.a.O., S. 159.

der Inanspruchnahme der Grundrechte aus. Artikel 3, 39, 45 und 49 verankern Volksbegehren und Volksentscheid als legitime Formen der politischen Willensäußerung der Westberliner. Im Gegensatz dazu sichert das Bonner Grundgesetz durch Artikel 29 das Volksbegehren nur in Fragen der Landeszugehörigkeit zu. Die anderen Artikel sind in dieser eindeutigen Formulierung der Verfassung der BRD ganz fremd.

Es besteht jedoch eine breite Kluft zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit.

- Die Monopole haben es bis heute vermocht, die Durchsetzung des Verfassungsauftrages zu verhindern.
- Im Oktober 1966 unterbreitete die SED-W der Öffentlichkeit den Entwurf einer Gesetzesinitiative zur Einführung der erweiterten und qualifizierten Mitbestimmung und schickte ihn im Mai 1968 – geringfügig geändert – der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu (19). Obwohl dieser Entwurf breite Zustimmung in der Öffentlichkeit fand und Diskussionen auslöste, ging die SPD-Fraktion überhaupt nicht auf diesen Entwurf ein, versuchte ihn totzuschweigen und gab damit deutlich zu erkennen, daß sie nicht gewillt war, den Verfassungsauftrag zu verwirklichen.

Die demokratischen Kräfte in WB sind konsequent für die Verwirklichung der Verfassung eingetreten. Sie kämpften mit dem Willen, "dem Geiste des sozialen Fortschritts und des Friedens zu dienen", wie es in der Präambel der Westberliner Verfassung heißt. Gegen die beabsichtigte Remilitarisierung und gegen die Atomwaffenrüstung organisierten Tausende von Werktätigen Unterschriftensammlungen und forderten ihre Parteien und Gewerkschaften zu gemeinsamen Aktionen auf. Doch die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei und der DGB lehnten das Angebot zu gemeinsamen Handeln, das die SED und der FDGB unterbreitet hatten, ab. Als daraufhin Tausende Westberliner, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, zusammen mit der SED und vom FDGB unterstützt, eine Volksbefragung durchführten und damit zum erstenmal von ihrem in der Verfassung verbrieften Recht des Volkbegehrens Gebrauch machten,

- antworteten die Herrschenden in WB mit Terror und Verbot der Volksbefragung am 1. Juni 1951, neun Monate nach Inkrafttreten der Verfassung.

Der sozialdemokratische Polizeichef Stumm hatte schon zu Beginn der Unterschriftensammlung zur Ächtung der Atomwaffe eine Hetzjagd auf demokratische Westberliner Bürger in Bewegung gesetzt, die mit brutaler Anwendung der verfügbaren Unterdrückungsmittel an den sozialdemokratischen "Bluthund" Noske (wie er sich selbst bezeichnet hat) erinnern.

- So war es schon acht (!) Monate nach Inkrafttreten der Verfassung strafbar, diese in der Öffentlichkeit zu verteilen (20).

Am schärfsten jedoch ging die Stumm-Polizei gegen die SED, die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und andere demokratische Organisationen vor. Da die Westmächte zur Stützung ihrer These von einem weiterbestehenden Viermächtestatus in WB kein formelles Verbot aussprachen – im Gegensatz zu Westdeutschland –, wurden diese Organisationen und ihre Mitglieder ökonomisch und politisch unter Druck gesetzt und durch Versammlungsverbote, strafrechtliche Verfolgung ihrer Presseorgane, Einbruchdiebstahl und Demolierung ihrer Geschäftsräume ständig in ihrer Arbeit behindert und als außerhalb der Verfassung Stehende behandelt.

---

19 Vgl. dazu: MITBESTIMMUNG – ABER WIE? , Berlin 1969, S. 29, 42 ff., 144 ff.

20 Der Vorsitzende des Westberliner Zentralen Ausschusses für die Volksbefragung, Dr. W. Schmitt, wurde am 29. Mai 1951 vor dem Rathaus Schöneberg verhaftet, weil er dort Exemplare der Westberliner Verfassung öffentlich verteilt hatte. Vgl. dazu: "Kopie des Polizeiprotokolls", in: Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 300.

Diese Beispiele zeigen hinlänglich: Die Westberliner Verfassung wurde von den Herrschenden stets nur in ihrem eigenen Interesse mißbraucht und für die Axel Springer, Siemens und AEG, für die Millionäre gegen die Interessen der Werktätigen ausgespielt. Sie diente lediglich als ein Instrument zur staatlichen Konsolidierung Westberlins im Interesse des Monopolkapitals, dessen Kernpunkt die widerrechtliche Eingliederung in das staatsmonopolistische System der BRD darstellte (21).

Die Politik der Stärke und 13. August 1961

Die fünfziger Jahre kennzeichnen die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit Westberlins von der BRD (22). Mit dem Erstarken des westdeutschen Imperialismus tritt WB zugleich in eine neue Phase seiner Funktionsbestimmung als Frontstadt gegen die sozialistischen Staaten, insbesondere gegen die DDR. "In Westberlin waren allein an die hundert (!) mit unseren Steuergeldern reichlich versehene Geheimdienste und Geheimorganisationen ansässig mit dem einzigen Auftrag, den Menschen in der DDR auf alle nur mögliche Art wirtschaftlichen, militärischen, politischen und geistigen Schaden zuzufügen." (23) Seitdem der Versuch zur "Beseitigung der DDR" am 17. Juni 1953 scheiterte, arbeitete das Bundesministerium für "gesamtdeutsche Fragen" immer detailliertere Pläne zur "Transformation" des Gesellschaftssystems der DDR in das der BRD aus (24).

In Absprache mit den Staaten des Warschauer Vertrages wurden daher am 13. August 1961 die Grenzen der DDR gesichert. Mit einer wirksamen Kontrolle und Bewachung der Staatsgrenzen war der imperialistischen Wühltätigkeit ein Riegel vorgeschoben. Die Erklärung der Warschauer Vertrags-Staaten, daß "der antifaschistische Schutzwall in Berlin die Grenze des Sozialismus ist und als solche zu jeder Zeit verteidigt wird" (25), führte den Westpolitikern die Grenze ihrer Macht vor Augen.

Wer den Preis für die imperialistische Politik des Kalten Krieges zahlen mußte, merkten die Werktätigen Westberlins in der Folge um die Ereignisse des 13. August 1961 recht schnell. Betriebsstillegungen und Verlagerungen nach Westdeutschland machte viele Arbeiter dieser Stadt arbeitslos und zwang tausende Familien zur Auswanderung in die BRD. Der Westberliner Senat, weit davon entfernt, von diesem Kurs abzuweichen, und die übrigen Frontstadtpolitiker versuchten mit ungeminderter DDR-Hetze und Antikommunismus die wahren Hintergründe für das Scheitern ihrer Politik zu verschleiern und die Kommunisten als Verantwortliche hinzustellen. Sie ließen die Westberliner Büros der SED und ihre Druckerei schließen, stachelten zum Boykott der von der DDR verwalteten S-Bahn und zu Grenzprovokationen auf. Der amerikanische Stadtkommandant General Clay unterstützte den Kurs der Herausforderung, indem er amerikanische Panzer

---

21 Vgl. dazu Anm. 1.

22 Vgl. dazu: K. Schran: "Sackgassen...", a.a.O., S. 4 ff.

23 J. Kuczynski: SO WAR ES WIRKLICH, Berlin 1969, S. 193. Vgl. dazu: BONNER RUNDSCHAU (CDU-nahes Blatt) vom 9. Juli 1961. Dort heißt es: "daß sich die freie Welt instandsetzen müsse, alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges, anzuwenden. Dazu gehören nicht nur die herkömmlichen Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr ..."

24 So Willy Brandt auf einem Vertriebenentreffen im Juni 1961: "Die Bundesrepublik ist kein Endziel, ... sie ist noch nicht des Deutschen ganzes Vaterland." In: WILLY BRANDT – EIN MANN DER BEWÄHRUNG, Hannover 1962, S. 115.

25 Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 484.

am Grenzübergang Friedrichstraße auffahren und mehrfach Militärs mit schwer bewaffnetem Begleitschutz in das Territorium der DDR eindringen ließ. Als sowjetische Panzertruppen zusammen mit DDR-Grenzsicherungskräften sich ebenfalls an der Grenze postierten, mußte Clay auf Order aus Washington die Panzer wieder abziehen.

Welche Bedeutung dem 13. August 1961 in der deutschen Geschichte zukommt, erkennt selbst Sebastian Haffner sehr treffend: "Der 13. August 1961 war ein säkulares Datum deutscher Geschichte, nicht weniger einschneidend als der 11. November 1918 und der 8. Mai 1945. Er war die dritte – diesmal Gott sei Dank unblutige – Niederlage einer deutschen Politik, die Deutschlands Situation durch Druck, Zwang und Kalten Krieg, in der letzten Konsequenz notfalls auch durch wirklichen Krieg, zu verbessern hoffte. Dafür hatte man sich dreimal zunächst Chancen ausrechnen können, damit hatte man dreimal Anfangserfolge gehabt, und damit war man dreimal zum Schluß mit dem Kopf gegen die Mauer gerannt... Adenauer war seit dem 13. August 1961 ein gescheiterter Politiker, nicht weniger als vor ihm Wilhelm II. und Hitler." (26)

Spätestens hier stellt sich die Frage: Wie konnte sich diese Entwicklung gegen die Interessen und den Widerstand der werktätigen Bevölkerung Westberlins durchsetzen?

Der Arbeiterklasse stand in der unheiligen Allianz von imperialistischen Westmächten mit den USA voran, der westdeutschen Monopolbourgeoisie und den rechten sozialdemokratischen Führern eine starke politische Kraft gegenüber. Das Ziel der vereinten Reaktion war die Spaltung der Arbeiterklasse, um ihre Kraft zu zersplittern und dadurch die eigene Herrschaft zu sichern. Zu diesem Zweck setzte die herrschende Klasse alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel ein.

- Durch Meinungsmanipulation, politischen und ökonomischen Druck, mit Polizeiterror, Verhaftungen und Verboten, gelang es den Imperialisten, Antifaschisten, konsequente Demokraten, besonders die Kommunisten und ihre Partei zeitweilig zu isolieren, damit dem Kampf der Arbeiterklasse die Spitze abzubrechen, gleichzeitig die übrige Bevölkerung einzuschüchtern und somit ihre Herrschaft vorübergehend zu festigen.
- Vermittels der Ideologie des Sozialdemokratismus knüpften sie an die Tradition antikommunistischer Ideologiebildung an, nützten deren Auswirkungen – in Form des Antikommunismus und des Antisowjetismus – auch auf Teile der Arbeiterklasse und verschärften den vorhandenen Antikommunismus in einer in der Geschichte einmaligen Art, nämlich der der antikommunistischen Frontstadtideologie.
- Trotz der eindeutigen Warnungen der Kommunisten durchschaute der überwiegende Teil der Westberliner Bevölkerung nicht die Gefahren dieser Politik und ließ sich durch die wirtschaftlichen Verbesserungen und den einsetzenden Wohlstand nach den Kriegsjahren darüber hinwegtäuschen.
- Zudem lebte man im Westen auch viel "bequemer" als in der DDR, wo tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen eine aktive Verantwortung, den Aufbau einer neuen Gesellschaft aus eigener Kraft und ständige Weiterbildung und Entwicklung des Bewußtseins erforderten.

Doch so sehr sich die vereinte Reaktion auch bemühte, sie konnte die Stimmen derer,die das volksfeindliche System durchschauten, nicht gänzlich unterdrücken. Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, d.h. von Anfang an stießen die Frontstadtpolitiker und Kalten Krieger auf den mehr oder weniger heftigen Widerstand der Werktätigen in WB; auch die Erfolge der herrschenden Klasse können diesen Tatbestand nicht hinwegwischen.

---

26 STERN vom 15. November 1964.

Als Resultat der Zuspitzung und Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus und der rasch fortschreitenden Polarisierung der Gesellschaft hat sich auch in WB eine breite antiimperialistische Bewegung entwickelt. So bildete sich seit 1967 in verstärktem Maß eine außerparlamentarische Opposition, die die demokratisch eingestellte Studentenschaft, breite Teile der Gewerkschafts- und Arbeiterjugend und der Schüler erfaßte. Sie kämpften gemeinsam gegen die US-Aggression in Indochina, für die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, gegen Faschismus und Neofaschismus, gegen Rüstung und Notstandsgesetze, gegen Springers Meinungsmonopol und gegen Monopolmacht, für die Schaffung demokratischer Verhältnisse in WB. Innerhalb der außerparlamentarischen Opposition stehen die Kommunisten als konsequente Verfechter einer demokratischen Alternative zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. Durch ihre beständige Arbeit haben alle fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräfte in WB zur Veränderung des Kräfteverhältnisses beigetragen und dadurch den Weg zu Verhandlungen über WB mit geebnet.

Im Zeichen des veränderten Kräfteverhältnisses

Im Dezember 1958 machte die UdSSR in der Westberlin-Note den Vorschlag, WB in eine freie entmilitarisierte Stadt umzuwandeln, in eine selbständige politische Einheit, "in deren Leben sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten, einmischt" (27), die ihrerseits "keinerlei feindliche und Wühltätigkeit gegen die DDR und andere Staaten" (27) zuläßt. Nur teilweise in der Westpresse veröffentlicht, wurde die Westberlin-Note als ein Ultimatum entstellt und die Sowjetunion beschuldigt, eine Berlin-Krise heraufzubeschwören. Die kurz darauf folgende dreimonatige Genfer Außenministerkonferenz endete zwar ohne eine konkrete Vereinbarung, war aber gleichzeitig ein Ausdruck des geänderten Kräfteverhältnisses. Hier zeigten sich zum ersten Mal Ansatzpunkte für Möglichkeiten der WB-Regelung. Den USA als dem aggressivsten Verhandlungspartner gelang es nicht, die Briten und Franzosen voll auf ihren Kurs zu bringen. So versuchten die Briten bis zuletzt, wenigstens eine Zwischenlösung zu erreichen und der französische Außenminister gab in einer Regierungserklärung am 22. Mai 1959 eine eindeutige Stellungnahme zur Rechtslage Westberlins ab: "Die Regierung Westberlins hat keine direkte Verbindung mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Das Territorium Westberlins ist kein Bestandteil des Territoriums der Bundesrepublik. So liegen die Dinge seit zehn Jahren." (28) Die Maßnahmen des 13. August und die Ereignisse danach beschleunigten jedoch den Prozeß im Westen, etwas nüchterner und realitätsbezogener an die Lösung des Westberlinproblems heranzugehen. Die Westmächte sahen sich immer stärker in der Zwangslage, auf Verhandlungsangebote der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten eingehen zu müssen. So fanden 1961/62 erste sowjetisch-amerikanische Kontakte statt, die einige wesentliche Annäherungen erreichten, in Fragen der Respektierung der Souveränität der DDR, der Nichtausrüstung beider deutscher Staaten mit Kernwaffen und eines Nichtangriffabkommens zwischen den Nato- und den Warschauer Vertrags-Staaten. Das Kernproblem WB aber blieb ungelöst.

Der VI. Parteitag der SED unterbreitete daraufhin neue weitreichende Verständigungsvorschläge, die namentlich bei den Westberlinern ein breites Diskussionsinteresse auslösten. In dieser Atmosphäre des stärkeren Drucks von unten offerierte der Westberliner

---

27 GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 8, Berlin 1966, S. 501.

28 GENFER AUSSENMINISTERKONFERENZ 1959, Berlin 1960, S. 139.

SPD-Vorsitzende und Regierende Bürgermeister von WB W. Brandt seine "neue Ostpolitik", eine "Politik kleiner Schritte", die einen "Wandel durch Annäherung" erreichen sollte. Neu an dieser Ostpolitik war lediglich die Fassade, der alte annexionistische Kurs gegenüber der DDR blieb bestehen. Diese Haltung machte Verhandlungen mit der DDR zwecks Passierscheinregelungen lange Zeit unmöglich.

Im Mai 1966 fand in WB der I. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin (SED-W) statt. Damit entstand für WB eine eigene kommunistische Partei, wie es den Veränderungen der letzten 15 Jahre entsprach. "Die Politik der SED-W ist auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichtet und von dem Grundsatz bestimmt, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf." (29) Sie tritt ein für normale Beziehungen Westberlins zur DDR und zur BRD, für eine selbständige, nicht an den Interessen der westdeutschen Monopole ausgerichtete Politik und für die konsequente Verwirklichung der Westberliner Verfassung. Die SED-W (seit dem Außerordentlichen Parteitag im Februar 1969: Sozialistische Einheitspartei Westberlin – SEW) hat zahlreiche Initiativen zur Einleitung von Verhandlungen zwischen der DDR und WB unternommen, stieß jedoch beim Senat und beim Abgeordnetenhaus von WB immer wieder auf Ablehnung.

Doch so sehr sich auch die Westmächte und der Senat bemühten, sie konnten den Tatsachen nicht aus dem Wege gehen und Verhandlungen jahrzehntelang aufschieben. Auf Initiative der Sowjetunion begannen dann im März 1970 in Westberlin neue Sondierungsgespräche der vier Mächte. 17 Monate später, am 3. September 1971 wurde das vierseitige Abkommen über Westberlin unterzeichnet. Der britische Botschafter Jackling nannte das Abkommen ein historisches Ereignis, tatsächlich war es historisch längst überfällig.

25 Jahre lang war WB neuralgischer Punkt in Mitteleuropa, der mehrfach die internationale Spannung bis an den Rand eines dritten Weltkrieges verschärft hatte. Daher ist es von besonderer Bedeutung, daß die Vertreter der vier Mächte in WB ein Abkommen unterzeichneten, dessen erklärte Absicht es ist, "die Beseitigung von Spannungen und die Verhütung von Komplikationen in den betreffenden Gebieten zu fördern. ..., daß in diesem Gebiet keine Anwendung oder Androhung von Gewalt erfolgt und daß Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind." (30) Die Westberlin-Vereinbarung trägt somit zur Entschärfung eines Gefahrenherdes für den Weltfrieden bei. Das allein bereits gibt dem Abkommen seine Bedeutung.

Sein Gewicht aber ist größer. Der Charakter des Konflikts um WB ist eben kein Konflikt zweier "Supermächte". Er trägt einen ausgesprochenen Klassenkampfcharakter. An dieser Stelle sind zwei gesellschaftliche Systeme – Sozialismus und Kapitalismus – und dementsprechend zwei völlig entgegengesetzte außenpolitische Grundhaltungen konfrontiert, von der nur eine siegen kann: imperialistischer Herrschafts- und Ausdehnungsdrang oder friedliche Koexistenz. Es ist ein inneres Gesetz sozialistischer Außenpolitik, die auf den Marxismus-Leninismus begründete Einschätzung der realen Möglichkeiten, die ihr erlaubte, die Entwicklung der internationalen Beziehungen wesentlich zu beeinflussen und so gegen alle Widerstände das Westberlin-Abkommen zu einem Sieg des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz zu machen. "Es wäre nicht richtig, an die Vereinbarungen von dem Gesichtspunkt heranzugehen, für wen sie mehr Vorteile oder Vorzüge bringen. Von diesem Abkommen gewinnen alle; denn dadurch gewinnt der Friede, die Entspannung und die Zusammenarbeit." (31)

29 PROTOKOLL DES I. PARTEITAGES DER SED-W, Berlin 1966, S. 295.
30 VIERMÄCHTEABKOMMEN vom 3. September 1971, Teil I, 1; Berlin 1971, S. 5.
31 Ebenda, "Erklärung des Botschafters der UdSSR, P. Abrassimow, nach der Unterzeichnung des Abkommens".

Drei wesentliche Ergebnisse seien herausgegriffen. Zum einen ist es die Tatsache, daß sich die drei Westmächte zum erstenmal über die DDR als einen souveränen Staat äußern und sie damit faktisch ebenso wie die BRD als Subjekt des Völkerrechts anerkennen, zum anderen die verbindliche Feststellung, daß WB kein Bestandteil der BRD ist, nicht von ihr regiert werden kann und sie dort keine Amtshandlungen durchführen kann, die im Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen. Zum dritten ermöglicht das vierseitige Abkommen der Bevölkerung dieser Stadt die Einreise in die DDR und ihre Hauptstadt, und zwar unter vergleichbaren Bedingungen, wie sie für andere in die DDR Einreisende gelten (32).

Den Senat von WB verpflichtete das Abkommen, Regelungen zur Durchführung und Ergänzung der Bestimmungen zum Transitverkehr, der Einreise von Westberlinern in die DDR, zur Kommunikation und Fragen des Gebietsaustausches zu vereinbaren. Die langwierigen Verhandlungen konnten am 11. Dezember 1971 abgeschlossen und die Vereinbarungen am 20. Dezember 1971 vom Senat und von der Regierung der DDR unterzeichnet werden. Beide Verträge traten am 3. Juni 1972 mit der Unterzeichnung des Schlußprotokolls der Vier-Mächte-Vereinbarungen über Westberlin in Kraft zusammen mit dem Transitvertrag zwischen DDR und BRD. Am gleichen Tag wurden die Ratifikationsurkunden der Verträge von Moskau und Warschau ausgetauscht. Sämtliche Vertragswerke sind ein Symptom für bedeutende Veränderungen, die sich in den internationalen Beziehungen anbahnen.

Chancen für Westberlin

Was WB anbelangt, so hat der Senat erst noch den Beweis anzutreten, daß er gewillt ist, die Verträge mit Leben zu füllen. Während sich die CDU im Abgeordnetenhaus in feindlichen Ausfällen gegen die DDR ergeht und damit versucht, die reale Lage zu ignorieren, bekennt sich der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) zwar verbal zum Vertrag, seine Erklärungen jedoch lassen jede politische Einsicht in den Geist des Abkommens vermissen. Reale Vorschläge, wie die neu entstandene Lage im Interesse der Westberliner Bevölkerung genutzt werden kann, haben die Rathausparteien bis heute nicht zustandegebracht. In den "Leitvorstellungen für die Berliner Wirtschaftspolitik" geht der Senat davon aus, daß die Lebensfähigkeit der Stadt nur durch industrielle Expansion gesichert werden könne. Dabei geht es ihm jedoch nicht um das Schicksal Westberlins und seiner Bevölkerung, sondern um eine, dem Vierseitigen Abkommen über WB widersprechende, weiterhin einseitige Bindung an die Bundesrepublik im Unternehmerinteresse. "Das bedeutet freie Hand für Profitmaximierung im Rahmen der "marktwirtschaftlichen Ordnung", freie Hand aber auch für kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen von Produktionsumstellungen bis zu Betriebsstillegungen, wenn das im Profitinteresse wünschenswert erscheint. Die Arbeiter und Angestellten aber, die Mehrheit der Bevölkerung unserer Stadt, sollen billige Ausbeutungsobjekte bleiben, der Willkür der Monopole und Konzerne ausgeliefert." (33) Daher gehen auch alle Vorstellungen des Westberliner Senats und der Industrie, WB als 'Drehscheibe zwischen West und Ost' und als 'Stadt der Begegnung, der Messen und Kongresse' auszubauen, an den konkreten Bedürfnissen der werktätigen Be-

32 "Von hundert Briefen, in denen Westberliner Bürger zu Problemen des Viermächte-Abkommens Stellung bezogen, hieß es bei etwa sechzig, daß für sie darin der Zutritt nach Ost-Berlin, die Einreise in die DDR, der wichtigste Punkt sei." Aus: DIE ENTKRAMPFUNG..., a.a.O., S. 35.
33 DIE WAHRHEIT vom 21. Oktober 1972, S. 9.

völkerung dieser Stadt vorbei. Nach dem Vierseitigen Abkommen über WB ist der Ausbau der Handelsbeziehungen Westberlins mit der DDR und den anderen Mitgliedstaaten des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) sinnvoll und notwendig, es ist auch nichts gegen den Ausbau des Messe- und Kongreßwesens einzuwenden, wenn das der Völkerverständigung, der Entspannung und dem Frieden dient. Doch die Pläne des Senats und seiner Auftraggeber aus der BRD zielen in eine ganz andere Richtung, hin zu einer noch stärkeren Integration in die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und das gesamte aggressive westliche Paktsystem. Sie stellen den Versuch dar, WB auch nach dem Vierseitigen Abkommen als Frontstadt gegen die sozialistische Staatengemeinschaft zu benutzen. Nur wenn der Senat sich nach Geist und Buchstaben an das Abkommen und die Verträge mit der DDR hält und eine an den Interessen der werktätigen Bevölkerung dieser Stadt orientierte Politik betreibt, dann wird er Rückhalt in der Bevölkerung haben und kann so der Macht der westdeutschen Monopole hier in WB entgegenwirken.

Im Bericht des Parteivorstandes an den III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins hat der Parteivorsitzende Gerhard Danelius die Perspektiven für WB klar umrissen. Dort heißt es: "Worum geht es gegenwärtig vor allem?

- Nach über 25 Jahren Frontstadtkurs und kaltem Krieg gegen unsere sozialistische Umwelt hat Westberlin endlich die Chance, zu einem Faktor des Friedens und der europäischen Sicherheit zu werden.
- Die SEW sieht die neue Funktion Westberlins darin, Beispiel zu geben und Maßstäbe zu setzen für gutnachbarliche Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik und zu den anderen sozialistischen Staaten.
- Um die entstandene Lage in Europa zu festigen, muß – genauso wie seinerzeit um die Ratifizierung der Verträge – heute ein entschiedener Kampf um die Einhaltung dieser Verträge und Abkommen geführt werden, nicht zuletzt auch gegen alle Versuche, das Vierseitige Abkommen über Westberlin zu verfälschen und auszuhöhlen und die Reste der Frontstadt-Ideologie aufrechtzuerhalten." (34)

Das Vierseitige Abkommen bietet die Chance, in WB eine demokratische Ordnung, wie sie die Verfassung vorsieht, zu realisieren. Diese ist jedoch nur zu erreichen, wie Gerhard Danelius in seinem Rechenschaftsbericht betont, "wenn die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft und ihrer geschichtlichen Rolle bewußt wird, wenn sie ihre Klassenlage und ihre Klassenziele erkennt, wenn sie den Kampf um höhere Löhne und Gehälter gegen Lohndruck und Sozialabbau mit dem Kampf um grundlegende Veränderungen der Macht- und Herrschaftsstrukturen verbindet, wenn die Arbeiterklasse den außerparlamentarischen Kampf führt und sich zugleich parlamentarische Sprecher im Abgeordnetenhaus schafft, deren Handeln nicht von den Profitinteressen des Großkapitals, sondern von den Interessen der Arbeiterklasse bestimmt ist.

Eine demokratische Ordnung verändert die Macht- und Herrschaftsstrukturen zugunsten der Arbeiterklasse und schafft die Voraussetzung für den nächsten Schritt: für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dazu muß die Arbeiterklasse die Aktionseinheit ihrer Reihen herstellen und dem Streben des Großkapitals entgegenwirken, das darauf gerichtet ist, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und auseinanderzumanövrieren." (35)

Thomas Funke

34 Ebenda, S. 3.
35 Ebenda, S. 5.

Diskussion, Besprechung

Hochschulkampf in Westberlin

Im folgenden versuchen die Autoren, einen Beitrag zur Diskussion um eine hochschulpolitische Konzeption in Westberlin zu leisten im Zusammenhang mit den spezifischen Bedingungen, die sich aus der besonderen politischen Entwicklung und Situation Westberlins ergeben. Im weiteren wird auf die Hauptdokumente der größten hochschulpolitischen Gruppe Westberlins, der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten zurückgegriffen und anhand dessen ihr politisches Programm vorzustellen versucht.

Die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen) sind seit gut einem Jahr ihres Bestehens an fast allen Westberliner Hochschulen vertreten. An der FU Westberlin und der PH sind sie spätestens seit der Wahl zu den Universitäts- bzw. studentischen Repräsentationsgremien (Konvent) zur stärksten politischen Gruppe und somit einmal mehr zur Hauptkraft des Kampfes der fortschrittlichen Hochschulangehörigen gegen die Formierungspolitik der Monopole und für eine demokratische Hochschulreform geworden.

Die Aktionsgemeinschaften bestehen als unabhängige Gruppen und vereinen Demokraten und Sozialisten an allen Hochschulen Westberlins, an den Fachhochschulen und an den wichtigsten Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges. Sie sind also nur innerhalb Westberlins vertreten. Diese Tatsache und die neue, in Westdeutschland unbekannte Organisationsform der Aktions*gemeinschaft* sowie die spezifische Programmatik sind nur auf dem Hintergrund der besonderen Geschichte und Situation Westberlins im allgemeinen und seines Bildungswesens im speziellen zu verstehen.

Zur Geschichte des Westberliner Bildungswesens

Als im Mai 1945 der Hitlerfaschismus zerschlagen und Berlin von sowjetischen Truppen befreit worden war, begann schon in den ersten Wochen die demokratische Reform der Stadt und somit auch ihres Bildungs- und Hochschulwesens. Innerhalb von nur drei Monaten konnten wichtige Anfangserfolge erzielt werden – zunächst vor allem bei der Rekonstruktion der Infrastruktur der zerstörten Stadt –, die aber bereits im August durch die einziehenden westalliierten Truppen teilweise rückgängig gemacht oder blockiert wurden. Nichtsdestoweniger verfolgten die demokratischen Kräfte – teilweise unterstützt von der SMAD (Sowjetische Militäradministratur in Deutschland) in dem von ihr verwalteten Gebiet – konsequent den Weg des demokratischen Wiederaufbaus und der Überwindung der nationalsozialistischen Vergangenheit. So auch im Hochschulbereich: Bereits im Jahre 1946 waren die 'Vorstudienanstalten' eingerichtet worden, die besonders Arbeiter- und Bauernkinder auf die Universität vorbereiten und ihnen diesen Weg erleichtern sollten. Anfang 1946 konnte auch die Berliner Universität (1) wiedereröffnet werden, die dank

1 Den Namen 'Humboldt-Universität' bekam die ehemalige 'Friedrich-Wilhelm-Universität' erst am 8.2.1949.

der tatkräftigen Unterstützung vor allem antifaschistischer Wissenschaftler einen schnellen Aufschwung nahm. Auch hier wurde sowohl im Bereich des Lehrkörpers als auch unter den Studenten die Säuberung von aktiven Nazis betrieben. Bei der Reform der Ausbildung wurde darauf geachtet, den Studenten die Ursachen des Krieges und des Faschismus und die daraus zu ziehenden Lehren zu vermitteln, entsprechend wurden 'Vorlesungen zu politischen Problemen der Gegenwart' für alle Fächer eingerichtet. (2)

Vorbildlich für die eingeschlagene Richtung des Wiederaufbaus und gleichzeitig aber der letzte entscheidende Erfolg der demokratischen Kräfte in *ganz* Berlin war das demokratische Einheitsschulgesetz vom November 1947, verabschiedet von SED, SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU. Es sah die Einrichtung der 12jährigen Einheitsschule – in den letzten vier Jahren nach beruflichem und wissenschaftlichem Zweig differenziert – Koedukation, Weltlichkeit und Staatlichkeit des Schulwesens vor. Somit erfüllte es die Grundforderung der fortschrittlichen Kräfte nach Brechung des Bildungsprivilegs (der herrschenden Klasse), es legte den Grundstein zur Demokratisierung der Lehrinhalte und ermöglichte die Mitbestimmung aller Betroffenen.

Aber schon seit Anfang 1946 verfolgten die Westalliierten, unterstützt von den wiedererstarkenden Monopolen Westdeutschlands und in Westberlin vor allem durch die rechten SPD-Führer, eine Politik der Blockierung der notwendigen Reformen, der Stärkung der Positionen des Kapitals und der Vorbereitung der Spaltung Deutschlands und Berlins. Westberlin sollte von seinem natürlichen Hinterland getrennt und voll in den Machtbereich der Westalliierten und der westdeutschen Monopole integriert werden, um ihnen so als Instrument zur ökonomischen Auszehrung der damaligen SBZ und ihrer späteren Überrollung dienen zu können. Die separate Währungsreform in Westdeutschland und in den Westsektoren Berlins im Juni 1948 bildete den ersten Höhepunkt dieser Politik.

Sie fand ihre Entsprechung im Hochschulbereich, wo als Maßnahme zur Desintegration Westberlins aus seinem natürlichen Einzugs- und Versorgungsbereich und als Baustein der antikommunistischen Strategie bereits seit 1946 zuerst die Übernahme des bestehenden Hochschulwesens in den Verfügungsbereich Westberlins und später die Gründung einer Gegenuniversität zur bestehenden Berliner Universität erwogen wurde (3). Wegbereiter waren hier die Amerikaner mit dem Plan, eine 'Deutsche Forscherhochschule' zu errichten (4).

Im Interesse einer größeren antikommunistischen Wirksamkeit entschied man sich für die Gründung einer 'Freien' Gegenuniversität, der FU, die Ende 1948 im amerikanischen Sektor ihre Arbeit aufnahm. Sie war von der Auswahl der eingerichteten Ausbildungsgänge – es gab eine medizinische, eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche und eine juristische Fakultät – die Ergänzung zu der seit 1946 wieder arbeitenden Technischen Universität und den bestehenden kleineren Hochschulen (PH) und Akademien zu einem alle Fächer umfassenden Westberliner Hochschulsystem.

Um besonders die FU gegenüber den demokratisch erneuerten Hochschulen der SBZ bzw. DDR attraktiv zu machen, gestand man gewisse im Endeffekt relativ unbedeutende 'Autonomie'rechte für die Universitätsverwaltung und 'Mitwirkungs'rechte für Assistenten und Studenten zu (vgl. 'Berliner Modell'), wie z.B. eine eigene Wirtschaftsverwaltung, die Per-

2 Vgl. zur Geschichte der Berliner und Westberliner Hochschulen G. Keiderling, P. Stulz: BERLIN 1945-68, Berlin 1970, bes. S. 140 f.

3 Keiderling/Stulz, a.a.O., S. 140 f. u. 150 f. Die räumliche Lage der Berliner Universitäten war dergestalt, daß die Gebäude der 'Berliner Universität' zum größten Teil im Ostsektor, die der Technischen Universität und der kleineren Hochschulen in den Westsektoren lagen.

4 Vgl. Friedeburg et. al.: FREIE UNIVERSITÄT UND POLITISCHES POTENTIAL DER STUDENTEN, Neuwied und Westberlin 1968, bes. S. 36 ff.

sonalhoheit und eine sogenannte studentische 'Selbstverwaltung'. Der reale fortschrittliche Kern dieser Rechte – besonders der Mitbestimmung – wurde ab 1950 wieder abgebaut (5).

Ebenso erging es dem demokratischen Einheitsschulgesetz: Bereits 1951 wurde es in den wichtigsten Punkten zurückgenommen, besonders von der CDU wurde die 'Rettung des humanistischen Bildungsideals in der Berliner Schule' betrieben (von Radetzky 10.5.51). Die 6jährige Grundschule wurde wieder eingeführt, ebenso die danach einsetzende Dreigliederung des Schulwesens, die das Bildungsprivileg wieder herstellte. Das war ein Ergebnis der Westintegration, die einerseits die Wiederherstellung der reaktionären Strukturen auch im Bildungswesen voraussetzte und andererseits immer weiter nach sich zog; denn durch die Integrationspolitik wurde in Westberlin ein Spannungsherd geschaffen, der als äußere Bedrohung ausgegeben werden konnte. Die in dieser Situation von der rechten SPD-Führung entwickelte Strategie der 'Einheit im Inneren' führte zu ihrer weiteren Annäherung an die Position der CDU, also der Partei der Monopole; ab 1951 ging die SPD in Westberlin für 12 Jahre eine große Koalition ein, in der über den gesamten Zeitraum die CDU den Volksbildungssenator stellte. Die 'Einheit im Inneren' ließ sich nur in einem Klima der ungeheuer verschärften antikommunistischen Hetze herstellen, so wurde z.B. der Religionsunterricht 1952 als Absetzung gegen die 'staatlich gelenkte Gottlosigkeit... im Osten' (v. Radetzky, CDU) wieder eingeführt. Außerdem setzte die CDU die weitere Auslagerung der Berufsbildung in die Betriebe – weil zuviel Berufschulunterricht die Wirtschaft zu sehr belaste – und die Einführung der Privatschulen durch.

Ergebnis war die Wiederherstellung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse: Auf Westberliner Gymnasien sind nur 9,1 % Arbeiterkinder vertreten, noch extremer ist die Relation in einzelnen Bezirken.

Bezirke	Anteil von Arbeiterkindern an den Abiturienten in %	Abiturientenquote in % der jew. Jahrgänge (geschätzt)	Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung in %
Zehlendorf	0,9	25,0	2,5
Wedding	12,6	7,0	63,0
Tempelhof	5,7	–	38,3

Zahlen von 1966 (6)

Nachdem nun sowohl im Schul- als auch im Hochschulwesen die reaktionären Grundstrukturen wiederhergestellt waren, galten die Aktivitäten des Senats vor allem der Erhaltung der Funktionsfähigkeit und der Anpassung der Absolventenzahlen an den Bedarf; außerdem wurde der Antikommunismus in der Form von 'Ostkundeunterricht' an den Schulen und 'Ostforschungsinstituten' an den Hochschulen institutionalisiert.

Ausbau und Struktur des Westberliner Hochschulwesens

Die Westberliner Hochschulen wurden gegenüber den westdeutschen schon in den 50er Jahren stärker ausgebaut, weniger, weil in Westberlin im Vergleich zur BRD mehr quali-

5 Vgl. zur Geschichte des sog. 'Berliner Modells' Friedeburg et. al., a.a.O.

6 Aus STUDIEN ZUR LAGE UND ENTWICKLUNG WESTBERLINS, POLITIK, WIRTSCHAFT, BILDUNG; Gutachten der wissenschaftlichen Beratungskommission beim Senat von Berlin, Westberlin 1968 (im folgenden SENATSBERICHT), bes. S. 94 f.

fizierte Arbeitskräfte gebraucht werden, sondern um Kapazitäten für westdeutsche und ausländische Studenten zu schaffen.

Ausbau der Westberliner Hochschulen (7)

Studenten im		FU	TU	PH	Alle Hochschulen
WS	50/51	5195	3199	945	11032
WS	55/56	8772	4787	762	15635
WS	60/61	12306	8576	1085	23523
WS	65/66	15438	9673	2324	28854
WS	70/71	14727	9998	3006	28908
SS	71	–	–	–	38899
SS	72	20866	–	–	–

Steigerung der Studentenzahlen (8) – 1950 = 100		Westberlin	BRD
WS	50/51	100	100
WS	55/56	142	117
WS	60/61	213	189
WS	65/66	262	239

Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in Westberlin stieg dagegen nicht, im Gegenteil waren besonders die Jahre 1961-67 von einem starken Verlust an qualifizierten Arbeitsplätzen gekennzeichnet, da die Monopole ihre Politik der Auslagerung von modernen Produktionsanlagen und vor allem von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verstärkt fortsetzten (9).
So ist es nicht verwunderlich, daß nach dem Bericht der Senatsberatungskommission 1967 etwa 50 % der Westberliner Bildungsausgaben 'exportiert' werden (10) – so viele Studenten werden nämlich etwa pro Jahr nach Westdeutschland fertig ausgebildet abwandern. Das liegt einerseits an der schlechten Berufsperspektive in Westberlin, andererseits an dem von vornherein hohen Anteil auswärtiger Studenten.

'Deutsche' Studierende in Westberlin (11)

	gesamt	davon aus Westberlin in %	aus Westdeutschland	Westberliner Studenten in der BRD
50/51	8697	64,0 %	36,0 %	823
60/61	18624	68,8 %	31,2 %	1359
66/67	21582	59,7 %	40,3 %	1958

Zum Vergleich: Der Anteil der in BRD-Bundesländern aus jeweils anderen Bundesländern kommenden Studenten betrug durchschnittlich 1950 30,5 % und 1966 33,9 %, liegt also erheblich unter dem Auswärtigenanteil in Berlin.

7 Zusammengestellt aus: Albert/Oehler: MATERIALIEN ZUR ENTWICKLUNG DER HOCHSCHULEN VON 1950 - 67, Band 1, 1. Aufl., Hannover 1969, S. 128.
8 Albert/Oehler, a.a.O., S. 130 u. S. 175.
9 Vgl. Hantelmann, Klaus D.: WIRTSCHAFT UND POLITIK IN WESTBERLIN, in: DWI-FORSCHUNGSHEFTE 3/70, S. 69 f. Vgl. zur Entwicklung der Westberliner Wirtschaft auch: Kathrin Schran: "Sackgassen und Perspektiven für Westberlin" sowie Sonja Piron: "Die Westberliner Arbeiterklasse", beide in: SOPO 20, Okt. 1972.
10 SENATSBERICHT, a.a.O., S. 105 ff.
11 Albert/Oehler, a.a.O., S. 207.

Bei dem Anteil von Ausländern an den Studierenden fällt der Bildungsexport noch stärker ins Auge:

Anteil der Ausländer in % der Gesamtstudentenanzahl (12)	Westberlin	BRD
50/51	1,3 %	1,85 %
66/67	18,4 %	8,4 %

Diese Entwicklung wird systematisch verstärkt durch die seit Anfang der 60er Jahre betriebene Strategie des Senats, Westberlin zu einem "Zentrum wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung", zum "Kulturzentrum" mindestens Europas zu machen. Diese Strategie wurde in einer Situation entwickelt, in der der rein quantitative Ausbau der Hochschuleinrichtungen den Anforderungen der Monopole nicht mehr gerecht wurde.

Die Phase der durch die Kriegsfolgen bedingten extensiven Reproduktion des Kapitals in der BRD und Westberlin neigte sich in den späten 50er Jahren ihrem Ende zu, vor allem da

1. der strukturelle Wiederaufbau der Wirtschaft abgeschlossen war;
2. die Hegemonialbestrebungen der BRD-Imperialisten nicht den gewünschten Erfolg erzielten (Vorherrschaft in Europa, Annektion der DDR);
3. die Konkurrenz der technisch weiterentwickelten westlichen Industrieländer immer stärker wurde.

Die daraus erwachsenden wirtschaftlichen Veränderungen kündigten sich 1958 an: nach sieben Jahren durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von ca. 16 % sank die Wachstumsrate auf nur 3 %. Das bedeutete die Notwendigkeit der verstärkten Hinwendung auf die intensive Reproduktion, d.h. vor allem das Vorantreiben der Verwissenschaftlichung der Produktion und Reproduktion, die in den anderen westlichen Ländern erheblich fortgeschrittener war. Die somit notwendige Erhöhung der wissenschaftlich-technischen Leistungskraft der Volkswirtschaft erforderte einen Ausbau der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten einerseits und die Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte, also auch eine entsprechende Reform der Ausbildung andererseits. Diese Reformmaßnahmen werden im Kapitalismus vorrangig unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Verwertbarkeit durchgeführt, somit wurde an Mitteln für einen breiten Ausbau und die notwendige Umstrukturierung der Universitäten zu modernen Ausbildungsstätten wo eben möglich gespart.
Auch in Westberlin, dessen Hochschulwesen ja eine *unmittelbare* Relevanz für die westdeutschen Monopole hat, wurden die ersten Schritte zur 'Reform' der Universitäten Anfang der 60er Jahre getan. Angesichts der Übergröße – am Westberliner Bedarf gemessen – der Kapazität hielt man in der BRD einen Ausbau nicht für nötig, das zeigt sich an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates (13), der für die FU perspektivisch die Reduzierung der Studentenzahlen um 7 %, nur für die TU, wo der höchste Anteil an Auswärtigen zu verzeichnen ist, eine Erhöhung der Studentenzahlen vorsieht.

Diese Tendenz setzte sich Mitte der sechziger Jahre verstärkt fort, das gesamte Westberliner Hochschulwesen hatte rückläufige Studentenzahlen über einen Zeitraum von ca. 3 Jahren zu verzeichnen (14). Die Maßnahmen zur 'Reform' der Universitäten waren nun

12 Ebenda.
13 Wissenschaftsrat: EMPFEHLUNGEN ZUM AUSBAU DER WISSENSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN, Teil 1, Wissenschaftliche Hochschulen, Tübingen 1960, für FU S. 176 ff., für TU S. 330 ff.
14 Vgl. Tabelle zur Entwicklung der Studentenzahlen, s.o.

im wesentlichen auf eine Effektivierung der Ausbildung angelegt, durch eine Straffung – direkter Druck wie z.B. durch Zwangsexmatrikulation wurden angewandt – auf organisatorischem Wege sollten neue Kapazitäten geschaffen werden. Aber gerade hier in Westberlin, wo die Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems verschärft zu Tage treten und wo auch die Qualität des modernen demokratischen Bildungswesens der DDR unmittelbar überprüfbar ist, mußten solche Maßnahmen zur Konfrontation führen.

So wuchs ab 1965 die Protestbewegung gegen die Bildungs- und Studienmisere besonders unter den Studenten stark an. Die besonders scharfen Reaktionen der Universitätsleitung und des Senats von Westberlin gegen die Studenten führten zu einer weiteren Politisierung in der Studentenschaft und auch dazu, daß die Probleme der Hochschule in ihrem allgemeinpolitischen Zusammenhang gesehen wurden.

Entwicklung der demokratischen Bewegung der Jugend und Studenten in Westberlin

Die demokratische Bewegung der Jugend und Studenten entwickelte sich in Westberlin in einem der Brennpunkte der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. "Die Widersprüche zwischen Sozialismus und Kapitalismus erscheinen in Westberlin vom Standpunkt der Auseinandersetzung zwischen den Systemen konzentriert; zugleich verschärfen sich durch die Unterordnung Westberlins unter die Politik und die Wirtschaft Westdeutschlands die Klassenwidersprüche in Westberlin in besonderem Maße. Diese Politik hat die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur natürlichen Umwelt Westberlins, zur DDR, fast völlig zum Erliegen gebracht." (15)

Die zweifache Besonderheit Westberlins, einerseits das unmittelbare Aufeinanderstoßen der Widersprüche zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen System, und andererseits der Zwang, diese Widersprüche auf einem eng begrenzten, von seiner natürlichen Umwelt künstlich abgekapselten Territorium austragen zu müssen, trug zweifellos dazu bei, daß die in allen Teilen der BRD ansetzende Studentenbewegung Mitte der 60er Jahre in der Westberliner Jugend und Studentenschaft ein Zentrum jener revolutionär-demokratischen Bewegung fand, die auch über die Grenzen dieser Stadt hinaus wirkte und internationale Beachtung fand.

Die studentische Opposition der Westberliner Universitäten entwickelte sich zuerst in den gesellschaftswissenschaftlichen, philosophischen und geschichtswissenschaftlichen Instituten, also dort, wo die aufbrechenden sozialen, politischen und ideologischen Widersprüche selbst Gegenstand wissenschaftlicher Studien werden konnten. Dabei war die Herausbildung einer kritischen, antiimperialistisch und demokratisch orientierten Studentenschaft noch durch weitere Momente begünstigt:
"An der Dahlemer Universität studieren 20.500 Studenten, an der Technischen Universität 14.500, an der Pädagogischen Hochschule ungefähr 5.000 (Zahlen von 1972 d.V.). Wenn sich die Bewegung dort entwickelte, so hängt das zweifellos auch damit zusammen, daß ja hier die Jugend organisiert ist; nirgends ist sie so gut organisiert wie an einer Universität. Nirgends können sich so schnell und ohne Anstrengungen Ideen und Bewegungen ausbreiten wie an einer solchen Stelle... In gewissem Maße trifft auf die Universität zu, was auch auf die Arbeiterklasse in bezug auf ihre Konzentration durch den Produktionsprozeß zutrifft." (16) Weiterhin wirkten die Möglichkeiten, die durch das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse diesen gerade in Bewegung geratenen Teilen der hochschulangehörigen Intelligenz seit jeher zur Verfügung standen, beschleunigend auf ihre geistige und politische Neuorientierung, eben weil "ihr Bildungsgrad wider den Willen der Herrschenden ihnen günstige Möglichkeiten zur Erkenntnis der Systembedingtheit der Bildungsmisere schafft und weil ihr Status als relativ schwach integrierte Gruppe und als Gruppe von jüngeren Menschen, die zumeist nicht unmittelbar für eine Familie zu sorgen haben, ihnen erlaubt, verhältnismäßig ungehemmt an Aktionen teilzunehmen, in denen sich durch Erfahrung des Klassenkampfes eine Revolutionierung des Bewußtseins vollziehen kann." (17)

Die auf diese Weise scheinbar in ihr Gegenteil verkehrten Wirkungen des Bildungsprivilegs konnten so einerseits zur politischen und ideologischen Loslösung weiter Teile der Studentenschaft von ihren traditionellen Bindungen an die Bourgeoisie beitragen, andererseits prägten gerade jene Merkmale ihrer zumeist kleinbürgerlichen und bürgerlichen Herkunft in besonderer Form ihren politischen Bewußtwerdungsprozeß. "In vielfältigen Vermittlungen wirken ... die Herkunft, die Erziehung und Erfahrung des Bürgertums nach, dem die Intelligenz entstammt. Während die Intelligenz traditionelle Institutionen und Verhaltensweisen der Bourgeoisie ablehnt, entwickelt sie neue Formen und Vorstellungen kleinbürgerlichen Bewußtseins." (18) Obgleich nun das Bildungsprivileg eine zwieschlächtige Rolle bei der Politisierung der Studenten spielte, änderte sich nicht das Geringste an seinem reaktionärem Wesen. Es behielt seinen klassenspezifischen Inhalt bei, der in der rigorosen Einschränkung der Bildungsmöglichkeiten für Angehörige der Arbeiterklasse besteht, in deren weitgehendem Ausschluß vom Zugang zu den Hochschulen und Universitäten, und in der Weigerung seitens der Bourgeoisie, Wissenschaft und Forschung demokratisch im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu nutzen und durchzuführen. Die oben angedeuteten äußeren Umstände und Bedingungen spielten so gleichsam die Rolle von Geburtshelfern für die Entfaltung fortschrittlicher politischer Potenzen in der Westberliner Studentenschaft. Daß die Teilnahme der hochschulangehörigen Intelligenz an der demokratischen Gesamtbewegung gegen Imperialismus und Krieg, gegen Notstandsdiktatur und Wissenschaftsformierung nicht bloß das Streiflicht willkürlich gewählter Interessen einer aufmüpfigen Studentengeneration war, sondern Ausdruck objektiv wirkender Prozesse und systembedingter Widersprüche, zeigte sich auch an der veränderten Berufsperspektive für die Hochschulabgänger.

Veränderte Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft

Wesentlich hierfür sind tiefgreifende Wandlungen in der materiell-technischen Basis des Kapitalismus, die die Arbeit und Existenz aller Werktätigen berühren und zu qualitativen und quantitativen Veränderungen im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im allgemeinen und im Bezug auf die Stellung der Intelligenz darin im besonderen führen (19). Die Veränderungen werden charakterisiert durch die qualitativ neue Stufe der Kombination wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse mit der "unendlichen Ver-

15 Bruno Kuster: "Zu Problemen des Kampfes der Arbeiterjugend und Studenten Westberlins", in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Heft 7/68.

16 Ebenda.

17 Dieter Klein: REVOLUTIONÄRE STRATEGIE UND ANTIIMPERIALISTISCHER KAMPF, FACIT, Reihe 3, Juli 1969, S. 26.

18 F. Hitzer: "Intelligenz und Politik", in: ALTERNATIVEN DER OPPOSITION, Köln 1969, S. 344.

19 Vgl. Justina Marx: ARBEITSKRAFT – NEUE TECHNIK – MONOPOLHERRSCHAFT, in: DWI-FORSCHUNGSHEFTE 4/71, S. 7.

vollkommnungsfähigkeit der Maschinen" (20), in ein Zwangsgebot verwandelt für jeden Kapitalisten und aus dem eigentlichen Zweck der kapitalistischen Produktion hervorgewachsen, der rastlosen Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Produktion von Mehrwert. Letztere "revolutioniert durch und durch die technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen" (21) mit Hilfe der Wissenschaft und treibt die Entwicklung der Produktivkräfte einem Punkt zu, an dem die *wissenschaftlichen* Produktionsmethoden selbst zum Ausgangspunkt für die fortschreitende Verwertung des Kapitals werden. "Die Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft macht die Kapitalverwertung von der systematischen Bereitstellung neuer Forschungsergebnisse abhängig." (22) Der immanente Widerspruch in der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus – der Widerspruch zwischen ihren historisch gegebenen Entfaltungsmöglichkeiten und ihrer realen Hemmung durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse – verschärft sich daher im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution im besonderen Maße. Denn einerseits ist die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit durch die Mittel der Wissenschaft unabdingbar für eine weitere Steigerung des Mehrwerts, auf den der Kapitalist sein Auge geworfen hat, andererseits werden gerade durch diesen engen Zweck die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen – der Hauptproduktivkraft – verstümmelt, seine Bildungs- und Lernmöglichkeiten extrem eingeschränkt und in zurechtgestutzte Bahnen gelenkt. Wissenschaft und Forschung werden durch ihre Bindung an die Kriegs- und Rüstungswirtschaft in Destruktivkräfte verwandelt (23). Alles in allem, soweit die Wissenschaft unmittelbare Produktivkraft oder sonst von Bedeutung für das Kapital ist, wird sie in ihren Entfaltungsmöglichkeiten nachhaltig gehemmt, werden die schöpferischen Fähigkeiten der arbeitenden Menschen ungleich und ungenügend entwickelt.

Weiterhin vollziehen sich aufgrund der qualitativ neuen Funktion der Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft tiefgreifende Wandlungen sowohl was den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß selbst betrifft, als auch seine Träger, die wissenschaftlichen Arbeitskräfte. "Ihrem Wesen nach bestehen die Veränderungen des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses darin, daß die traditionellen, mehr oder weniger empirisch geprägten Arbeitsformen der wissenschaftlichen Tätigkeit durch moderne, *industriemäßige* (hervorgehoben v.V.) Arbeitsformen abgelöst werden." (24) So schwinden für einen großen Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz die individuell geprägten Arbeitsformen und mit ihnen die relative Autonomie des wissenschaftlich Tätigen, über Arbeitsweise, -tempo und -umfang und in gewissem Grade auch über die anvisierten Ergebnisse selbst zu bestimmen. Sie weichen industriemäßigen Arbeitsformen, in denen der Einzelne Teilarbeiter eines großen Teams ist, standardisierte Teilarbeiten ausführt und unter eine Leitung subsumiert ist. Die Handwerkszeuge ihrer Tätigkeit, die wissenschaftlichen Produktionsinstrumente, sind längst den Verhältnissen einzelner Wissenschaftler entwachsen und nur noch für das Monopolkapital in Gemeinschaft mit staatlichen Mitteln in großen Einheiten effektiv im Sinne des Profits einsetzbar. Ist also eine hohe Konzentration des Kapitals und ein hoher Stand der Produktivkräfteentwicklung Voraussetzung für die Veränderung der Produktionsmethoden in großem Maßstab durch die Wissenschaft, das heißt, überwiegend die Naturwissenschaften, und hauptsächlich zu realisieren durch das Verschmelzen der ökonomischen Potenzen von Staat und führenden Monopolen, so folgt daraus, daß die politischen und ökonomischen Entscheidungen über Entwicklung und Anwendung der Wissen-

20 Friedrich Engels: ANTI-DÜHRING, Berlin 1970, S. 255.
21 Karl Marx: DAS KAPITAL, Band 1, Berlin 1962, S. 533.
22 Autorenkollektiv: FORMIERTE UNIVERSITÄT, EINE ANALYSE ZUR WESTDEUTSCHEN HOCHSCHULPOLITIK, Berlin 1968, S. 67.
23 Vgl. Dieter Klein, a.a.O., S. 29.
24 Autorenkollektiv: FORMIERTE UNIVERSITÄT, a.a.O., S. 60.

schaften, über die Umstände und Ziele der Forschung und Heranbildung neuer wissenschaftlicher Kader in wenigen Machtzentren des staatsmonopolistischen Lenkungs- und Machtapparates gefällt werden und sich die soziale Basis des Monopol- und Finanzkapitals weiter verringert hat. Für die in wissenschaftlichen und technischen Bereichen ausgebildeten und tätigen Teile der Intelligenz bedeutet dies zugleich, daß die Wissenschaft und Forschung endgültig aus ihrer Hand in die ausschließliche Verfügungsgewalt derjenigen übergegangen ist, die an den Schalthebeln der Macht sitzen. Die Produkte, die sie erzeugen, sind zwar Ergebnis ihrer kombinierten Kopfarbeit, aber sie haben keinen eigenen Kopf mehr. Die Erzeugnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit vermehren im Gegenteil noch die allseitige Macht des Monopolkapitals: "Alle Fortschritte der Zivilisation daher, oder in anderen Worten alle Vermehrung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ... bereichern nicht den Arbeiter, sondern das Kapital; vergrößern also nur wieder die die Arbeit beherrschende Macht; vermehren nur die Produktivkräfte des Kapitals." (25)

Aus alledem ergeben sich tiefgreifende Widersprüche zur Herrschaft der Monopole und ihres Staates nicht nur für jene Angehörige der technischen Intelligenz, die direkt der Ausbeutung durch das Kapital unterworfen sind, sondern auch für die wachsenden Teile der Intelligenz (Lehrer, pädagogische und niedere verwaltungstechnische Berufe), für die gilt, daß sie "wie die Arbeiter – ihre Arbeitskraft an das Kapital oder an den Staat verkaufen und – überwiegend geistige – Lohnarbeit leisten." (26) Ausgenommen von dieser Perspektive als wissenschaftliche Lohnarbeiter sind nur jene zahlenmäßig geringen Teile der Intelligenz, denen Positionen des Spitzen- und mittleren Managements in der Wirtschaft bzw. entsprechende Positionen und Funktionen im staatlichen oder übrigen gesellschaftlichen Bereich offen stehen, sowie jene Intelligenzgruppe, die wie Rechtsanwälte und andere Freiberufliche selbständig ihren Beruf ausüben (27). Für die Mehrheit der hochschulangehörigen Intelligenz jedoch eröffnet sich nicht mehr der Ausblick auf die Erfolgsleiter in höchste Positionen und Besitz, sondern auf eine Tätigkeit als wissenschaftliche Lohnarbeiter, die ihre wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu leben. Dies ist zugleich eine objektive Grundlage der Interessengemeinsamkeiten der Intelligenz mit der Arbeiterklasse, "ungeachtet aller sozialrechtlichen Unterschiede, künstlich geschaffenen Privilegien und der Besonderheiten ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß sowie ihres Anteils an der Produktion oder Realisierung des Mehrwertes" (28), die der Intelligenz noch die Merkmale einer eigenständigen Schicht geben.

Gemeinsame antimonopolistische Interessen von Arbeiterklasse und Intelligenz

Die gemeinsamen Interessen von Intelligenz und Arbeiterklasse, wie sie sich in den oben genannten Punkten aus ihrem Gegensatz zum Monopolkapital ergeben, sind der vermittelte Ausdruck für die tendenzielle Annäherung der sozialökonomischen Lage der Mehrheit der Angehörigen der Intelligenz an die Lage der Arbeiterklasse und eine Basis ihres Bündnisses im antimonopolistischen Kampf. So besteht auch im Bildungsbereich ein objektives gemeinsames Interesse von Arbeitern und Studenten an einer demokratischen

25 Karl Marx: GRUNDRISSE, 1953, S. 215.
26 H. Kolbe, P. Belitz u.a.: "Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: SOPO 12, Juli 1971, S. 66.
27 Vgl. Axel Pinck: "Gewerkschaftliche Orientierung und Organisation des studentischen Massenkampfes", in: ROTE BLÄTTER, Nr. 3/71, S. 6.
28 H. Kolbe u.a., a.a.O.

Bildungs- und Hochschulreform, zu dessen bewußtem Aufgreifen durch die politisch aktiven Studenten sich die allgemeinpolitischen und unmittelbaren Interessen der Mehrzahl der Hochschulangehörigen von ihren Bindungen an die reaktionäre Politik und Ideologie der herrschenden Klasse weitgehend lösen mußten, um der Erkenntnis ihrer objektiven Situation Platz zu machen. Diese neuen Interessen der Studentenschaft – Triebkräfte ihrer fortschrittlichen politischen Aktivitäten – bildeten sich in dem Maße schärfer heraus, wie die veränderte Rolle der Wissenschaft im Reproduktionsprozeß und der Versuch ihrer staatsmonopolistischen "Bewältigung" auf die Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zurückwirkte und sie verschlechterte, d.h. wie zur Verwirklichung des reaktionären CDU-Konzeptes der 'formierten Gesellschaft' auch im Bereich der Hochschulen und Universitäten diesen der Stempel der 'formierten Universität' aufgedrückt werden sollte.

Die Entwicklung der außerparlamentarischen Opposition in Westberlin, als dessen aktivster Teil sich die Bewegung unter den Studenten herauskristallisierte, war daher von Anfang an von der Notwendigkeit des Zusammengehens der Studenten mit den Arbeitern gekennzeichnet. Tatsächlich ist die Studentenbewegung in Westberlin nicht zu trennen von dem Aufschwung *aller* antiimperialistischen demokratischen und antifaschistischen Kräfte Westberlins, der im Ergebnis gemeinsamer Massenaktionen erreicht wurde. Auf der Grundlage des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, das Monopolkapital, war der Zusammenschluß aller Kräfte zu einem breiten Bündnis einerseits eine unabdingbare Forderung angesichts des verschärften Angriffs der Reaktion auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte, deren Verteidigung nun zum Bindeglied der gesamten Bewegung wurde. Andererseits standen dem Zustandekommen einer breiten Kampffront gegen das Großkapital gerade hier an der Nahtstelle zwischen Imperialismus und Sozialismus unvergleichbare Widerstände ideologischer Art entgegen. Die Politik des Kalten Krieges gegen den sozialistischen Nachbarn DDR wurde durch das Meinungsmonopol der Springerpresse als Antikommunismus nach innen tief im Bewußtsein der Werktätigen verankert. Jede klassenkämpferische Regung wurde durch den Meinungsterror der Bildzeitung als ein 'Verrat an der leidgeprüften Berliner Bevölkerung' gebranntmarkt, als eine 'Auslieferung an den Osten'. Die ökonomische und politische Kampfkraft der Arbeiterklasse wurde so mit dem Hinweis auf die 'besondere Situation' Westberlins systematisch geschwächt. In der Studentenschaft fielen die Theorien des pseudomarxistischen Stammvaters der antiautoritären Studentenbewegung, Herbert Marcuse, auf fruchtbaren Boden und stifteten große Verwirrung in den Reihen der demokratischen Bewegung. Sie versuchten weiszumachen, daß die oppositionelle Studentenrevolte Ergebnis einer neugewonnenen 'revolutionären Potenz' dieser Gesellschaftsgruppe sei, die Antwort der 'revolutionären Theorie' auf den Verlust des Klassenbewußtseins und der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse. Dennoch kam es in den Jahren von 1965 bis 69 zu echten Massenaktionen gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze und die Notstandspraxis der Westberliner Polizei, gegen den Meinungsterror der Springerpresse und den Neonazismus, gegen Abbau der demokratischen Rechte und Mitbestimmungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen. In dieser Zeit, vor allem in der Krise 66/67, hatte sich die 'Wohlstandsgesellschaft' als gewöhnlicher Kapitalismus entpuppt, dessen 'Frieden' und 'Freiheit' in Vietnam durch Völkermord 'verteidigt' und im eigenen Land mit Notstandsgesetzen und Klassenjustiz 'gesichert' werden sollte. Unter dem Eindruck dieser aufbrechenden Widersprüche erstarkte die demokratische Bewegung in Westberlin, wuchs die studentische Opposition anhand konkreter Konflikte an der Hochschule und in der Stadt.

Nachtrag zu SOPO 20:

Für den Beitrag "Dockerstreik in Großbritannien" in SOPO 20 ist irrtümlicherweise nur Klaus Pickshaus als Autor angegeben. Der Beitrag wurde gemeinsam verfaßt von Klaus Pickshaus und Dieter Raulf und stellt eine Vorarbeit dar für einen im Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt, demnächst erscheinenden Band "Klassenkämpfe in Großbritannien heute".

Die Organisationsfrage nach dem Universitätsgesetz

Die Studentenbewegung hatte auf die Probleme der Universität und des Bildungswesens aufmerksam gemacht, sie hatte die Unmöglichkeit und Unangemessenheit einer nur organisatorischen Reform gezeigt. Gerade in Westberlin als einem Zentrum der Studentenbewegung war es den Monopolen und ihren politischen Helfern im Senat unmöglich, deren berechtigte Forderungen zu umgehen.

So vermischte sich in der Strategie des Senats das Bestreben, die Universitäten fest in den Griff zu nehmen und der demokratischen Studentenbewegung ihre Kampfinstrumente aus der Hand zu schlagen mit dem Versuch, die Möglichkeiten zu einer inhaltlichen Reform von Studium und Lehre offenzuhalten und den Studenten auf diesem Gebiet *Arbeits*möglichkeiten einzuräumen. Dadurch sollte einerseits versucht werden, den ständig komplizierter werdenden Anforderungen an Inhalt und Form des Studiums und der Lehre gerecht zu werden und andererseits die studentische Bewegung zu integrieren.

So wurden die Westberliner Hochschulen zum 'Versuchskaninchen' der westdeutschen Bildungsreformer. Im Senatsbericht von 1968 heißt es dazu im Zusammenhang mit dem Vorschlag, durch die Errichtung einer dritten Universität "den Bildungsexport der Stadt in die Bundesrepublik wesentlich zu vergrößern": "Bildungspolitische Notwendigkeiten werden beim Aufbau einer 3. Universität mit dem Ziel verbunden, neue Arbeitsformen in der Wissenschaft und inhaltliche Reform von Studiengängen zu erproben. Eine erfolgreiche Reformhochschule würde das Interesse der Öffentlichkeit in der BRD finden und die kulturpolitische Stellung Berlins festigen." (29) Das 1969 verabschiedete Universitätsgesetz sollte diese Vorstellungen für die bestehenden Universitäten verwirklichen: Einerseits wurde so das wichtige studentische Kampfinstrument Verfaßte Studentenschaft mit dem AStA abgeschafft, die studentischen Aktivitäten in einer Unzahl von Gremien zersplittert, statt Mitbestimmung die sog. 'Mitwirkung' in den 'Kooperativorganen' der Universität und eine erheblich verstärkte Kontrolle des Senats über die Universitäten eingeführt. Andererseits wurde eine Reform des Lehrkörpers vorgenommen und durch verschiedene Maßnahmen, z.B. die Einsetzung von Kommissionen für 'Ausbildung' und 'Lehre, Studium und Prüfung' auf zentraler und dezentraler Ebene mit einer starken studentischen Beteiligung die Möglichkeit zur Studienreform grundsätzlich geschaffen, über die allerdings dann der Senator für Wissenschaft und Kunst verstärkt 'Aufsicht', das heißt Gesamtstrategie führen will.

Trug das Universitätsgesetz auch einige formaldemokratische Zugeständnisse, die die Integration jedes zukünftigen Versuches, den Kampf um Mitbestimmung an der Hochschule wieder aufzunehmen, garantieren sollte, so war dennoch die Tatsache, daß die Monopole im Bündnis mit dem Westberliner Senat und rechtsgerichteten Hochschullehrern ein ihren Interessen entsprechendes Gesetz so relativ leicht durchsetzen konnten, Ausdruck des fehlenden Kampfes um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle an der Hochschule. Mehr noch: die durch die Zerschlagung des AStA intendierte Zersplitterung und Atomi-

29 SENATSBERICHT, a.a.O.

sierung der Studentenbewegung auf einzelne Fachbereiche und Institute, "diese Spaltungstaktik des Senats, die man auch in anderen Fällen nachweisen kann (INFAS-Studie etc.) wurde von einigen studentischen Strategen, hauptsächlich gruppiert um das INFI des SDS, bereits vorweggenommen. Dasselbe Hintermännerkabinett, das entschieden hatte, keine zentralen Aktionen gegen das Hochschulgesetz durchzuführen, nahm die Zerschlagung des AStA bereits vorweg (Kampagne zu den Konventswahlen im WS 1968/69) und legte die einzige zentralisierende Institution der Studentenschaft durch einen AStA lahm, dem nur eines nicht vorzuwerfen ist: Aktivität." (30) Diese Haltung war Ausdruck der Selbstüberschätzung jener Studenten über ihre eigene Rolle in der Gesellschaft. Die Studenten hatten sich von der Hochschule ab und den Betrieben und Wohngebieten zugewandt; losgelöst von den konkreten Klassenbeziehungen verstanden sie sich als revolutionäres Subjekt der Bewegung.

Nachdem die ersten Auswirkungen des Universitätsgesetzes in Form von verstärkten Angriffen auf die demokratischen Rechte der Studenten deutlich wurden, erkannte die Mehrzahl der Studenten die Notwendigkeit, sich wieder den Problemen der Hochschule zuzuwenden. Ausdruck davon war die Bildung von ad-hoc-Gruppen und Roten Zellen an fast allen Fachbereichen und Instituten, deren Diskussionen jedoch zunächst von der Zwiespältigkeit gekennzeichnet waren, einerseits sofort den Kampf gegen die reaktionären Übergriffe auf die demokratischen Rechte der Studenten aufnehmen zu müssen, aber andererseits die adäquate Organisationsform noch nicht gefunden zu haben. Erst der neue Aufschwung der Streikbewegung im September 1969 wirkte klärend in diesem Prozeß. Die Streiks schufen bei einem Teil der antikapitalistisch orientierten Studenten die Einsicht, daß die Studentenbewegung nur als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Kampfes zu verstehen ist. Sie lernten zu erkennen, daß die Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems mit dem Ende der Rekonstruktionsphase des Kapitals, wie sie die Studenten erfahren hatten, sich nicht grundsätzlich von den Erfahrungen der Arbeiterklasse in den Septemberstreiks unterschieden. Diese Erkenntnis führte zu einer Orientierung dieses Teils der Studenten an der real existierenden Arbeiterbewegung und ihren Organisationen. "Ein anderer Teil der Studentenbewegung sah in den Septemberstreiks nur ein Produkt der Studentenrevolte und interpretierte die Streiks als proletarische Nachahmung studentischer Beispielhaftigkeit, als Erfolg antiautoritärer Konfliktstrategie." (31) Die Antwort auf die Frage nach objektiver Klassenlage und durch sie vermittelter politischer Praxismöglichkeit bewirkte eine Orientierung dieses Teils in der Form, daß er sich selbst zur Arbeiterpartei ernannte.

Die Bildung von Studentengewerkschaften Anfang 1970 an 3 verschiedenen Fachbereichen und Instituten war erster Ausdruck der Notwendigkeit, der Spaltungstaktik des Senats und den reaktionären Übergriffen eine breite Schutz- und Kampforganisation der Mehrzahl der fortschrittlichen Studenten entgegenzustellen und den Kampf um die Vertretung der unmittelbaren Interessen aufzunehmen.
Der Kampf um drei Seminare mit fortschrittlichen Inhalten am Fachbereich Germanistik (Tausende von Hochschulangehörigen solidarisierten sich in einer Demonstration gegen das Verbot der drei Seminare durch den WiKu-Senator Stein), zeigte deutlich, daß die Mehrheit der Hochschulangehörigen gewillt war, den Kampf um ihre politischen Rechte auf allen Ebenen zu führen und ebenso für die Absicherung der bisher erkämpften demokratischen Positionen einzutreten. Die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und

30 Wolfgang Gukelberger: "Zur Organisationsfrage der Westberliner Studentenschaft nach dem neuen Universitätsgesetz", in: KONSEQUENT 1/69, S. 14.

31 "Geschichte der Mitbestimmung an der Hochschule", in: AKTIONSEINHEIT, Fachbereichszeitung der ADSG, 1972, S. 20.

Sozialisten (ADSen), die sich im SS 1971 zunächst an der FU Westberlin konstituierten, haben aus den Fehlern der Studentenbewegung gelernt und führen bewußt den Kampf um Mitbestimmung an der Hochschule.

Kampf um demokratische Reformen und Mitbestimmung

Die Geschichte des Westberliner Bildungs- und Hochschulwesens wurde (wie schon dargestellt) bis heute dominiert von der Rolle und Funktion, die ihm das westdeutsche Großkapital im Rahmen seiner jeweiligen Strategie gegen die sozialistischen Länder, insbesondere gegen die DDR, zugewiesen hat. Daher ist eine demokratische Bildungspolitik, die nur im Kampf gegen den Einfluß der Monopole auf die Hochschulen und Universitäten durchgesetzt werden kann, untrennbar damit verbunden, daß Westberlin sich auch auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik aus der Verklammerung mit der monopolkapitalistisch beherrschten BRD löst und selbständig die brennenden Bildungsfragen in Angriff nimmt. Die Demokratisierung der Hochschulen und Universitäten Westberlins erfordert dabei die Verwirklichung einer Hochschulpolitik, die sich gegen die Eingliederung dieser Bildungseinrichtungen der Stadt in die hochschulpolitische Konzeption der Bundesregierung richtet. In diesem Sinne bedeutet also die 'Selbständigkeit' der akademischen Institutionen ausdrücklich ihren Widerstand gegenüber dem staatsmonopolistischen Anspruch, der die Wissenschaft dem Monopolinteresse zu unterwerfen und dazu auch die Hochschulpolitik des Senats dem Willen des westdeutschen Großkapitals unterzuordnen sucht. Der Abschluß des vierseitigen Abkommens über Westberlin, in dem entgegen diesen Intentionen der Monopole mit völkerrechtlicher Gültigkeit festgestellt wird, daß Westberlin kein Land der BRD ist und auch von ihr nicht regiert werden kann (32), hat diese enge Verknüpfung zwischen der Rolle, die Westberlin in seinen Beziehungen nach außen spielt, und der Lösungsmöglichkeit solcher wesentlicher Probleme wie der Durchsetzung einer demokratischen Hochschulreform, verstärkt in das Bewußtsein der demokratischen Kräfte gerückt.

Die Alternative zur Verkettung mit den imperialistischen Kräften in der BRD ist nicht die Isolierung Westberlins, sondern die offene Zusammenarbeit und Entwicklung der Beziehungen nach *allen* Seiten auf normaler völkerrechtlicher Grundlage. Nur auf dem Weg der friedlichen Zusammenarbeit ist eine fortschrittliche Entwicklung an den Westberliner Hochschulen und Universitäten möglich, bei der die Forschung und Wissenschaft nicht den Zwecken der Rüstung und bewaffneten Aggressionen unterworfen wird. Eine solche Entwicklung läßt sich allerdings nicht im Selbstlauf erreichen, sondern nur im Ergebnis des demokratischen Massenkampfes der Arbeiter und Studenten, aller Werktätigen, um die Zurückdrängung der Macht der Monopole. *Zugleich zeigt sich damit deutlich, daß der Kampf um demokratische Alternativen an den Hochschulen Westberlins nicht zu trennen ist von dem allgemeindemokratischen Kampf um die Zukunft der Stadt, daß er eng verknüpft werden muß mit dem Kampf um die Erhaltung und Erweiterung der in den Vereinbarungen über und der Verfassung von Westberlin garantierten Rechte.* Die Tatsachen, die in dem vierseitigen Abkommen noch einmal verbindlich festgeschrieben wurden, und die immer wieder erneut gegen die entspannungsfeindlichen Kräfte durchgesetzt werden müssen, kommen schon in einem Kommentar zu der Verfassung von Westberlin vom 1. September 1950 zum Ausdruck: "Die Bestimmungen des Artikels 1 Abs. 2 'Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland' und Absatz 3 'Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend', hatte die Militärregierung in Anbe-

32 VIERSEITIGES ABKOMMEN ÜBER WESTBERLIN, Teil II B. Vgl. zu diesem Komplex den Artikel von Thomas Funke in dieser Ausgabe (Anm. d.Red.).

tracht der politischen Lage Berlins ... nicht in Kraft treten lassen." Anschließend aber wird die praktische Integration Westberlins in das staatsmonopolistische System der BRD wie ein gelungener Taschenspielertrick gefeiert: "Das 'Dritte Überleitungsgesetz' vom 16. Juni 1952 (Übernahme der Bundesgesetze für Berlin) hat aber diese Bestimmungen für West-Berlin praktisch verwirklicht." (33) Mit der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes (ab 1969) in Bildungsfragen wird daher die Bekämpfung dieser Überleitungspraxis zu einem wichtigen Moment in der Abwehr der Hochschulreformierung und zur Errichtung demokratischer Kontrollen.

In ihrem Kampf gegen die Grundtorheit unserer Epoche, den Antikommunismus, und gegen die Befürwortung imperialistischer Kriege und Gewaltakte können sich die demokratischen Kräfte an der Freien Universität und den anderen Hochschulen noch auf weitere demokratische Prinzipien der Verfassung von Westberlin stützen. Dort heißt es: "Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, widersprechen dem Geist der Verfassung und sind unter Strafe zu stellen." (34) Der Mißbrauch Westberlin als "Speerspitze" gegen den Sozialismus, als "Pfahl im Fleische der DDR" in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Außenpolitik der Bundesregierung und des Westberliner Senats ist ein eindeutiges Zeichen dafür, daß der Imperialismus Negation selbst der bürgerlichen Demokratie bedeutet, daß die erkämpften Rechte der Werktätigen ausgehöhlt und die Lehren der Vergangenheit mißachtet werden.

Auch im Bereich des Hochschulwesens zeigt sich das Wesen der bürgerlichen Demokratie als einer Herrschaftsform der Monopolbourgeoisie in dem Versuch, die breiten Massen der Hochschulangehörigen von der Mitbestimmung ihrer eigenen Angelegenheiten auszuschließen und die in den Gewerkschaften organisierten Werktätigen von ihrer Einflußnahme auf die Hochschulen fernzuhalten. Die Senatsbürokratie gebrauchte ihre Macht ohne Zögern dazu, der sich entwickelnden demokratischen Bewegung alle nur erdenklichen Hindernisse und Widerstände in den Weg zu legen, ihr Beschränkungen aufzuerlegen, erkämpfte Rechte und Gegenmachtpositionen zu unterminieren und sie in Richtungen zu locken, die sich später als Sackgassen erweisen. Im Gegensatz zum Senat und den "Schöpfern" des Universitätsgesetzes fassen die AKTIONSGEMEINSCHAFTEN die Mitbestimmung nicht als Mach-Mit-Bewegung im Sinne einer effektiv funktionierenden akademischen Selbstverwaltung auf, sondern begreifen sie als Kampfaufgabe, um den Machteinfluß des Finanz- und Monopolkapitals auf die Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zurückzudrängen und in ihrem Aktionsbereich Gegenmachtpositionen gegen die Formierung der Universitäten zu erringen. Als Teil des Kampfes um die Erhaltung und Erweiterung demokratischer Rechte dient so die Mitbestimmung als Hebel zur Durchsetzung demokratischer Alternativen auf allen Ebenen der (Gesamt)Hochschulentwicklung. Die Erarbeitung und Durchsetzung demokratischer Alternativen hat zum Inhalt die *aktive* Kontrolle der staatlichen und monopolabhängigen Organe der Wissenschaftsformierung, konkret des Westberliner Senats, der seine Interessen über Rechtsverordnungen, Gesetzesvorlagen, die Fachaufsicht des Senators für Wissenschaft und Kunst in Studien- und Personalfragen und die faktische Bestimmung der Finanzpolitik der Hochschulen durchzusetzen versucht. Das Abgeordnetenhaus und die in ihm repräsentierten Parteien SPD, CDU und FDP verfolgen dabei letztlich *ein* gemeinsames Ziel – nur auf verschiedenen Wegen, mit der Durchführung der unabdingbar gewordenen Studienreform zugleich der demokratischen und sozialistischen Studentenschaft und ihren Organisationen weitere Ketten anzulegen, ihre Kampfkraft zu schwächen und sie zu spalten. Dabei ist es charakteristisch, daß der Teil der *in-*

33 KOMMENTAR ZUR VERFASSUNG VON WESTBERLIN. Kompass Buch- und Zeitschriften GmbH, Westberlin 1956, S. 32.
34 VERFASSUNG VON (WEST-)BERLIN vom 1.9.50, Art. 21 Abs. 1.

haltlichen Studienreform bisher nur in Ansätzen verwirklicht ist, während die ganze Palette "demokratischer Spielregeln" ihrem Wesen gemäß schon jetzt zu einem differenzierten Instrumentarium der Knebelung und politischen Disziplinierung fortschrittlicher Hochschulangehöriger und der Eindämmung demokratischen Masseneinflusses entwickelt worden ist. Das geltende Ordnungsrecht droht den Studenten schon bei "Störung" der Lehrveranstaltungen oder Arbeit der Organe der Universität mit dem Verweis von der Hochschule, die Streikklausel im Bundesausbildungsförderungsgesetz bedroht die materielle Existenz der Studenten bei der Ausübung ihrer politischen Rechte.

Aber weit häufiger als die erwähnten Beispiele sind die tatsächlichen Manipulationen, Irreführungen und Behinderungen, mit denen der Senat und die Hochschuladministration die Studenten von der aktiven Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte abzuhalten versucht. Durch den verstärkten Kampf um Mitbestimmung, der seine Hauptstütze in der Entfaltung echter Masseninitiative hat, wird gerade der Widerspruch außerordentlich verschärft, der zwischen der Abhängigkeit der staatsmonopolistischen Machtorgane von der Mitarbeit der Hochschulangehörigen am Universitätsbetrieb und an der Studienreform besteht, und dem Zwang, alle produktiven Potenzen an der Hochschule bei der schwindenden sozialen Basis des Finanz- und Monopolkapitals bis zur Neige auszuschöpfen, und dem entgegengesetzen Streben, eine wirkliche Mitbestimmung und demokratische Kontrolle der Hochschulangehörigen weiter einzuschränken, deren Arbeitskraft für die Monopole nutzbar zu machen, ohne daß auf die Ziele und Inhalte Einfluß genommen werden kann.

Mit der Richtung des Kampfes gegen den Senat und das gesetzgebende Abgeordnetenhaus, gegen die Parteien des Monopolkapitals und bei der Errichtung von Gegenmachtpositionen gegen den Einfluß des westdeutschen Großkapitals wird berücksichtigt, daß sich der Kampf um Mitbestimmung gegen die *realen Machtzentren* des Monopolkapitals richten muß. Es wurde schon erwähnt, daß der wesentliche Teil der Wissenschaftspolitik für Westberlin von der BRD ausgeht (langfristige Planung, Bildungsbudget). Der Machteinfluß des westdeutschen Monopolkapitals muß sich aber aufgrund des besonderen Status von Westberlin hauptsächlich über den Senat, das Abgeordnetenhaus und die politischen Parteien des Großkapitals *realisieren.* Dabei sind allerdings noch Differenzierungen zu berücksichtigen: "Auf den ersten Blick erscheint die westdeutsche Wissenschaftsorganisation als eine verwirrende Fülle von Prozessen und Institutionen. Sie sind in vielfältiger Weise übereinander und nebeneinander geordnet. Ihre Verknüpfung wird durch ein kompliziertes System monopolistischer Machtzentren, staatlicher Kompetenzen der Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel und durch personelle Beziehungen realisiert." (35) Auf der Ebene der staatlichen Instanzen realisieren sie ihren Machteinfluß durch deren politisch-administrativen, ökonomischen und politisch-ideologischen Mittel (36), die verschiedenartig kombiniert angewandt werden, um die Hochschulen noch fester in den Griff der Monopole zu zwängen.

Die Zurückdrängung des Machteinflusses der Monopole kann also auch im Hochschul- und Bildungsbereich nicht auf eine Form der Machtausübung gerichtet sein, sondern muß auf allen Ebenen ansetzen und den Hebel der Mitbestimmung auf die Zentren des staatsmonopolistischen Geflechts der Wissenschaftslenkung orientieren. In dem Maße, wie der staatliche Einfluß im Wissenschaftsbereich wächst, verstärken sich auch die ideologischen und politischen Anstrengungen, die wirklichen Machtverhältnisse zu verschleiern, indem z.B. die Identifikation von Staat mit "reiner", über den Klassen stehender Demokratie gefördert wird und die Hochschulformierung als bloße Organisation komplizierter Sach-

35 Autorenkollektiv: FORMIERTE UNIVERSITÄT, a.a.O., S. 62.
36 Vgl. ebenda, S. 65.

zusammenhänge erscheint. Der gleichen Verschleierung dient der ständige Versuch, die Mitbestimmung ausschließlich auf die akademischen Selbstverwaltungsorgane zu beschränken und sie integrationistisch zu wenden. Tatsächlich dürfen die Selbstverwaltungsorgane in ihrer Bedeutung weder über- noch unterschätzt werden. "Ihrem Wesen nach sind sie Beratungs- und Hilfsorgane. Ein spezieller Aspekt ihrer Konstruktion ist auch darin zu sehen, daß ihre Existenz dazu ausgenutzt wird, den Wissenschaftlern das Bewußtsein der Selbstverwaltung zu suggerieren." (37) Daraus kann jedoch nicht gefolgert werden, daß der Kampf um Mitbestimmung überhaupt illusionistisch und daher abzulehnen ist, denn dies würde gerade bedeuten, die Mitbestimmung tatsächlich nur auf die akademischen Selbstverwaltungsorgane zu beschränken und die integrationistischen Absichten gleich für die volle Wirklichkeit zu nehmen. Andererseits wäre es liquidatorisch, auf den Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle auf dieser unteren Ebene der Wissenschaftsorganisation zu verzichten und dagegen den Kampf gleich um die ganze Macht zu setzen. Indem die Beteiligung und der Einfluß in diesen Gremien konsequent als ein Moment des Mitbestimmungskampfes von den demokratischen Kräften ausgenutzt wird, dient sie der Entfaltung von Masseninitiative und bezieht so weitere Teile der Studentenschaft in den Kampf um ihre politischen und materiellen Interessen ein. Die Entfaltung von Masseninitiative erweist sich als die Hauptvoraussetzung einer nichtintegrationistischen Gremienpolitik und gewährleistet auch die institutionelle Absicherung demokratischer Alternativen. Ohne den demokratischen Massenkampf, der nicht an den Grenzen der Universität haltmacht und ohne starke Organisationen, die diesen Kampf tragen, kann der Machteinfluß der Monopole auf die Hochschule auch auf den höheren Ebenen der Wissenschaftsorganisation nicht zurückgedrängt werden, können die tausendfachen Fäden, die Westberlin mit der Formierung der westdeutschen Hochschulen verbinden, nicht zerrissen werden.

Die politischen Kräfte, die in der Lage sind, diese demokratische Wende an ihrem Abschnitt in der Hochschule zu erkämpfen, können sich dabei auf ein fundiertes Programm stützen.

Unter dem Druck der Formierung der Hochschule im Monopolinteresse und den verstärkten Angriffen auf die demokratischen Rechte der Hochschulangehörigen schlossen sich die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten, die zunächst an den einzelnen Fachbereichen und Instituten der FU Westberlin als Ausdruck der Organisierung der unmittelbaren Interessen der Hochschulangehörigen an einer qualifizierten wissenschaftlichen Ausbildung entstanden waren, in gemeinsamen Kampagnen enger zusammen und gründeten zur Koordinierung ihrer Politik den Delegiertenrat aller ADSen an der FU, in dem mittlerweile auch die Vertreter der ADSen der TU, PH und anderer Hochschulen unserer Stadt erfolgreich mitarbeiten.

Im Vorwort zu ihrem Aktionsprogramm, das die Grundlage zu ihrem politischen Zusammenschluß darstellt, formulieren sie: "Ausgehend von ihrer gemeinsamen Praxis im Kampf gegen die Formierung der Universität im Monopolinteresse, von dem Aufschwung der demokratischen Bewegung für die Durchsetzung und Gestaltung von Hochschultagen im WS 71/72 und von der bewährten Zusammenarbeit im Delegiertenrat aller ADSen, treten die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten im SS 72 erstmals mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm für den demokratischen Kampf an die fortschrittlichen Hochschulangehörigen an der FU heran." (38)

37 Ebenda, S. 65.
38 AKTIONSPROGRAMM DER AKTIONSGEMEINSCHAFTEN VON DEMOKRATEN UND SOZIALISTEN: "Für den demokratischen Kampf an der Hochschule", Westberlin Frühjahr 1972, S. 2.

In ihrem Aktionsprogramm zum SS 72 stellen sich die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten die Aufgabe, für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform zu kämpfen, deren Bestandteile

- die Brechung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse,
- die Mitbestimmung in allen Fragen der Planung, Forschung und Lehre,
- an den Interessen der werktätigen Bevölkerung orientierte Lehr- und Forschungsinhalte und
- Lehrmöglichkeiten für Marxisten in allen wissenschaftlichen Bereichen sind.

Weiter heißt es dort: "Die Aktionsgemeinschaften vertreten umfassend die allgemeinen Interessen der Studenten an ausreichenden Studienbedingungen und an einer hohen Berufsqualifikation, die auch zur organisierten Interessenwahrnehmung an der Hochschule und im Beruf befähigt. Das materielle Interesse der Studenten an den Verkaufsbedingungen der eigenen Ware Arbeitskraft (langfristige Sicherung des Arbeitsplatzes, Arbeitssicherheit) fordert die organisierte Interessenvertretung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Der Kampf für eine umfassende wissenschaftliche Ausbildung ist Bestandteil des Kampfes um die Erhaltung und Erweiterung demokratischer Rechte. Er ist nur in Verbindung mit einer wirkungsvollen Mitbestimmung aller Beteiligten und der Betroffenen auch außerhalb der Hochschule erfolgreich zu führen. Ohne den konsequenten Kampf um Mitbestimmung in seiner Einheit von breit entfalteter Masseninitiative und organisierter Interessenvertretung und Information in den Gremien ist keine wirkliche Verankerung fortschrittlicher Forderungen und die Erringung von Gegenmachtpositionen möglich." (39)

Ausgehend von der hier angegebenen Hauptrichtung des Kampfes, der demokratischen Bildungs- und Hochschulreform, werden in dem Aktionsprogramm differenzierte Teilforderungen und -kampfziele angegeben, die die auf verschiedenen Ebenen vorgetragenen Angriffe auf die Hochschulen in den richtigen Zusammenhang der Hochschulformierung stellen und die Abwehr der konkreten Angriffe mit dem allgemeinen Ziel verbinden.

Gegen die Formierung der Hochschulen im Monopolinteresse

- **Für eine demokratische Gesamthochschule !**

"Aufgeschreckt durch den wachsenden Einfluß der demokratischen Kräfte an der Hochschule, versuchen die Reaktionäre aller Schattierungen (CDU, Notgemeinschaft und 'Liberale Aktion') im Bündnis mit großen Teilen der Massenmedien durch Hetzkampagnen den Hochschulabsolventen die Berufsqualifikation abzusprechen. Studentenvertreter, die Organisationen der Studenten und ganze Fachbereiche werden diffamiert und denunziert. Der politische Senat und die herrschenden Kräfte in der SPD geben unter diesem Druck den Forderungen der CDU als der reaktionärsten Vertreterin der Monopole nach: Abschaffung der demokratischen Ansätze durch eine Novellierung des Universitätsgesetzes, verschärfte Staatsaufsicht und finanzielle Austrocknung der Hochschulen. Die geplante Übernahme des Hochschulrahmengesetzes (HRG) nach Westberlin und der Westberliner Gesamthochschulplan (GHP) sind wichtigste Instrumente zur Formierung der Hochschulen unserer Stadt im Profitinteresse der Monopole." (40)

"Am 4.12.1970 legte der Senator für Wissenschaft und Kunst im Abgeordnetenhaus von Westberlin einen Entwurf eines Gesamthochschulplanes vor, der ohne Wissen oder gar Mitwirkung der Hochschulen zustandegekommen war. Er wird vom Senat als landes-

39 Ebenda, S. 8.
40 Ebenda, S. 3.

rechtliche Füllung der mit dem HRG kommenden bundesrechtlichen Rahmenregelung zur Schaffung von integrierten Gesamthochschulen deklariert, in Wahrheit aber stellt er nichts anderes dar, als die widerspruchslose Unterordnung auch der Westberliner Forschungs- und Ausbildungsstätten unter das Diktat der BRD-Monopole." (41) Seine wesentlichen Inhalte sind: "Unterordnung aller Hoch- und Fachschulen unter die Fachaufsicht des WIKU (Senator für Wissenschaft und Kunst).

- Einrichtung eines zentralen Unigremiums, das keine anderen Kompetenzen hat, als die Vorstellungen des politischen Senats durchzusetzen.
- Planung der zukünftigen Studiengänge und Prüfungsordnungen von 'Spezialkommissionen', über deren Zusammensetzung und Kompetenzen auch der WIKU allein entscheidet." (42)

"Die Arbeit von 'Untersuchungsausschüssen' und 'Experten-Kommissionen', in denen die Hochschulangehörigen keinerlei Mitspracherecht haben, soll die Novellierung unterstützen und propagandistisch vorbereiten." (43)

Das Novellierungskonzept des Westberliner Senats liegt nun seit kurzem vor: Es folgt den Intentionen des Hochschulrahmengesetzes und des Gesamthochschulplans und nimmt außerdem die 'Anregungen' der Experten-Kommission auf. Staatseingriff, Abbau der Mitbestimmung und die Reglementierung der Studienreform im Monopolinteresse sind durchgängige Prinzipien. Der Senat will sich ein Instrumentarium schaffen, mit dem er ständig auch in den kleinsten Facheinheiten bis ins Detail seine Vorstellungen durchsetzen kann. Reglementierung und 'Effektivierung' des gesamten Studiums auf Kosten einer wissenschaftlichen Ausbildung und auf Kosten der bildungs- und kulturpolitischen Bedürfnisse besonders der Arbeiterklasse sind die nächste Stufe. Hiergegen setzen die Aktionsgemeinschaften die vereinte Kraft aller Hochschulangehörigen im Kampf für eine demokratische Reform der Bildung.

Der demokratische Kampf an der Hochschule kann nur erfolgreich geführt werden, wenn man die materiellen Interessen der Hochschulangehörigen aufgreift, und ihnen die Verbindung deutlich macht, die besteht zwischen den miserablen Studien- und Arbeitsbedingungen auf der einen Seite und der Politik der herrschenden Kreise auf der anderen Seite, einer Politik, die die demokratische Mitbestimmung der Lehrenden und Lernenden in Wissenschaft und Ausbildung durch die Formierung der Hochschule blockiert. Der erhöhte Bedarf des Kapitals an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften sowie kurzfristige Verwertungsinteressen führen zu einer Verkürzung der Studienzeiten, die die Studenten einem erhöhten Leistungsdruck aussetzen und im späteren Beruf – durch Einschränkung ihrer Qualifikation – die Möglichkeit beruflicher Disponibilität vermindert. Hier stellt sich die Aufgabe, die objektiven gesellschaftlichen Widersprüche im Bewußtsein der Studenten deutlich zu machen und in dem Kampf um die Verwirklichung ihrer materiellen und politischen Ziele die gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse aufzuzeigen. Die Fragen, was und in wessen Interesse geforscht und gelehrt wird, sind in den letzten Jahren zunehmend wichtiger für die im objektiven Widerspruch zum Monopolkapital stehende werktätige Bevölkerung und somit auch für die Mehrheit der Intelligenz geworden. Eine breite demokratische Massenorganisation muß dieser Tatsache Rechnung tragen. Die Demokratisierung von Wissenschaft und Ausbildung liegt nicht nur im Interesse der Studenten. Die Masse der Hochschulangehörigen, also alle in Forschung, Lehre

41 ZUM HOCHSCHULRAHMENGESETZ UND WESTBERLINER GESAMTHOCHSCHULPLAN 1, ADSen, Westberlin Herbst 1971, S. 8.
42 ZUM HOCHSCHULRAHMENGESETZ UND WESTBERLINER GESAMTHOCHSCHULPLAN 2, ADSen, Westberlin Frühjahr 1972, S. 12.
43 AKTIONSPROGRAMM, a.a.O., S. 3.

und Verwaltung Tätigen, seien es Professoren, Assistenten, Studenten oder die 'anderen Dienstkräfte', kann im Bildungsprivileg und Bildungsnotstand keinen gesellschaftlichen Nutzen erkennen. Die gemeinsamen Interessen aller Gruppen an der Hochschule machen es möglich und notwendig, sich in einer breiten demokratischen Organisation gegen den gemeinsamen Gegner zusammenzuschließen.

Allgemeinpolitische Zielsetzungen

Trotz politischer und weltanschaulicher Meinungsverschiedenheiten haben sich Demokraten und Sozialisten auf eine gemeinsame Plattform für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform geeinigt. Die Entwicklung hat gezeigt, daß Desorganisation und Atomisierung das vorläufige Ende der fortschrittlichen Bewegung an den Westberliner Hochschulen bedeuteten. Die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten haben diese Fehler der Studentenbewegung berücksichtigt und daraus gelernt.

Über Gemeinsamkeiten in den Forderungen und in der Aktion, in der Herstellung der *Aktionseinheit* in Form von Aktions*bündnissen* (z.B. bei Fachbereichswahlen an der FU), haben Demokraten und Sozialisten an den Hochschulen unserer Stadt begriffen, daß der Kampf für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform nur erfolgreich sein kann, wenn er *langfristig* und mit klaren politischen Forderungen angelegt ist. Die Organisationsform der Aktions*gemeinschaften* trägt diesem langfristigen Charakter des Kampfes Rechnung, da sie über aktuell-hochschulpolitische Übereinstimmungen von Demokraten und Sozialisten hinaus die Gemeinsamkeiten im politischen Kampf um eine Demokratisierung des Hochschulbereichs als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung und gegen die Macht der Monopole betont.

Darüber hinaus "streben die Aktionsgemeinschaften im Kampf für eine demokratisches Bildungswesen die *Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften* als umfassendsten Organisationen der Arbeiterklasse an, ohne die in keinem Bereich der Gesellschaft ein wirklicher Fortschritt erreicht werden kann.

Die Aktionsgemeinschaften üben Solidarität mit den Arbeitern und ihren berechtigten Forderungen und unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung in allen Fragen der Lehrinhalte und Lehrformen." (44)

Der Kampf der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten um eine Demokratisierung des Ausbildungs- und Forschungsbereichs als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung ist ein Beitrag zur Entwicklung Westberlins zu einem Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa. Die ADSen unterstützen die allgemeine Friedensbewegung und die Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen und setzen sich für eine Normalisierung des Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern, insbesondere für eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR ein.

Die Aktionsgemeinschaften setzen sich in der Tradition der fortschrittlichen Hochschulangehörigen Westberlins ein für

- die unverbrüchliche Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völker Indochinas, für den bedingungslosen Abzug der US-Aggressoren, für die Verwirklichung des Sieben-Punkte-Friedensplans (unter der Losung: '100.000 DM für Vietnam' werden die ADSen, nachdem sie schon im letzten Semester 28.000 DM für das heldenhaft kämpfende vietnamesische Volk erarbeitet hatten, die materielle Unterstützung noch verstärken);

44 Ebenda, S. 10.

- die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker Afrikas, Lateinamerikas und Asiens;
- die Beseitigung der faschistischen Diktaturen in Griechenland, Portugal, Spanien und der Türkei;
- die berechtigten Proteste der ausländischen Kommilitonen gegen die Verfolgung der Angehörigen fortschrittlicher Organisationen.

Für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform

"Eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform kann nur im Zusammenhang mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses gegen die Macht der Monopole und zugunsten des Einflusses der Arbeiterklasse und der Intelligenz auf die wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden.

Ein einheitliches demokratisches Hochschulsystem muß gekennzeichnet sein durch:
a) demokratische Lehr- und Forschungsinhalte
b) Recht des Marxismus auf Selbstdarstellung
c) Mitbestimmung aller Betroffenen auf allen Ebenen
d) breite, zukunftsorientierte, an den Interessen der Werktätigen ausgerichtete wissenschaftliche Ausbildung für alle Studenten
e) ihre Einheitlichkeit und Allgemeinheit als akademische Ausbildungsstätte. Es darf keine Militär-, Verwaltungs- und Privatuniversitäten geben. Eine Ausbildung, die das Licht eines einheitlichen demokratischen Hochschulwesens scheuen muß, will zu Zielen erziehen, die gegen die Interessen des Volkes gerichtet sind. Keine Auslagerung von Forschungseinrichtungen und -vorhaben! . . . .

Zentrales Kampfziel ist dabei die Durchsetzung demokratischer Lehr- und Forschungsinhalte, die für uns keine abstrakten Forderungen, sondern besondere Kampfziele sind." (45)

Wesentliches Hemmnis der optimalen Entwicklung des Bildungswesens – und damit der Entfaltung der Produktivkraft Mensch – sind die verstärkten Anstrengungen der Monopole, die Wissenschaft zu lenken und in ihrem Interesse zu formieren. Die Formierung der Hochschule im kurzfristigen Profit- und Konkurrenzinteresse der Monopole führt zu einer Vernachlässigung langfristiger Struktur- und Reformprogramme und mißachtet die Prioritäten, die dem Interesse der Bevölkerung entsprechen, wie z.B.

- Gesundheitswesen und Vorsorge gegen Krankheit;
- Lehrerausbildung;
- Nutzung der naturwissenschaftlichen Ergebnisse ausschließlich zu friedlichen Zwecken.

Die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten haben demokratische Lehr- und Forschungsinhalte in diesen und anderen Bereichen in Form von Studienreformkonzepten und Forschungsprojekten konkretisiert. "Zur Absicherung und Weiterentwicklung dieser demokratischen Alternativen dienen die Planung neuer Institute, die Arbeit an alternativen Prüfungsordnungen, der Kampf für den Ausbau des Tutorenwesens und die Forderung nach Marxisten an den Universitäten." (46)

Um die demokratische Hochschulreform zu sichern, auszubauen und gegen den Einfluß der Monopole auch administrativ durchzusetzen, fordern die Aktionsgemeinschaften

45 ZUM HOCHSCHULRAHMENGESETZ ... 2, a.a.O., S. 15.
46 Ebenda, S. 18.

- die uneingeschränkte Offenlegung der Planungen und Entscheidungen;
- die Rechenschaftspflicht aller Hochschulgremien;
- die direkte Wahl aller Entscheidungsgremien und ihre viertelparitätische Besetzung mit der zusätzlichen Beteiligung der Gewerkschaften.

Die langfristige Abwehr der Übergriffe der Monopole und die Erkämpfung eines demokratischen Hochschulwesens erfordert die breite Entfaltung demokratischer Masseninitiative an den Hochschulen.

Es gilt, die Masse der Hochschulangehörigen für den Kampf um ihre unmittelbaren Interessen zu gewinnen und ihnen in der konkreten Auseinandersetzung die Notwendigkeit der Organisierung in einer breiten demokratischen Massenorganisation mit einer langfristigen politischen Kampfperspektive zu vermitteln.

STÄRKT DIE AKTIONSGEMEINSCHAFTEN
VON DEMOKRATEN UND SOZIALISTEN !

Georg Hauß
Volker Peschke
Peter Wille

facit-Reihe

facit-Reihe 11: Antiimperialistischer Kampf im Iran — Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), 80 S., 2,50 DM

facit-Reihe 12: Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

1. Die Krise im Nahen Osten: Der Zionismus und Israel, Die Entstehung des Staates Israel, Die Funktion Israels im Nahen Osten, Israel und die arabischen Staaten und Völker, Die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Nahost-Konflikt, Israel und die Bundesrepublik Deutschland, von Walter Oberst
2. Zionismus und Imperialismus (ein Überblick über die Entwicklung bis zum Ende des 2. Weltkrieges): Der theoretische Zusammenhang zwischen Imperialismus und Zionismus, Die politische Zusammenarbeit des Zionismus mit dem Imperialismus, der Völkerbund als Instrument des Imperialismus und Zionismus, von Walter Oberst
3. Die wirtschaftliche Bedeutung Israels für den Imperialismus: Das ausländische Finanzkapital in Israel, Die amerikanische Hilfe, Die westdeutsche Hilfe und die Bedeutung der BRD, von Brigitte Klein
4. Das israelische „Modell", von Conrad Schuhler

Mit einigen Literaturhinweisen und Dokumenten, 48 S., 2,– DM

facit-Reihe 13: Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD

T. F. Jarkina: Die bürgerliche pädagogische Gedankenwelt in der BRD.
W. I. Malinin: Einige Strömungen in der bürgerlichen Pädagogik der BRD!
W. M. Chowstow: Die Aufgaben der sozialistischen Pädagogik im Kampf gegen bürgerliche Bildungs- und Erziehungstheorien.
Mit Dokumenten zum Wehrkundeunterricht, Beamtengesetz, Kultusministerrichtlinien für den Unterricht, Zitaten aus Schulbüchern u. a. 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

ZUSAMMENSCHLUSS
für mehr
WISSEN
und
FORTSCHRITT

collectiv
Literatur
die verändert

Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH

2 Hamburg 63, Langenhorner Ch. 5

Kommissionsbuchhandel - Auslieferung und Werbung
für Verlage - Import - Export - Modernes Antiquariat

Wer wen ? *

Mehr als ein Ärgernis aus dem Verlag "neue kritik"

Kürzlich ist die bändeweise Neuherausgabe der "Internationale", Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, abgeschlossen worden: es liegen nunmehr alle Bände vor. Die "Internationale" wurde von Rosa Luxemburg und Franz Mehring 1915 begründet und unter schwersten Bedingungen zuerst im April 1915 herausgegeben. In den zwanziger Jahren wurde sie als theoretische Zeitschrift vom Zentralkommittee der Kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben.

Der Verlag, einer der wenigen, die sich aus der Blütezeit der Studentenbewegung bis heute hinüberretten konnten, geriet bisher gewiß nicht in den Verdacht, marxismusnahe oder gar kommunistenfreundlich zu sein. Denn zumeist brachte er Analysen und Neuherausgaben von Autoren heraus, von denen offensichtlich ist, daß diese dem heutigen Kampf unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD in theoretischer und strategischer Hinsicht kaum oder gar nicht weiterhelfen konnten (man denke hier nur an die Trotzki-, Pannekoek- und Gorter- u.a. Neuherausgaben).

Bisher kennzeichnete den Verlag und seine Veröffentlichungspolitik eben das, was typische bürgerliche Verlage in linker Verkleidung in der BRD derzeit kennzeichnet: die massive Verbreitung von allem Schrifttum, was mit Marxismus zu tun hat und dem beschränkten Horizont des bürgerlichen Verstandes gar als "marxistisch" gilt. Die gesellschaftliche Aufgabe einer solchen Politik kann demzufolge auch als ein hilfloser Versuch, Teile des anti-imperialistischen Lagers und insbesondere der fortschrittlichen Intelligenz von der Beschäftigung mit dem heutigen Marxismus in Theorie und Strategie eher abzuhalten denn zu fördern, eindeutig bestimmt werden.

Dies kann freilich bei bürgerlichen Verlagen nicht anders sein. Blicke in die Verlagsprogramme – etwa der Europäischen Verlagsanstalt – in der BRD verdeutlichen das. Man wird feststellen, daß – H.G. Helms hat dieses Phänomen am Beispiel der westdeutschen Marx-Engels-Ausgaben schon vor Jahren nachweisen können – es sich durchgängig darum handelt, nicht die Klassiker des Marxismus ungeschmälert selbst zu Wort kommen zu lassen, sondern sie vor- und aufzubereiten, zu zerstückeln, wenn nicht gar offen ihre Aussagen und Werke zu verfälschen. Das alles widerspiegelt allerdings nur das wirkliche Bedürfnis des antiimperialistischen Lagers nach der marxistischen Theorie, nach den Originalen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, nach marxistischen Analysen und Bestimmungen der heutigen Bedingungen des Kampfes gegen den Imperialismus. Und so können und werden auch die Machenschaften der westdeutschen Meinungsindustrie dieses Bedürfnis nicht dauerhaft in bürgerliche oder revisionistische Bahnen lenken, obwohl auch heute noch

---

* Besprechung von: DIE INTERNATIONALE. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Jg. 1919/20 bis 1931. (12 Bände). Neudruck des Verlags neue kritik. Frankfurt/Main 1971/72.

"die Neuauflagen der Schriften jeglicher pseudo-marxistischer Spielart aus den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts" (1) wild ins Kraut schießen.

Es versteht sich von selbst, daß die entsprechenden Abteilungen des Kapitals in der Neuherausgabe dieser wie der Schriften der Klassiker, insbesondere der Nachdrucke ganzer Zeitschriften (2), ein profitables Geschäft erblicken und – so steht es zu vermuten – auch weiterhin erblicken werden. Dabei ist die Devise vom kleinsten Raubdrucker bis hin zum renommiertesten großen bürgerlichen Verlag immer die gleiche: viel *über* Marx, *über* den Marxismus, *über* Lenin, *über* die Kommunisten, *über* die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe usw. Nur möglichst nicht ungekürzt in den Originalen, gar noch herausgegeben und kommentiert und eingeleitet von Marxisten selbst.

Dieses Geschäft muß, wie die Berge der Neuauflagen von Marx, Engels, Lenin, ja selbst Stalin, die Büchereien über den Marxismus zeigen, derzeit ein recht profitables Geschäft sein. Zudem: man kann gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Nämlich das eigene Söckel zu füllen *und* den ideologischen Bedürfnissen der herrschenden Klasse, sich theoretisch der Strahlungskraft marxistischer Arbeiten und Autoren zu erwehren, entsprechen.

Auf den ersten Blick scheint die Neuherausgabe der "Internationale" anders zu liegen. Bei dieser Neuherausgabe, einem fotomechanischen Nachdruck aller Jahrgänge der "Internationale" – ein Registerband soll folgen, vielleicht damit für den bürgerlichen Hausbedarf die Zitate gegen die KPD aus ihrem eigenen theoretischen Organ besser zur Hand sind – ist freilich eine Verfälschung nicht so ohne weiteres möglich. Allerdings wird diesem Unterfangen auch bei dieser Ausgabe schon dadurch Vorschub geleistet, daß bei allen Bänden die jeweiligen Umschlagseiten weggelassen sind: dadurch erfährt der unbefangene Leser nicht, unter welch schwierigen Bedingungen zeitweilig, besonders in den Phasen der Illegalität der KPD (bes. 1921-1924) diese Zeitschrift nur erscheinen konnte und unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen *marxistische* Theorie erarbeitet wird und verbreitet werden kann. Er erfährt ferner nicht, welche Arbeiten und Dokumente inseriert wurden, also von der KPD für lesenswert und wichtig gehalten wurden. Dieses Element der *Praxis* des Klassenkampfs wird also in dieser Nachdruck-Ausgabe selbst vonvornherein ausgeblendet.

Zwar war bisher die "Internationale" allen, die sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und während des ersten imperialistischen Krieges beschäftigten, durchaus bekannt – wenn auch nur sehr schwer zugänglich. Durch die Herausgabe des Verlages ist also zunächst eine "Lücke" geschlossen worden.

Zu fragen bleibt allerdings weiterhin: Was bezweckt neben der – für ein kapitalistisches Verlagsunternehmen verständlichen – Erzielung von Profit der Verlag mit der Neuherausgabe gerade der "Internationale" heute in der BRD? Schließlich handelt es

1 H.G. Helms: "Kritik der westdeutschen Marx/Engels-Ausgaben"; in: FETISCH REVOLUTION. Marxismus und Bundesrepublik. Neuwied/Berlin 1969, S. 173-200, zit. S. 186.

2 In den letzten beiden Jahren: ARCHIV FÜR DIE GESCHICHTE DES SOZIALISMUS UND DER ARBEITERBEWEGUNG ("GRÜNBERG-ARCHIV"); UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS; "DIE LINKSKURVE", Zeitschrift des "Bunds proletarisch-revolutionärer Schriftsteller".

sich ja gerade um einen Verlag, der eifrig bemüht ist, sich ein linkes Mäntelchen umzuhängen.

Bezweckt er, daß die heutigen Marxisten an die theoretischen und strategischen Überlegungen und Bestimmungen der KPD von 1919-1931/32 anknüpfen sollen? Sollen sie aus den Arbeiten der "Internationale" ihre theoretische und strategische Kraft schöpfen? Das wäre wohl schlechterdings unmöglich, da auch den Herausgebern – mögen sie auch noch so oberflächlich mit marxistischer Theorie und kommunistischer Praxis vertraut sein – nicht entgangen sein dürfte, daß jede fortschrittliche und insbesondere marxistische Klassenpolitik sich zuallererst mit der Realität auseinanderzusetzen hat. Und die ist bekanntlich heute etwas anders gelagert als in den 20er Jahren: der Grundwiderspruch des Kapitalismus hat andere, vielfältigere und kompliziertere Erscheinungsformen angenommen.

Was der Verlag im politischen und ideologischen Sinn mit dieser Neuherausgabe bezweckt, wird aus dem Klappentext deutlich. Es scheint, als wollen die Herausgeber in Kurzform zu jedem Band eine Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei, eine Art Miniaturhandbuch der Geschichte der Klassenkämpfe im Zeitraum 1919-1932, geben, da auf dem Umschlag jeweils zu jedem Band auf die allgemeinen Rahmenbedingungen der Kämpfe eingegangen wird.

Freilich ist der Klappentextkommentar einerseits ärgerlich, andererseits mehr: er bietet eine eminent bürgerliche und vom Klassenstandpunkt der bürgerlichen Herrschaft und ihrer Ideologen geprägte parteiliche Darstellung dieser Rahmenbedingungen. Diese haben eindeutig ideologischen Charakter: sie sollen den Leser vorprogrammieren, ihm eine Seelenmassage angedeihen lassen. Der Klappentext käut das wieder, was in gewichtigen Werken und mit vielen Belegen, Fußnoten und Anmerkungen die wissenschaftlichen Ideologen des westdeutschen Imperialismus, die "Kommunistologen", "Marxologen" und "Kenner" der Materie der Geschichte der Arbeiterbewegung, diese "gedungenen Tintenkulis des Imperialismus" (Lenin) nun schon seit der Russischen Oktoberrevolution und seit Kautskys wütender Polemik (3) dem antiimperialistischen Lager überhaupt und der Arbeiterbewegung insbesondere glaubhaft machen wollen: das die von den Bolschewiki geführte Oktoberrevolution gar keine "richtige" sozialistische Revolution sei, daß die KPD – Sektion der Kommunistischen Internationale – sich besser "von Moskau" verselbständigt und organisatiorisch getrennt hätte, daß nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich im Oktober 1923 die kommunistische Partei keine "revolutionäre" Politik trug, daß schließlich die "Bolschewisierung" der Sektionen der kommunistischen Internationale und auch der KPD die KPD zum bloßen Werkzeug "Moskaus" und Stalins degradiert habe und somit "Moskau" und Stalin eigentlich die historische Schuld am schließlichen Sieg der faschistischen Konterrevolution im deutschen Reich trage.

Natürlich sind diese Thesen und die ihnen unterliegende Argumentationskette nicht neu; ebenso bekannt ist der ideologische (rechtssozialdemokratische und/oder scheinradikale) Standort dieser Ideologen. Dieser Art Historiographie haften denn auch die vielen Lebenslügen der bürgerlichen, revisionistischen Ideologen an, die die Lebenslügen der bürgerlichen Gesellschaft selbst sind. Gegen solche Geschichtsinterpretationen und

3 K. Kautsky: DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS. Wien 1918

Geschichtsverdrehungen, deren soziale und ideologische Funktion leicht durchschaubar ist, führen schließlich die Marxisten und Kommunisten einen unermüdlichen Kampf, da diese Legenden nach wie vor vom bürgerlichen Propagandaapparat und der imperialistischen Meinungsindustrie ständig verbreitet werden.

Neu ist bei dieser Neuherausgabe der "Internationale", daß diese Legenden – wie sie beispielsweise von Hermann Weber (4) neben vielen anderen (5) verbreitet und fabriziert werden – herhalten müssen, um den für den Verlag selbst nur profitablen fotomechanischen Nachdruck der "Internationale" zu rechtfertigen.

So heißt es beispielsweise im Klappentext zu Bd. 6 (1925):

> "Die Linken" – denen natürlich die emotionale Sympathie der Herausgeber gehört, hier sind die Führungskräfte der KPD ab 1924/25 gemeint – "die Linken haben durch ihren Wortradikalismus, ihre formelle Ausschlußpraxis den selbst schon technisch verkürzten "Umbau" der Parteiorganisation auf Betriebszellen, durch Kanonisierung des "Leninismus", mit dem die theoretische Diskussion zugleich in die besondere Veranstaltung von Lenin-Zirkel und ideologische Kommissionen abgespalten wird, die nur noch die je schon vorhandene Theorie auszulegen haben –, den Boden für die innere Neutralisierung der Partei bereitet, die sie in den folgenden Jahren zu dem Schattendasein verurteilte, das durch scheinradikale Phraseologie bei durchaus opportunistischer, den Charakter der sich durchsetzenden faschistischen Form monopolkapitalistischer Herrschaft verkennende Politik gekennzeichnet ist."

Zweierlei wird daraus deutlich: *erstens* der offensichtliche Mangel dieser Klappentextideologen, auch nur die von ihnen selbst herausgegebene "Internationale" nur sorgfältig zu lesen, geschweige denn die realen Bedingungen für den Verlauf der Geschichte und auch der Parteigeschichte der KPD gründlich zu untersuchen (worüber zur organisatorischen Seite die Artikel von Kaasch in den letzten Jahrgängen der "Internationale" Aufschluß geben), *zweitens* ihre bloße – vermeintlich – "ideologiekritische" Betrachtungsweise, die die Praxis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Klassenorganisation ausblendet.

Ferner, um nur ein Beispiel aus der bloßen Betrachtung der publizistischen Seite dieser Fragen herauszugreifen, das die oben zitierte Passage der Herausgeber in anderem Licht erscheinen läßt: beim Studium des vorangegangenen Jahrgangs der "Internationale" fällt auf, daß ein Karl Korsch, jene Personifizierung des "undogmatischen Marxismus"(6) und von den heutigen Scheinradikalen wie rechtssozialdemokratischen Ideologen gleichermaßen theoretisch exhumierter zeitweiliger Ideologe, tatkräftig zur bejammerten "Kanonisierung des 'Leninismus' " beizutragen bemüht war, darüber schweigen sich aber gerade jene, welche diesen Ideologen zu "einem der größten Theoretiker des Marxismus" hochstilisieren (7), sowie ihre geistige Wahlverwandschaft tunlichst aus.

4 H. Weber: DIE WANDLUNGEN DES DEUTSCHEN KOMMUNISMUS. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1969 (2 Bände).

5 Beispielsweise die neueste Variante: T. Weingärtner: STALIN UND DER AUFSTIEG HITLERS. Berlin 1970.

6 Vgl. die Vor- und Afterworte beispielsweise von E. Gerlach zu den verschiedenen Korsch-Ausgaben der E.V.A. (Frankfurt/M. 1966-1971); zuerst: E. Gerlach: "Karl Korsch und der Marxismus". In: NEUE KRITIK 18/1963, S. 16-21.

7 So P.C. Ludz: in: "Georg Lukacs Schriften zur Ideologie und Politik". Hrgg. u. eingel. von P. Ludz Neuwied/Berlin 1967, zit. S. 721 (Anm. 7)

Der Klappentext zum Jg. 1926 (Bd. 6) verkündet:

> "Die Internationale (...) nimmt 1926 (...) zusehends den Charakter einer autoritativen Veröffentlichungsinstanz vollzogener Entscheidungen der herrschenden Parteiführung an."

Und weiter:

> "Die fraktionellen Kämpfe in der KPD gerinnen (...) in nur noch taktisch bestimmte Argumentationszusammenhänge, die sich zu dogmatischen und dezisionistischen Denken zusammenziehen."

Bei dieser Mischung aus Reproduktion pro-imperialistischer Geschichtslegende und "Theorie"-Verständnis der sog. "Frankfurter Schule" der "Neomarxisten" wird vollends deutlich: man kann und will dem Käufer und Leser der "Internationale" kein eigenes Urteil überlassen, obwohl er doch das fotokopierte Original selbst vor sich hat. Die Seelenmasse des Verlages wird per Haus frei mitgeliefert.

Weiter finden sich nahezu alle Elemente des offenen wie verdeckten antikommunistischen Verleumdungsarsenals der imperialistischen Propagandamaschinerie: "Die KPD – geredet wird von der Kommunistischen Partei Deutschlands seit 1925/26 – "subjektivisiere fortschreitend ihr Denken." (Klappentext Jg. 1928). Ebenso psychologisierend heißt es im Klappentext zu Bd. 8 (Jg. 1927):

> "Das Schutz- und Ruhebedürfnis der Sowjetführung führt in Wahrheit fortschreitend zu einer inneren Apathisierung der Genossen."

Man sieht, was herauskommt, wenn sich diese Wahrheitsapostel dranmachen, die Geschichte einer kommunistischen Partei zu kommentieren und für den bürgerlichen Hausbedarf aufzubereiten.

So verkündet schließlich der Klappentext zum letzten Jahrgang als Abschluß der Prozedur der Seelenmassage (der hier ungekürzt zitiert wird):

> "In ihrer letzten legalen Phase, vor dem Sieg des Faschismus, wandelt sich die Form der Internationale noch einmal. War sie bis zum Ende der zwanziger Jahre, wenn schon nicht mehr wahrhaft theoretisches Diskussionsorgan der Partei, so doch Legitimationsinstanz für die Politik der jeweiligen Parteiführung, so schrumpft sie jetzt noch mehr zum Amtsblatt politischer Verfügungen, deren Legitimation sich nun schon von selbst versteht. Die Partei kennt in sich keine divergierenden Meinungen mehr, sondern allenfalls Sündenböcke und Gegner, die als solche immer schon draußen stehen. In Form und Sprache der Zeitschrift spiegelt sich der innere Verfall der Partei und der allgemeinen Krise der Massendemokratie wider. Thematisch beschäftigen sich die Artikel dementsprechend vorrangig mit der durch die "Sozialfaschismus-Theorie" gewollten Bekämpfung der Sozialdemokratie, getreu dem Thälmann'schen Satz, der da in Verkennung der historischen Situation, ihrer Machtverhältnisse und Tendenzen bekräftigt: "Die entscheidende Schlußfolgerung, die sich aus den Beschlüssen des XI. Plenums für die deutsche Partei ergeben mußte, war, wie wir gesehen haben: D e n H a u p t s t o ß g e g e n d i e S o z i a l d e m o k r a t i e als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten." (1932, S. 489)"

Bekannt ist, daß die für die Einheit der Arbeiterklasse überhaupt und den Kampf der Arbeiterklasse gegen die drohende faschistische Diktatur insbesondere die *These* des "Sozialfaschismus" – die keine *Theorie* sein kann –, die zeitweilig 1930/31/32 von der KPD vertreten wurde, falsch war. Bekannt ist allerdings weiter, daß sie bereits 1932 teilweise revidiert wurde; ferner ist bekannt, daß in der Praxis durch die "Antifaschistische Aktion" sich die KPD um die Herstellung der Einheitsfront und Aktions-

einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus bemühte (8). Bekannt ist weiterhin, daß die Deutsche Kommunistische Partei – man braucht nur in die "Grundsatzerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei" (April 1969) und in die "Thesen des Düsseldorfer Parteitags" (November 1971) zu schauen – weder theoretisch noch in der Praxis in irgendeiner Weise irgendeine Variante der "Sozialfaschismus"-These vertritt. Bekannt ist weiterhin, daß diese These allein derzeit von einigen scheinradikalen Studentengruppen vertreten und mit ungeheurem Geldaufwand in der Arbeiterklasse verbreitet wird. Darüberhinaus ist bekannt, daß der sozialdemokratische "Vorwärts" (Ausgabe vom 6. Juli 1972) kürzlich wieder einmal die "Sozialfaschismus"-These der DKP unterschieben wollte (und dabei mit Fälschungen arbeiten mußte). Um so unverständlicher muß es bleiben, wenn diese These den Herausgebern der "Internationale" so sehr ins Gesicht steht, daß sie ausdrücklich darauf hinlenken in einer Äußerung von Ernst Thälmann, dabei beispielsweise das bekannte Thälmann-Wort: "Faschismus bedeutet Krieg" (1930) wohlweislich verschweigen.

Und genau hier zeigt sich auch das, was die Herausgeber beabsichtigen: sie wollen Munition liefern aus den Veröffentlichungen der KPD in der Weimarer Zeit, um der verleumderischen antikommunistischen Grundtendenz in der BRD Wasser auf die Mühlen zu geben: die Kämpfe – die heutigen wie die damaligen – der Kommunistischen Partei für Frieden, Demokratie und Sozialismus sollen mit ihren eigenen Einschätzungen – mögen sie inzwischen, wenn es sich um *falsche* Einschätzungen handelte, auch noch so sehr theoretisch, strategisch und erst recht praktisch revidiert sein – denunziert, widerlegt, kurz: hintertrieben werden.

Damit reiht sich auch diese Neuherausgabe nahtlos in die Phalanx derjenigen Veröffentlichungen ein, die dem offiziellen Kampf des Imperialismus und seiner Ideologen gegen Marxismus und Kommunismus "amtliche und halbamtliche Orientierungshilfen bereitstellen" (9). Speziell beim Klappentextkommentar der Verleger dieses Nachdrucks handelt es sich um ein seltsames Gemisch, welches diese Aufgabe wahrnehmen soll: es finden sich die Legenden der herrschenden Geschichtslesarten ebenso wie der reaktionären deutschen Kulturkritik, ebenso wie trotzkistische und klassisch linksradikale Vorstellungen.

Freilich wird sich jeder, der mit den Bedingungen des Kampfes der Marxisten und Kommunisten zwischen den beiden imperialistischen Kriegen und der Kommunisten im Deutschen Reich vertraut ist, selbst ein Urteil über diese Art Seelenmassage des Klappenkommentars und die dahinterstehende politische Absicht machen können. Ebenso braucht nicht betont zu werden, daß die Kommunisten es nicht nötig haben, zeitweilige Fehler zu verschweigen oder gar zu vertuschen, auch und gerade, da sie wissen, daß diese zumeist korrigiert sind, noch ehe der gemeine bürgerliche Horizont sich ihrer bemächtigen kann, um sie in verleumderischer Weise auszuschlachten für die imperialistische Propaganda.

Da diese Neuherausgabe des Verlags aber zumeist die durchaus objektiv und ihrem Selbstverständnis nach antiimperialistischen Intellektuellen erreichen wird, wird man sich – und hierin dürfte die engere Rolle dieses Verlagsgeschäfts in politischer und ideologischer

8 DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION. Dokumentation und Chronik (Mai 1932 bis Januar 1933). Hrgg. u. eingel. v. H. Karl und E. Kücklich unter Mitarbeit v. E. Fälster u. K. Haferkorn. Berlin (DDR) 1965.
bis Januar 1933). Hrgg. u. eingel. v. H. Karl und E. Kücklich unter Mitarbeit v.
9 W.R. Beyer: TENDENZEN BUNDESDEUTSCHER MARXBESCHÄFTIGUNG. Köln 1968, S. 32-60, zit. S. 32, 38.

Hinsicht liegen – darauf gefaßt machen können, daß zunächst ein wahrer 'run' auf die linksradikalen Versatzstücke, die die KPD leider in der Weimarer Republik noch teilweise trug und tragen mußte in ihrer Theorie und Praxis, einsetzen wird. Dies wird leider wieder einmal eine Barriere zwischen dem allmählichen *Weg vieler fortschrittlicher Intellektueller zum Marxismus und Kommunismus* – vorübergehend – schaffen und die *Widersprüchlichkeit dieses Prozesses* im *Interesse des Imperialismus ausnützen.* Und das dürfte auch die Zielsetzung und der – bewußte oder unbewußte – Zweck dieser Herausgabe der "Internationale" sein, an der sich die Herausgeber des Verlags sicherlich finanziell gesundstoßen dürften.

Richard Albrecht

SK DAS SOZIALISTISCHE NACHRICHTENMAGAZIN

SK
- die einzige Zeitschrift, die umfassend aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes berichtet und in der der gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse im Mittelpunkt steht.

SK
- ist unabhängig und gehört nicht in den Geltungsbereich der Münchener Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung

SK
- ist offen für die den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse fördernde Diskussion

SK
- ist die Tribüne des linken Flügels
- ist konsequent sozialistisch
- lenkt nicht mit Belanglosem ab und orientiert nicht auf „demokratische Spielwiesen" sondern orientiert durch kritische Informationen.

SK
- übt konstruktive Kritik und fördert demokratische antimonopolistische Bestrebungen

SK
- Probeexemplare und Bedingungen für Gruppenbezug bestellen bei W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260 546

Ab 1.1.73 mit 20 Seiten für DM 1,–

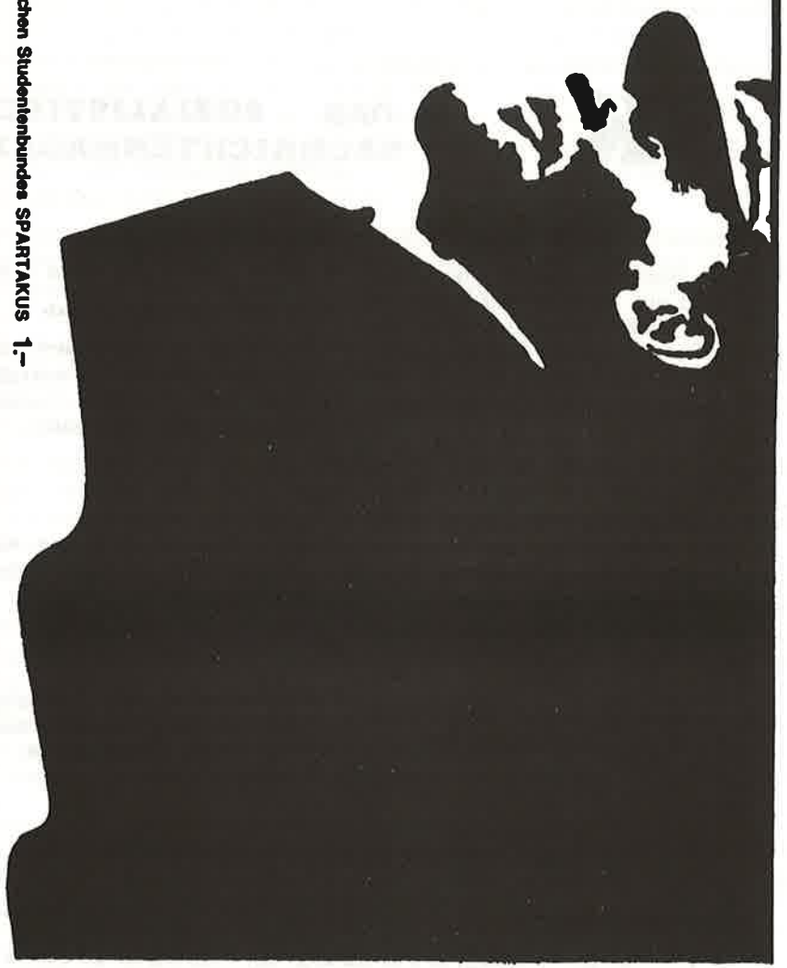
W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260546

Bestellungen an MSB SPARTAKUS-Bundesvorstand, 53 Bonn, Sternenburgstr. 73

rote blätter

SPARTAKUS-Politik aus erster Hand
Information
Dokumentation
Argumentation
Theorie

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS 1.-



Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920*

Die vorliegende Untersuchung, Ende 1970 in der BRD erschienen, ist der 1. Teil einer auf zwei Bände konzipierten Darstellung der Sozial- und Arbeitergeschichte im Ruhrgebiet nach dem Ersten Weltkrieg, der Abwehr des Militärputsches von den Brigaden KAPP, LÜTTWITZ und EHRHARDT und den Kämpfen der Arbeiter im Ruhrgebiet bis zur schließlichen Niederwerfung der Arbeiter durch die militärische Konterrevolution. Dabei widerlegt – wie der Klappentext zu Recht hervorhebt – der Autor "die gängige Schulbuchthese, die Weimarer Republik sei zwischen rechts und links zerrieben worden" für den Zeitabschnitt, den er behandelt. Es zeigt sich in der mit der nötigen fachwissenschaftlichen Akribie und historiographisch-quellenkritischen Ernsthaftigkeit in jeder Phase von Lucas durchgeführten Analyse, daß von dieser herrschenden Legende nichts übrigbleibt. Im Gegenteil: schon im vorliegenden 1. Bd. wird deutlich, daß schon in der Frühphase der Weimarer Republik dem ersten massiven Ansturm der Konterrevolution, der militärisch-imperialistischen Todfeinde der bürgerlichen Republik, der reaktionären Militärcliquen, entsprechender Kapitalgruppen ("Zechenkapital" im Ruhrgebiet etwa) *nicht* durch die formal-legalistische Tolerierungspolitik der Mehrheitssozialdemokratie und ihres Führungskorps in Gewerkschaften und Staat begegnet werden konnte. Sondern einzig und allein, zumeist *gegen* die Politik dieser Sozialdemokratie, konnte die Weimarer Republik durch die solidarische Aktion der Arbeiterklasse nicht nur "gerettet", sondern in eine reale, eine soziale Demokratie durchaus hätte transformiert werden können, in der sich die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse organisiert hätte.

Der zweite Band, der die umfangreiche Quellenarbeit von Lucas darüber, "wie die Arbeiter nach dem Sieg über Militär und Polizei ihre Herrschaft im Ruhrgebiet" errichteten und schließlich "welchen Terror Militär und Polizei ... gegen die Arbeiter entfalteten – im Auftrag derselben Regierung, die soeben erst durch die Aktionen der Arbeiter vor dem Sturz bewahrt worden war" (Klappentext), dokumentieren soll, ist noch nicht, obwohl für 1971 angekündigt, erschienen. Dieser zweite Teil, der dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg als Dissertation vorlag, soll aber lt. Ankündigung des Autors zu einem Vorabdruck eines Kapitels über den "Ausnahmezustand in den ersten Jahren der Weimarer Republik" (in: "Kritische Justiz", 2/1972, pp. 163-174) noch in diesem Jahr erscheinen.

Der erste Band enthält zunächst ein knapp gehaltenes Einleitungskapitel. Dieses gibt einen Überblick über die bisher vorliegenden, freilich nur teilweise zugänglichen Literaturarbeiten zum Kapp-Putsch. Dabei wird deutlich, daß die bürgerliche Literatur mit einer einzigen Ausnahme zu den Auswirkungen des Kapp-Putsches im Ruhrgebiet teils offen reaktionär, teils direkt pro-faschistisch ist. Dies ändert – worauf Lucas plakativ hinweist – freilich nichts daran, daß sich die Lebenslüge der bürgerlichen deutschen Sozial- und der neueren Geschichtswissenschaft, Publizistik und politischen Pädagogik – die Weimarer Republik sei durch die "Extremen" zerstört worden, namentlich natürlich durch die "linksradikalen" und die klassenbewußten Kräfte der Arbeiterbewegung und ihrer

---

* Besprechung von Erhard Lucas: MÄRZREVOLUTION IM RUHRGEBIET. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand. März-April 1920. (Bd. 1). Frankfurt/Main 1970.

kommunistischen Partei – bis heute – sieht man vom kurzen Zwischenspiel nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus bis zum offensichtlichen Beginn von verstärkter Restauration, Westintegration, Wiederaufrüstung und Kommunisten- und Antifaschistenverfolgung seit Anfang der 50er Jahre einmal ab (vgl. J. Heinemann: "Schulgeschichtsbücher und Geschichtsbuchkritik in der BRD 1949-1970". In: "Gesellschaft und Schule", Heft 1/2/1972. Hrgg. von den FG Gymnasien der GEW, pp. 80-100, bes. pp. 80-85) – ungebrochen in der BRD weiterbesteht (wobei diese Legende derzeit vom gesamten imperialistischen Propagandaapparat in der BRD einmal mehr vulgarisiert und verbreitet wird). Lucas dagegen zeigt, daß es mit den Bergen von Material, durch welche sich ein vom Bergbau-Verein gedungener bürgerlicher Historiograph namens Hans Spethmann zur Erstellung einer pro-imperialistischen und pro-militaristischen 4-bändigen Monographie zur Geschichte des Ruhrbergbaus zwischen 1914 und 1925 hindurchgearbeitet haben will, nicht nur nicht weit her sein kann, sondern daß schon "ein Blick" in dieses, für die Verfahrensweise bürgerlicher Legendenbildung und Geschichtsfälschung anscheinend typische Werk zeigt, daß jener Autor "die Tagespresse und die Parlamentsprotokolle nur höchst kursorisch durchgesehen hat." (13)

Da es nun in einer kurzen Rezension unmöglich ist, die von Lucas aufgrund langjähriger Quellenstudien zur deutschen Sozial- und Arbeitergeschichte, die hier durchaus als materialistische Regionalgeschichte in einem Zentrum der Arbeiterkämpfe gegen die militärische, bewaffnete imperialistische Reaktion, im Ruhrgebiet, aufgefaßt werden muß, zutage und ans Licht geförderten Ergebnisse im einzelnen zu referieren, kann hier nur auf die Grundlinie, die wissenschaftliche Arbeitsweise, die Intension und die Position des Autors selbst eingegangen und diese beispielhaft charakterisiert werden.

Zunächst schildert der Autor im Rahmenkapitel Verlauf und – gemessen an den objektiven sozialen Zielen der revolutionären Arbeiter – das schließliche Nichterreichen, oder vom Standpunkt Lucas und dem der *Logik* des Geschichtsprozesses, die "Niederlage" der Novemberrevolutionsbewegung, die Klassenkompromisse und die endliche "Errichtung der Militärdiktatur". Dabei verknüpft der Autor die allgemeine und Klassenentwicklung im Reich dialektisch mit den Kämpfen der Arbeiter gegen die Reaktion und Konterrevolution im Ruhrgebiet und dort besonders in den Zentren der – syndikalistisch orientierten – Arbeiterbewegung wie etwa Hamborn gegen das "Zechenkapital", hauptsächlich der Thyssen-Hütten.

Ausgehend von der grundlegend materialistischen These, daß der Klassenkompromiß des Herrschaftsgefüges und der Institutionen der Weimarer Republik schon in der Frühphase die antagonistischen Klassengegensätze, gerade auch im Hinblick auf die Produktionsschwierigkeiten und die Versorgungskrise des Volkes mit Lebensmitteln, kurz: der materiellen Verelendung der Arbeiter und des Volkes, weder beseitigen noch institutionell regeln konnte, sondern sie allenfalls – beispielsweise durch die Politik der "Arbeitsgemeinschaft" mit dem Kapital von Teilen der Gewerkschaftsführung im ADGB – nur kurzfristig verschleiern konnte, analysiert Lucas im letzten Abschnitt seines Rahmenkapitels das "Vordringen der Konterrevolution (Mai 1919 bis März 1920)", bevor er aus der Stellung der kämpfenden Klassen zueinander und zum bürgerlichen Staat Putschverlauf und die "Reaktionen der bewaffneten Macht, der Staatsbeamten und der Bourgeoisie" schildert. Dabei zeigt sich freilich eine Schwäche des Autors, nämlich die, daß er – beispielsweise in seiner Einschätzung des Verhaltens der SPD-Partei – und Staatsführung, welche die Arbeiter zum Kampf gegen die putschenden LÜTTWITZ, KAPP und EHRHARDT-Freikorps-Brigaden am 12. März 1920 aufforderte, nachdem die Freikorps sich nicht auf Aufforderung der Siegermächte von der deutschen Reichsregierung auflösen lassen wollten – die Rolle der SPD nicht umfassend einschätzt. Zwar erkennt Lucas, da er akribisch alle vorliegenden Materialien verarbeitet, daß mit diesem Aufruf *objektiv* die rechtssozialdemokratische Politik der Noske und Ebert, die Politik des Paktierens mit dem reaktionären Militär und der Einsatz der alten kaiserlichen Militärtruppen "zusammenbrach" (89), er kann aber dann nur die "ungeheure Demagogie" des Aufrufs der SPD zur *"Erhaltung der Republik"* gegen die *"Wiederkehr der blutigen Reaktion"* (Dokument, zit. 91/92) abstrakt-moralisch konstatieren und negieren, ohne zwingend die sich aus der historisch-konkreten Stellung der (Mehrheits-) Sozialdemokratie ergebende *Notwendigkeit* einer derartigen Politik, die Arbeiter dann doch noch zu mobilisieren zu versuchen, zu begreifen, welche schließlich das eine entscheidende Mal im März 1920 – aus welchen Motiven auch immer – die deutsche Arbeiterklasse nicht zu spalten versuchte, sondern sie zum aktiven solidarischen Handeln aufrief und dadurch den klassenbewußten Kräften entscheidenden Handlungsspielraum, *ohne* daß sie es wollte oder wollen konnte, verschaffte. Darin besteht auch die reale *Dialektik* dieses Entwicklungsabschnittes. Daß der SPD-Aufruf natürlich nur von den kämpfenden Arbeitern und ihren Führungskadern materialisiert werden *konnte,* versteht sich sowohl aus der allgemeinen Einschätzung des Imperialismus wie aus der Kenntnis der Politik der SPD in Deutschland und widerspiegelt nur den Geschichtsprozeß selbst.

Dieser Aufruf vom 12. März 1920 wurde daher auch schon am nächsten Tag unter dem Druck der militärischen Konterrevolution vom SPD-Führungskorps widerrufen. In dem neuen Aufruf "An das deutsche Volk" wurde mit den Worten: "Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren die Wirtschaft und den Verkehr unterbinden" (Dokument, 95) eine "Absage an den sich ankündigenden Generalstreik erteilt" (95).

> "Der Militärputsch wurde ausgelöst durch die Zwangslage, in die v. Lüttwitz durch seine Entlassung geriet, also durch ein mehr zufälliges Ereignis. Der Putsch wurde also bei einem noch mangelhaften Stand der Vorbereitungen inszeniert. Überdies wirkten noch mehrere Hemmungen und Verzögerungen dahin, daß das Moment der Überraschung entfiel. Trotzdem erwies sich die Reichsregierung den Putschisten gegenüber als vollkommen ohnmächtig. Das war das logische Ergebnis ihrer Politik, deren Hauptkennzeichen waren: Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Durchsetzung des bürgerlichen Parlamentarismus und – als Kehrseite der Medaille – Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch das Militär. Die Weiterexistenz der alten Regierung in Dresden hing an einem seidenen Faden: dem lavierenden und nicht eindeutig putschfreundlichen Verhalten eines Generals. Den Putschisten dagegen schlug aus Militär und Bourgeoisie eine Welle von Unterstützung und Sympathie entgegen. Die geäußerten Vorbehalte bezogen sich oft nur auf die schlechte Durchführung und die entsprechend schlechten Chancen des Unternehmens. Das heißt: Bei besseren Erfolgsaussichten des Putsches wäre die Zustimmung noch weit größer gewesen. Nur aus solchen opportunistischen Gründen unterstellte sich auch ein Teil der Staatsbeamten nicht den Putschisten." (115/116)

Die folgenden Kapitel (III-VI) entwickeln aus dem Verlauf des Generalstreiks und seiner zunächst erfolgreichen Abwehr der offen imperialistisch-militärischen Diktatur eine Typologie der möglichen Bündnispolitik der Arbeiter, – Lucas geht dann auf das schließliche Scheitern der einheitlichen Arbeiterklassenbewegung ein und benennt die Ursachen für das Versagen des Kampfbündnisses der "Märzrevolution". Es sind dies die fehlenden Momente:

> "1. Bildung von politischem Bewußtsein und Veränderung schon bestehender verfestigter Bewußtseinsinhalte" (wodurch eine Lösung von in der SPD organisierter Arbeiter möglich gewesen wäre)
> "2. Die bestehenden linken Organisationen (USPD, KPD, Freie Vereinigungen, Unionen) erwiesen sich ... für die revolutionäre Aktion als nur begrenzt tauglich...

3. Die Arbeiterorganisationen hatten unterschiedliche Auffassungen darüber, wie weit der Abwehrkampf gegen den Putsch getrieben werden sollte..." (143)**

Hierin sieht Lucas auch einen "wesentlichen Grund für das Scheitern der Märzrevolution im Ruhrgebiet" (ebda.) Freilich fällt bei dieser Einschätzung von Lucas auf, daß es – nach bekannter Manier des "Linkskommunismus" und Syndikalismus – wieder einmal die "verfestigten Bewußtseinsinhalte" vordringlich gewesen sein sollen, die die Arbeiter an der dauerhaften Machtübernahme in Gesellschaft und Staat hinderten. Diese Erklärung erscheint, im Zusammenhang mit der Betonung des Lerncharakters in der Aktion selbst, zumindestens nicht hinreichend, auch dann nicht, wenn man die in der Tat schwierigen Kampfbedingungen der deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet in materieller (politisch-organisatorischer; militärischer; geographischer) Hinsicht berücksichtigt.

In den folgenden Kapiteln schildert Lucas eindringlich die "ersten Waffensiege der Arbeiter" – die Zerschlagung von Freikorps und regulären Truppen und der besonderen (Sicherheits-) Polizeiverbände sowie – was äußerst wichtig ist und von Lucas in jeder Phase hervorragend dokumentiert wird – die Politik und die Maßnahmen der militärischen Konterrevolution.

Dem knappen 5. Kapitel über die Niederwerfung der Putschisten in Berlin (und in Stuttgart) durch den Generalstreik und die danach erfolgte, sofortige antiproletarische Wendung nach diesem ersten taktischen Sieg der Arbeiterbewegung – die "antibolschewistische Einheitsfront" – folgt die Analyse der Ausdehnung der revolutionären Bewegung im Ruhrgebiet überhaupt im Schlußkapitel dieses ersten Bandes in den Etappen und Orten (Essen, Wattenscheid, Stoppenburg, Mülheim, Düsseldorf, Duisburg und Hamborn). Dabei stellt Lucas – und das ist unzweifelhaft eines der großen Stärken seiner Arbeit – ständig die verfälschenden bürgerlichen Polizei- und Militärdarstellungen richtig – beispielsweise wird die Behauptung der Reaktion, die Arbeiter hätten Truppenangehörige, die sich schon ergeben hätten, erschlagen, fundiert als Lüge und Verfälschung entlarvt. Dies kann Lucas aufgrund seiner sorgfältigen Quellenarbeit hier am Fall der Kämpfe um den Essener Wasserturm (vgl. 289), wo akribisch die angeblichen "Greueltaten" der Roten-Ruhr-Armee am Essener Wasserturm, die sich bei Spethmann u.a. finden (vgl. 290-294), widerlegt werden. Somit wird auch diese Lebenslüge der bürgerlichen, später der faschistischen Geschichtsschreibung widerlegt, so daß sich dieses "Paradebeispiel für die sadistischen Greueltaten der 'Roten Armee' " (290), welches "50 Jahre lang als Schulbeispiel für den 'roten Terror' " (293) in Deutschland galt, objektiv in sein direktes Gegenteil verkehrt. Lucas stellt richtig, daß aufgrund solcher Verfälschungen systematisch eine "Verleumdung des Ruhraufstands" (289) betrieben werden konnte und wird, die nach dem Material, was er zutage förderte, in der Tat jeglicher historischer Grundlage und Faktentreue entbehrt.

Der Abschnitt über den Befehl Watters zum "totalen Bürgerkrieg", dem "Operationsbefehl Nr. 1" vom 22. März 1920, "in dem er (Watter) den Aufmarsch der bereits vorhandenen sowie der aus den verschiedenen Provinzen des Reichs anrollenden Truppen im einzelnen regelte" (307) sowie seinen gleichzeitigen "Geheimbefehl" (Nr. 2933) an die Truppenführer – den Lucas nur durch Zufall noch bei den Akten fand –, in dem angeordnet wird, daß auch die *"unbewaffneten Massen durch Feuer zersprengt werden (müssen)..."* und der die Untersagung jeder Verhandlung der Regierungstruppen mit den kämpfenden Arbeitern sowie den Befehl zur Bildung von Standgerichten enthält (Dokument, zit. 307/308) sowie ein Bericht über die Beerdigung der von der Konterrevolution erschossenen Arbeiter, bei der nach Beobachteraussagen noch nie "solche Menschenmassen" gesehen wurden (310), müßten den zweiten Band der Untersuchung thematisieren. Lucas hebt dabei hervor, daß der Befehl Watters "alles übertraf, was an derartigen Geheimbefehlen seit der Entfaltung der Konterrevolution im Jahre 1919 ergangen war. Er zielte offenkundig auf die totale Vernichtung der Revolution, und zwar mit allen Mitteln, einschließlich der juristischen: Mobilerklärung der Truppe, also Kriegsrecht; möglichst physische Liquidierung durch das Standrecht statt der nur zeitweiligen Ausschaltung durch die Schutzhaft..." (308/309). Nachdem das konterrevolutionäre Konzept der "Ausrottungsfeldzüge" so aufgedeckt wurde, müßte sich hier logisch der zweite Band anschließen. –

** Vgl. auch: Lucas: "Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19". In: DUISBURGER FORSCHUNGEN Bd. 15.

In diesem ersten Band über die "Märzrevolution im Ruhrgebiet" ist zunächst die beispielhafte Quellenarbeit des Autors hervorzuheben, die er in 816 Fußnoten und Anmerkungen sowie Verweisen belegt. Dabei hat Lucas zum einen bisher nicht bearbeitete Stadtarchive *aller* Städte, in denen und um die gekämpft wurde, ausgewertet, sich ebenso des damals im SPD-Archiv in Bonn lagernden Nachlasses des damaligen politischen Komissars und späteren preußischen Innenministers (ab 1920), Carl Severing, angenommen und diesen sowie dessen Memoiren kritisch durchleuchtet, zum anderen nahezu sämtliche Arbeiterzeitungen – von der SPD bis hin zu den Organen der Unionen –, die damals im Reich und insbesondere im Kampfgebiet erschienen sowie nahezu lückenlos die bürgerlichen Tages- und Regionalzeitungen ausgewertet; ferner Sitzungsprotokolle, Statistiken und Jahresberichte und Chroniken (für Unna, Essen, Bochum) sowie die bisher erarbeiteten Quellensammlungen. Außerdem die zeitgenössischen Artikel, Reden und Schriften, Memoiren und veröffentlichten Tagebücher der Beteiligten jeglicher Provenience (77 Titel) und selbstverständlich die vorliegenden Monographien, wissenschaftlichen Untersuchungen, die Sekundärliteratur (48 Titel) und die vorliegenden Romane (davon die von Grünberg und Marchwitza, die kürzlich in Westberlin wieder aufgelegt wurden). Darüberhinaus ist hervorzuheben, daß dem Buch diverse Karten für die, die nicht extra in Land- und Stadtkarten nachschauen wollen oder können, beigefügt sind, ebenso wie ein – allerdings unvollständiges – Abkürzungsverzeichnis, Fremdworterklärung sowie ein ausführliches Personen- und Ortsregister. Die teilweise notwendigerweise sehr ins Einzelne gehenden Schilderungen der Kämpfe in den einzelnen Regionen, Städten und Stadtteilen des Ruhrgebiets, die militärischen Stellungsverschiebungen der Kämpfenden, die Verbindungswege setzen eine genaue regionale Kenntnis des Autors voraus. Lucas hat sie und verbindet sie, gerade wenn er den militärischen Verlauf der Kämpfe schildert, mit einer sehr anschaulichen und lesbaren Darstellungsweise, die zeigt, daß er mit dem bearbeiteten Material so vertraut ist, als wäre er auf der richtigen Klassenfront dabeigewesen.

Auf dieser Materialbasis kann Lucas seinen Hauptintensionen, für die Geschichtswissenschaft und besonders für die Sozial- und Arbeitergeschichte Quellen zu erschließen, die häufig die zentralen Thesen der bisherigen bürgerlichen Interpretationen der Ereignisse teilweise infragestellen, teilweise widerlegen und somit die herrschende bürgerliche Historiographie ausgewiesen und fundiert zu kritisieren, nachkommen. Er kann auch seinem berechtigten pädagogisch-aufklärerischem Anliegen, die Zurückweisung der sich in unseren Schulbüchern am offensichtlichsten zeigenden reaktionär-bürgerlichen Geschichtsinterpretationen und Geschichtsfälschungen, gerecht werden. Deshalb stellt auch der Autor – in Verbindung mit seiner einleitenden knappen Literaturübersicht – in zwei Kapiteln ausdrücklich entsprechende Schulbuchzitate voran. Allerdings kann auch hier nur eindringlich davor gewarnt werden, in vorschneller Verallgemeinerung und – berechtigter – moralischer Empörung über das Zusammenspiel von sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern mit der militärischen Konterrevolution schon in der Anfangsphase der Weimarer Republik in einer eignen ersten informativen Schulbuchkonzeption

und -darstellung die – sich zweifellos aufdrängende – Aktualisierung des historischen Stoffes nahtlos und exzessiv nachzuvollziehen – wofür, trotz aller richtiger und notwendiger Ansätze zur Destruktion der bürgerlichen Lebenslügen zur ideologischen Interpretation der deutschen Geschichte, etwa das zweite Kapitel eines *linken* "Schulbuchs" zum Kapp-Putsch (vgl. "lernen subversiv: Geschichte der Weimarer 'Republik' ". Frankfurt/Main, pp. 55-90) einige *typische* Passagen aufweist. Dort wird nämlich allzuschnell das, was in der *Diskussion* der Schüler untereinander und der Schüler mit fortschrittlichen Lehrern erst erarbeitet werden kann, auf der Basis der geschichtlichen Ereignisse, schon als Ergebnis vorweggenommen (vgl. dort im Kapitel über den Kapp-Putsch: pp. 61, 74 – Aufforderung: "Studiert Mao-Tse-Tungs Schriften zum Volkskrieg!", 75, 76, 84 – jeweils die Randbemerkungen). Von dieser Tendenz ist Lucas ebensowenig frei wie das angeführte linke Schul- und Geschichtsbuch – und auch nicht die Form der Herausgabe von Romanen von Marchwitza, Grünberg, Bredel und anderen proletarisch-revolutionären Schriftstellern in der BRD heute –, in dessen zweitem Kapitel die Ergebnisse der Lucas' schen Arbeit bereits eingearbeitet werden konnte.

Dieser offensichtlich *analytische* Mangel der Arbeit von Lucas erscheint freilich angesichts der Dichte des Stoffes der realen historischen Kämpfe der Arbeiter um die Macht, die ja schließlich aufgrund der besonderen historischen Situation gewaltsam geführt werden *mußten,* im Hinblick auf manche, von Lucas selbst nicht immer explizierten Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen sowie Querverweisen, nicht allzu beträchtlich und gravierend. Seine für die Schilderung der bewaffneten Klassenauseinandersetzungen zentrale These, die das gesamte Buch durchzieht, daß in militärischer Hinsicht der "Schlüssel des Problems" in der "Stationierung" (280) der bewaffneten und zu allem entschlossenen Konterrevolution bei den Arbeiterkämpfen im Ruhrgebiet im Frühjahr 1920 lag, wird als historische Exemplifizierung einer bekannten, schon von Engels mehrfach explizierten Überlegung zum militärischen Geschichtspunkt bewaffneter Klassenauseinandersetzungen in ihrer Beweiskräftigkeit keineswegs durch diese Tendenz des Autors abgeschwächt oder gar infragegestellt. Die eigene implizite Position von Lucas, der – wie mir scheint – einer aus der Lebendigkeit des durchdringenden Stoffs allzu verständlichen, syndikalistisch und aktionistischen, also im Grunde *prae*politischen und emotional eingefärbten, Position durch scheinbar auf der Hand liegende vorschnelle Verallgemeinerungen Tor und Tür öffnet, mindert seine eigene wissenschaftliche Leistung keineswegs in nennenswertem Ausmaß. Sie tut – da man ihm ja schließlich *nicht* die Rezeption seiner Ergebnisse etwa in dem zitierten linken Versuch der Darstellung der "Geschichte der Weimarer 'Republik' " anlasten kann ohne ihn auf die Position der Goetheschen Hexenmeisters herunterzubringen – seiner *wissenschaftlichen Dignität als Historiograph* keinen Abbruch, wohl aber denen, die – wie im linken Geschichtsbuch geschehen – sich derzeit nicht scheuen, 16- und 19jährigen Oberschülern überwiegend nicht-proletarischer Herkunft zum "Studieren" der Volkskriegskonzeption Mao-Tse-Tungs (bzw. Lin-Piaos) aufzufordern. Sowohl diese Tendenz bei Lucas selbst als auch insbesondere die dokumentierte nahtlose Rezeption und Aktualisierung verdeutlichen aber, daß bei der Rezeption der Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920 (wie ebenso der Märzkämpfe 1921 und der Arbeiterkämpfe im Herbst 1923, insbesondere dem sog. "Hamburger Aufstand") eine gehörige Portion kritischer Distanz sowohl bei den Autoren selbst als auch insbesondere bei den Rezipienten nötig ist, gerade angesichts der sich aufdrängenden Aktualisierungen etwa der Rolle der Sozialdemokratie. Nur dadurch ist den scheinbar auf der Hand liegenden Analogie- und Kurzschlüssen ein Riegel vorzuschieben.

Diese notwendige kritische Distanz – wie schwer sie manchem auch immer fallen mag angesichts der Sympathie mit den um die Macht mit Waffengewalt kämpfenden Arbeitern – ist sowohl in der fortschrittlichen Sozial- und Geschichtswissenschaft, die sich der

materialistischen Geschichtstheorie verpflichtet weiß, als auch in der pädagogischen und erst recht in der politischen Praxis nötig. Denn ohne diese Distanz kann dem Tatbestand, daß sich die bürgerliche Gesellschaft im Imperialismus im allgemeinen und im entwickelten Imperialismus im besonderen weiterentwickelte, so daß sich die *Formen* des demokratischen und sozialistischen Kampfes verändern, kaum gebührend Rechnung getragen werden. Eine ungebrochene Rezeption historischer Klassenkämpfe, insbesondere der gewaltsamen Kämpfe der Arbeiterklasse in Etappen, in denen sich der Klassenkampf in der Tat zuspitzte, was in der Kampfform der Arbeiter und des Volkes mit Waffengewalt seinen Ausdruck fand, kehrt sich heute nur allzuleicht in das Gegenteil des Beabsichtigten um. Die historischen gewaltsamen Formen des proletarischen Klassenkampfs enthistorisiert und verallgemeinert, kann durchaus auch heute in blanke Aufstandstaktik verkehrt werden, so daß diese Strategie in der Tat verkehrt wird. Dies ist im übrigen ein *allgemeines Kennzeichen* aller nicht-marxistischer Arbeiterpolitik, die jeweils die Kampfformen als Ausdruck des *Herangehens* an den Sozialismus aufgrund einer falschen klassenmäßigen Analyse falsch bestimmte.

Eine ungebrochene Rezeption historischer Klassenkämpfe, gar noch zum Zwecke der strategischen Bestimmung der heutigen Aufgaben des Klassenkampfs betrieben, verkehrt sich somit unter der Hand ins direkte Gegenteil – ins Scheinradikale, manchmal offensichtlich ins offen Reaktionäre. Dadurch wird dann allerdings das Studium der Geschichte im allgemeinen und der Geschichte der Arbeiterbewegung im besonderen zum Zweck der Meisterung von Gegenwart und Zukunft seines einzig möglichen und sinnvollen, bewußt parteilichen Sinns beraubt und erweist sich für fortschrittliche und materialistische Wissenschaft, pädagogisch-aufklärerische und demokratische und sozialistische politische Praxis als eine stumpfe Waffe.

Es bleibt zu hoffen, daß Lucas im zweiten Band – etwa in einem abschließenden Schlußkapitel – diese kritische Distanz für den Leser selbst herstellt und somit der Tendenz vorschneller Verallgemeinerung wirkungsvoll entgegentritt.

Richard Albrecht

facit 28 2,50 DM November 1972

		Seite
András Gedö	Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus	1
Jürgen Blasius	Philosophie und Wissenschaft. Zur Frage der wissenschaftlichen Weltanschauung	13
Werner van Treeck	Für eine fortschrittliche Anfängerausbildung der Sozialwissenschaft	19
Bericht Timur Timofejew:	Die Arbeiterklasse im revolutionären Weltprozeß	29
Dokumentation zur Bildungspolitik	a) Numerus clausus – Instrument reaktionärer Bildungsplaner	34
	b) 6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz	70
	c) Bildungspolitische Vorstellungen des DGB	80
	d) Zum Schul- und Hochschul-„Reform"-Programm der CDU	90

Verlag Marxistische Blätter

NEUERSCHEINUNGEN

Marxistische Taschenbücher
Reihe "Marxismus aktuell"

Der staatsmonopolistische Kapitalismus – Einführungen in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion, 143 S., DM 6,50.

Rolf Geffken, Klassenjustiz, 73 S., DM 3,–.

G. Bessau u.a., Inflation heute – Hintergründe der Preissteigerungen und Geldentwertung in der BRD, Gewinner und Verlierer, 112 S., DM 4,–.

Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, 106 S., DM 4,–.

Marxistische Paperbacks

Julia Isajewa, Die USA im Geschäft mit der Angst – Rüstung, Monopole, Kriegsgefahr, 157 S., DM 5,–.

Parviz Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung. Mechanismus, Probleme, Ausweg. Einführung in die Probleme des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungsländer, 337 S., DM 10,–.

Lucien Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, 451 S., DM 12,80.

Gebundene Ausgaben

T.I. Oisermann, Probleme der Philosophie und der Philosophiegeschichte, 422 S., DM 8,80.

Bezug über Buchhandel oder direkt beim Verlag, 6 Ffm. 50, Heddernheimer Landstr. 78a, 571051.

Informationen über die Kapitalismustheorie in der DDR ? (1)

Hierzulande ist die Information über in der DDR veröffentlichte Arbeiten zum staatsmonopolistischen Kapitalismus durchaus ungenügend. Diesem Mangel soll eine jüngst erschienene Studie abhelfen: "Kapitalismustheorie in der DDR". In diesem Buch will Margaret Wirth die wissenschaftlichen Interpretationen der Wirtschaftsentwicklung in der BRD, wie sie seit 1956 von Ökonomen der DDR entwickelt worden sind, sowohl darstellen als auch vom Standpunkt marxistischer Gesellschaftstheorie aus kritisieren.

I

Die Untersuchung gliedert sich in vier Teile: 1. Elemente einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus; 2. Wirtschaft und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus; 3. Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und Strategie der Arbeiterklasse; 4. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Analyse.

In dem "Elemente einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" /27/ überschriebenen Abschnitt ihrer Arbeit versucht die Verfasserin zu zeigen, wie Ökonomen der DDR ab 1956 neue Erscheinungen im Verhältnis von Staat und Wirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft – vor allem in der BRD – zu reflektieren suchten, wobei sich die Forderung nach einer eingehenden Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus durchsetzte. Die Autorin bemerkt, "daß die ersten Anstrengungen dazu von der Untersuchung des Zyklus über die Beschreibung veränderter Realisierungsformen zu der Frage führten, welche Strukturveränderungen im Produktionsprozeß selber diese Wandlung der Realisierungsformen ermöglicht haben. Als wichtigste Strukturveränderung wurde die neue Rolle des Staatsapparates im Reproduktionsprozeß erkannt." /62/ Von dieser Frage ausgehend verfolgt Margaret Wirth in der weiteren Diskussion hauptsächlich zwei Aspekte: "Einerseits wird die Analyse des staatsmonopolistischen Funktionsmechanismus fortgesetzt, andererseits wird versucht, die Darstellung struktureller Veränderungen im Staatsapparat zur Grundlage einer Bestimmung des theoretischen Inhalts des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu machen." /83/ Als Ergebnis dieser Anstrengungen nennt sie zum einen "Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" (2), zum anderen besonders "Imperialismus heute" (3).

---

1 Besprechung von Margaret Wirth: KAPITALISMUSTHEORIE IN DER DDR. Entstehung und Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972. Zahlenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf die Seitenzahlen dieses Buches.

2 Rudi Gündel/Horst Heininger/Peter Hess/Kurt Zieschang: ZUR THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Berlin 1967.

3 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.): IMPERIALISMUS HEUTE. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1965, 4. erw. Auflage 1967.

Vorzugsweise anhand dieser "umfassenden Analysen" /84/ diskutiert Frau Wirth nun das Verhältnis von "Wirtschaft und Politik im staatsmonopolistischen Kapitalismus" /85/. In der Kritik des in "Imperialismus heute" konstatierten "Primats der Politik" (4) und des Verhältnisses von Einzelkapitalen und Gesamtkapitalen, wie es in "Imperialismus heute" und "Die Macht der Hundert" (5) gesehen wird, entwickelt die Autorin ihre Auffassung, daß "die Trennung von Wirtschaft und Politik ... zentraler Mangel der Theorie" /21/ sei. Sie meint, "daß die Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Ausdruck des 'kollektiven Herrschaftsinteresses der Finanzoligarchie' einerseits zur Simplifizierung des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Politik, andererseits zur Überschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus führen muß." /135/

Solch unrichtige Einschätzung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik führt – nach Wirth – dann auch zu einer falschen Strategie; der Kampf der Arbeiterklasse würde von den Kapitalismustheoretikern der DDR begriffen "als Kampf um Reformen, die den Aktionsradius und den Einfluß der Arbeiterklasse stetig vergrößern sollen. Weil jedoch die Bedingungen nicht aufgehellt werden, unter denen die Integration solcher Reformen in das bestehende System verhindert werden kann, bleiben die Reformkonzepte politisch beliebig; ihr Bezug zu einer langfristigen Strategie ist nicht bestimmbar." /150f./ Weiterhin wird der DDR-Theorie vorgeworfen, sie klammere internationale Zusammenhänge aus, indem sie an den nationalen Staat gerichtete antimonopolistische Forderungen als Strategie proklamiere /Vgl. 161/.

Allerdings konzediert die Autorin, daß in auf "Imperialismus heute" folgenden Arbeiten (6) eine stärkere Bemühung um gesamtgesellschaftliche Untersuchungen, vor allem auch um die Analyse des subjektiven Faktors zu finden sei. Vieldeutig stellt Margaret Wirth als Ergebnis ihrer Untersuchung fest, daß die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus "nun auf einer theoretischen Stufe angelangt ist, wo sie zur Theorie der Klassenkämpfe im kapitalistischen System werden könnte." /197/

II

Mir scheint, daß Margaret Wirth bei ihrer herben Kritik an der Darstellung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus insofern irrt, als nicht eine willkürliche Trennung von Ökonomie und Politik vorliegt, sondern vielmehr von einer Differenzierung der Gesellschaft in Basis und Überbau ausgegangen wird, die durch den historischen Materialismus gegeben ist.

Es stellt sich nun das Problem: Mit welcher Methode ist Margaret Wirth zu ihren Ergebnissen gekommen? Sie selbst schreibt, daß sie die "Form der Einheit von Darstellung und Kritik" gewählt habe. "Das heißt aber, daß wir versuchen wollen, die von Marx im *Kapital* entfaltete Methode der Einheit von logischer und historischer Analyse auf die Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzuwenden: Es soll aufgezeigt werden, inwiefern der historische Gang der Theorie die sich aus ihrem Ansatz ergebende logisch notwendige Entwicklung dieser Theorie ist." /11 f./ Hier erheben sich gleich mehrere Fragen: Entfaltete Marx die logisch-historische Analyse eines "Gangs der

4 Vgl. ebenda, S. 146.
5 Deutsches Wirtschafts-Institut (Hrsg.): DIE MACHT DER HUNDERT, Berlin 1960.
6 Deutsches Wirtschafts-Institut (Hrsg.): SPÄTKAPITALISMUS OHNE PERSPEKTIVE. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre, Berlin 1969; Hellmuth Kolbe/Karl-Heinz Röder: STAAT UND KLASSENKAMPF. Zur Machtfrage in Westdeutschland, Berlin 1969.

Theorie" nicht eher in den "Theorien über den Mehrwert"? (Wenn das gemeint war, hätte sie es auch schreiben müssen). Läßt sich die Methode des "Kapital" überhaupt "anwenden" – wie verhält es sich dann mit der "Einheit von Gegenstand und Methode"? – Jedenfalls ist die Verfasserin irgendwie der Meinung, daß Theorien gesellschaftlich bedingt sind. Nun wendet sie die "von Marx entfaltete Methode der Einheit von logischer und historischer Analyse" so an, daß sie erklärt: "Es versteht sich von selbst (? – V.Gr.), daß diese historische Entwicklung der Theorie nicht nur eigengesetzlich erfolgt, sondern selbst wieder gesellschaftlich bedingt ist. Die in der Entwicklung der sozialistischen Übergangsgesellschaften liegenden Ursachen dafür, daß gerade diese Theorie des Kapitalismus dort entstanden ist, sind jedoch bewußt ausgeklammert worden." /12, Fn. 4/ Es läge nämlich eine Theorie dieser Gesellschaften noch nicht vor und sei auch hier nicht zu leisten. Somit wird das Vorhaben also doch zur schlichten Ideengeschichte.

Die Autorin verweist hier auch explizit auf den Abschnitt "Die Methode der politischen Ökonomie" (7) in Marx' Einleitung zu den "Grundrissen" /Vgl. 11f. Fn. 3/. Gerade hier weist Marx am Beispiel "Arbeit" nach, daß die Kategorien der Analyse selbst als historische Resultate zu begreifen sind (8); was meiner Meinung nach heißt, daß eben nicht eine wie auch immer verstandene "Marxsche Methode" dem Gegenstand zu applizieren ist, sondern daß man Marx' Ergebnissen durchals als Voraussetzung der Analyse begreifen muß.

Margaret Wirth sieht die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse darin, daß sie die Parallelität von objektiven Bedingungen und subjektivem Bewußtsein herstellt. /14/ Die Bezeichnung "Parallelität" für diese Beziehung ist vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus nicht akzeptabel, sie leugnet die Wechselwirkung von Sein und Bewußtsein (9). Bei solchen methodischen Voraussetzungen nimmt es nicht Wunder, wenn später dann auch bei der Diskussion von Ökonomie und Politik die Beziehungen verzerrt werden.

Ebenfalls unter "Methodische und historische Voraussetzungen" behauptet die Autorin: "die Zerstörung des revolutionären Potentials der Arbeiterklasse (in der BRD – V.Gr.) läßt die Existenz von Herrschaft nur um so deutlicher hervortreten." /17/ Diese geradezu "Krahlschen" Formulierungen lassen sowohl unklar, was das "revolutionäre Potential der Arbeiterklasse" als auch was "Herrschaft" ist.

Es läßt sich festhalten, daß bei M. Wirth klare Vorstellungen über die zu benutzende Methode nicht bestehen; vor allem wird der gesellschaftliche Kontext der zu untersuchenden Theorienentwicklung nicht genügend berücksichtigt (– das hieße z.B. auch marxistische Ökonomie in der BRD unter den Bedingungen des KPD-Verbots zu diskutieren), die Analyse also gleichsam amputiert (10).

7 In: Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 21-29, auch abgedruckt in: MEW, Bd. 13, S. 631-639.
8 Ebenda, S. 25.
9 Vgl. Karl Marx: "Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie", MEW Bd. 13, S. 8/9 sowie Engels an Joseph Bloch, 21./22. September 1890, MEW Bd. 37, S. 465.
10 "Und wenn er keinen Hintern hat,
Wie soll der Edle sitzen? "
Dies Zitat aus Goethes Epigramm "Totalität" nutzte bereits Friedrich Engels bei der Diskussion des Basis-Begriffs der "wahren Sozialisten", vgl. MEW Bd. 4, S. 258.

III

Da sich so schon Unklarheiten bei den methodischen und historischen Voraussetzungen ergeben haben, ist es nur folgerichtig, wenn auch in der Untersuchung selbst bestimmte Mängel auftreten. Hier sollen jetzt einige Quellen der Wirthschen Studie diskutiert werden. Zunächst zur Frage des Staates: Margaret Wirth hat an anderer Stelle erklärt, daß "sowohl in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als auch bei ihren Gegnern ein etwas unsauberer Staatsbegriff vorherrscht." (11) Sie selbst stützt sich freilich bei der Darlegung ihres Staatsbegriffes weniger auf Marx, Engels, Lenin als auf einen Aufsatz zur "Sozialstaatsillusion" (12) von W. Müller und C. Neusüss. /Vgl. 13, 98, 148 f., 155/ Ohne hier noch einmal die Diskussion um diesen Aufsatz ausführlich wiedergeben zu wollen (13), sei noch einmal kurz auf den Kern der Kritik an Müller/Neusüss eingegangen: Die Polemik gegen von ihnen als revisionistisch betrachtete Auffassungen ist moralisierend und oberflächlich, "der Staat im allgemeinen und die Sozialstaatsillusion im besonderen werden von M/N gleichermaßen aus der englischen Fabrikgesetzgebung begründet." (14) In der Tat bemerken Müller/Neusüss, ihr Aufsatz gebe keine Realanalyse, und er behandele nur am Rande die historische und materielle Begründung der Sozialstaatsillusion (15). Mit der Einschränkung auf Ideologiekritik ist dann der Raum für willkürliche Interpretationen und Unterstellungen gegeben (16).

Mit Hinweisen auf diesen Aufsatz von Müller/Neusüss versucht M. Wirth auch ihre Auffassung von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als "objektivistischer Theorie" – zumindest in einer bestimmten Phase – zu stützen, "d.h. eine(r) Theorie, die weitgehend nur die logisch-objektiven, nicht jedoch auch die historisch-subjektiven Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus reflektiert." /15/ Sie benutzt hier ein Zitat von Müller/Neusüss, die behaupten, den "zeitgenössischen Revisionisten" (diese Bezeichnung gebraucht Frau Wirth allerdings nicht) erschienen "die Geschichte der 'Industriegesellschaft' vor allem als Geschichte des Kapitals und seines Staates..." (17); /138/. Es gibt meiner Meinung nach keinen Grund, in dieser Weise die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Versuch einer Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus mit der Doktrin von der Industriegesellschaft gleichzusetzen. Die Doktrin der Industriegesellschaft geht ja bekanntlich von technischen Determinanten des ökonomischen Prozesses aus (18), die Gleichsetzung ist also fehl am Platze.

Auch andere Quellen der vorliegenden Arbeit sind allzu unreflektiert aufgenommen. So verweist die Autorin auf eine Schrift "DKP – eine neue sozialdemokratische Partei? "

11 ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN. Beiträge einer Tagung des Instituts für marxistische Studien und Forschungen am 17./18. April 1971 in Frankfurt/M., Frankfurt/M. 1971, S. 115.

12 Wolfgang Müller/Christel Neusüss: "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital", in: SOPO 6/7 (1970), S. 4-67.

13 Vgl. Thomas Müller/Heinz Schäfer: "Bemerkungen zum Artikel 'Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital' ", in: SOPO 12(1971), S. 69-73; Projekt Klassenanalyse: "Zur Kritik der Sozialstaatsillusion", in: SOPO 14/15 (1971), S. 193-209; Peter Römer: "Klassenkampf, Staat und allgemeines Gesetz", SOPO 19 (1972), S. 79-88.

14 Projekt Klassenanalyse, a.a.O., S. 200; vgl. Müller/Neusüss, a.a.O., S. 52.

15 Vgl. Müller/Neusüss, a.a.O., S. 4.

16 Vgl. Th. Müller/Schäfer, a.a.O., S. 69.

17 Müller/Neusüss, a.a.O., S. 28.

18 Vgl. z.B. W.W. Rostow: STADIEN WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS, Göttingen 1960.

(19). Diese Schrift sei ein Versuch, "eine Strategie aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital abzuleiten." /149, Fn. 304/. Das wird in der Broschüre kaum versucht. Ihre Aufgabe sehen die Autoren vielmehr darin, eine "sozialistische Strategie" zu entwickeln, welche an die "aus der Studentenbewegung entwickelten Formen der Basis- und Betriebsarbeit" (20) anknüpft. Bei solchem Ansatz für die Entwicklung einer Strategie erstaunt es nicht, wenn diese FU-Projektgruppe dann meint, die DKP sei gegründet worden, weil "von den Herrschenden die antiautoritäre Bewegung als gefährlicherer Gegner eingeschätzt und die Spaltungs- und Disziplinierungsfunktion einer legalen revisionistischen KPD erkannt" (21) wurde. Dieser Ansatz ist wohl doch deutlich dem historischen Idealismus zuzuordnen und kann nicht als aus grundlegenden ökonomischen Bestimmungen und einer Realanalyse der BRD entwickelt betrachtet werden. Auch scheint es problematisch, Agnolis "Transformation der Demokratie" (22) bei der Analyse der Staatsfunktionen unter politisch-ökonomischem Blickwinkel kommentarlos hinzuzuziehen. /153/ Denn dieser brillant geschriebene Essay läßt ja gerade polit-ökonomische Ableitungen schmerzlich vermissen.

IV

Während die genannten Arbeiten für eine Diskussion der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus entbehrlich sind, möchte ich nun auf eine Quelle hinweisen, die wichtiges zur Diskussion dieses Themas beizutragen hat: Die Materialien der Konferenz "Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland", die am 17. und 18.3.1965 in Berlin stattfand (23). Hier wurde sehr intensiv über den Stellenwert der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und auch über ihren Theoriecharakter an sich diskutiert. Es wurden auch die "Thesen" (24) behandelt, die das Autorenkollektiv von "Imperialismus heute" vor der Veröffentlichung des Buches vorgelegt hatte und in denen bestimmte Meinungen dieses Kollektivs – etwa zur Frage der Regulierung – schärfer formuliert sind als später im Buch. Auch diese "Thesen" hat Margaret Wirth in ihrer Studie nicht berücksichtigt, obwohl sie sich doch ausführlich mit "Imperialismus heute" befaßt.

Zwar sind diese Quellen nicht benutzt worden, dennoch ist es aber offensichtlich, daß Margaret Wirth eine Menge Material zur DDR-Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus verarbeitet hat und sich zahlreiche instruktive Hinweise finden lassen. Die DDR-Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus hat sich in der Tat im Laufe von fast 20 Jahren von deskriptiven Detailanalysen entfernt und ist gesamtgesellschaftliche Theo-

19 FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl: DKP – EINE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI? Berlin 1969.

20 Ebenda, S. 7.

21 Ebenda, S. 14.

22 Johannes Agnoli/Peter Brückner: DIE TRANSFORMATION DER DEMOKRATIE, Frankfurt/M. 1968.

23 MONOPOLE – PROFITE – AGGRESSION – NOTSTAND. Materialien der Konferenz "Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland", Berlin 1965.

24 Horst Hemberger/Lutz Maier/Heinz Petrak/Otto Reinhold/Karl Heinz Schwank: "Imperialismus heute – Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Thesen)", in EINHEIT, Heft 1 (1965), S. 101 ff. Vgl. zu beiden Quellen auch Volker Gransow: "Von 'Imperialismus heute' zum 'Imperialismus der BRD', Zur Diskussion in der DDR um die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland", in: SOPO 12 (1971), S. 37 ff.

rie geworden; diese Feststellung kann Margaret Wirth nicht bestritten werden (– sie ist aber auch nicht sehr originell). Frau Wirth konnte ihre Kritik an dieser Theorie nicht entwickeln; dies liegt vermutlich daran, daß die methodisch-historischen Voraussetzungen ihrer Arbeit zu unklar sind.

Die weitere Rezeption der DDR-Diskussion um den staatsmonopolistischen Kapitalismus muß weniger prätentiös und präjudizierend als die vorliegende Schrift sein, muß wirklich gesellschaftsanalytisch und nicht isoliert ideengeschichtlich vorgehen (25). Die Studie von Margaret Wirth bietet zwar interessante und nötige Informationen über einige DDR-Arbeiten zur Kapitalismustheorie; leider informiert sie aber auch darüber, wie Reste des "kleinbürgerlichen Revolutionarismus" der Studentenbewegung desorientierend auf die Analyse wirken können.

Volker Gransow

25 Daran wird gearbeitet. Als Teil dieser Arbeit ist der Aufsatz von Ilan Reisin in dieser Ausgabe der SOPO zu sehen.

Der Friedens-Nobelpreis
Stiftung und Verleihung. Die Reden der vier deutschen Preisträger Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Willy Brandt. Herausgegeben von Arnold Harttung. 154 Seiten, Snolinbroschur 10,– DM, Silberbroschur 12,50 DM

H. Wehberg, H.W. Goldschmidt
Der Internationale Gerichtshof
Entstehungsgeschichte, Analyse und Dokumentation auf dem Stand von 1972. 115 Seiten, Snolinbroschur 15,– DM

Ernst R. Zivier
Der Rechtsstatus des Landes Berlin nach dem Viermächte-Abkommen
264 Seiten, Snolinbroschur 25,– DM

Gregorij I. Tunkin
Völkerrechtstheorie
Die gesamte sowjetische Völkerrechtsdoktrin und ihre sozialen Grundlagen in Gegenüberstellung zur bürgerlichen Lehre. Herausgegeben von Theodor Schweisfurth. 496 Seiten, Balacronband 60,– DM

See- und Außenhandels-Schiedsgerichtsbarkeit der UdSSR
Einzelausgabe aus dem Loseblattwerk ‚Die Gesetzgebung der Sozialistischen Staaten'. Eingeleitet und übersetzt von Jan Peter Waehler. 72 Seiten, Snolin 10,– DM

Willy Brandt
Zum sozialen Rechtsstaat
Reden und Dokumente. Herausgegeben von Arnold Harttung. 320 Seiten, Snolinbroschur 15,– DM, Balacronband 20,– DM

Willy Brandt
Außenpolitik – Deutschlandpolitik – Europapolitik
Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt. Vorwort von Willy Brandt. 168 Seiten, kartoniert 10,– DM, gebunden 12,50 DM

Die Staatsordnung der DDR
Gesetzestexte mit Einleitungen und Anmerkungen. Herausgegeben von Herwig Roggemann; ca. 350 Seiten, Snolinbroschur 25,– DM

Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetzestexte mit Einleitungen und Anmerkungen. Herausgegeben von Herwig Roggemann. 296 Seiten, Snolinbroschur 25,– DM

Hermann Hilterscheid
Industrie und Gemeinde
Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk; ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung. 348 S., 12 Tabellen, Balacron 50,–

BERLIN VERLAG · 1 Berlin 33 · Ehrenbergstraße 29

UZ. Marx schreibt mit!

Anzeige

Auch Engels. Häufig Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten. Der Kapitalismus steht in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls un der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Ich bestelle hiermit die UZ, Zeitung der DKP für die Dauer von mindestens einem Jahr.

☐ Ich wünsche eine vierteljährliche Rechnung (vierteljährlicher Bezugspreis DM 6,50)

☐ Ich wünsche eine jährliche Rechnung (DM 22,– bei Vorauszahlung)

☐ Ich wünsche ein Lehrlings- Schüler- oder Studentenabonnement. Nachweis erforderlich. (DM 13,– bei Vorauszahlung)

Postleitzahl — Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ort

Straße und Hausnummer

Name, Vorname

Unterschrift — Datum

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12

Geschichte der Klassenkämpfe
Zur materialistischen Geschichtsauffassung

Gundula Bölke
Die Wandlung der Frauenemanzipationstheorie von Marx bis zur Rätebewegung

Ausgangpunkt dieser Schrift sind die Frauenfrage und die Emanzipationsforderung, die aus den Folgen der durch die industrielle Revolution veränderten Situation der Frau resultieren. Indem G. Bölke den Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung aufzeigt, wird deutlich, daß das Problem der Frauenemanzipation nur im Rahmen des Klassenkampfs gesehen werden kann. Gleichzeitig liefert G. Bölke damit einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die organisierenden Bestrebungen der Frauengruppen in der BRD.
Literaturverzeichnis. 75 S. 3,50 DM

Rosa Luxemburg und die Oktoberrevolution 1917

Es gilt festzustellen, daß R. Luxemburg trotz der Interpretationen verschiedenster Fraktionen der sozialistischen Parteien und bürgerlicher Ideologen, nicht gegen die Oktoberrevolution und die Bolschewiki schrieb, sondern für sie. Vielmehr sind ihre Schriften eine frühes Beispiel derjenigen Kommunisten, die in der bolschewistischen Revolution ansatzweise schon die verratene Revolution erkannten. Inahlt: R. Luxemburg "Die russische Revolution" und Texte von Cliff, Nettl, Frölich zu diesem Thema. 3,- DM

Karl Korsch
Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung

Eine quellenmäßige Darstellung.
"... Bleibt der einzige Weg, wie man sich des wirklichen Sinnes des Marxschen Materialismus bemächtigen kann, eine Vertiefung in die Art und Weise, wie Marx und Engels ihr materialistisches Prinzip in ihren Werken selber angewandt haben. Eine gewisse Hilfe sollen die hier zusammengestellten, größtenteils von Marx und Engels herrührenden Sätze leisten." (K. Korsch in seinem Vorwort) 54 S. 2,- DM

Diese Texte sind in allen politischen Buchhandlungen erhältlich. In Hamburg: MANIFEST, Politischer Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79, Tel. 0411/44 40 03

Versand gegen Vorausrechnung durch:

MANIFEST Buchversand
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79

BUCHLISTE ANFORDERN!

★spartakus

2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon 0411/41 74 84

JÜRGENS BUCHLADEN

Politische Oekonomie
Theorie & Geschichte der Arbeiterbewegung
Politik

NATURWISSENSCHAFTEN
MEDIZIN PSYCHOLOGIE
SOZIOLOGIE ERZIEHUNG

Jürgen Schleicher 1 Berlin 33
Königin-Luise-Str. 40 Dahlem Dorf
Telefon: 0311 - 769 16 25

Rotbücher

Sozialistisches Jahrbuch 4

Gegen die **Psychiatrie.** – Kuba: **Heberto Padilla,** ein Fall. – Jacques Valier, **Kuba 1968–71.** – Fred Halliday, Der Aufstand in **Ceylon.** – Interview mit **Bernadette Devlin.** – **Klaus Hartung,** der Prozeß gegen Dieter Kunzelmann. – **Regis Debray,** Was wir von den Tupamaros lernen können.
Herausg. von **Wolfgang Dreßen.**
ROTBUCH 41. 192 Seiten. DM 6,50

Ch. Bettelheim / M.-A. Macciocchi u. a.

China 1972

Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution
Anhand von Dokumenten, Interviews und Protokollen aus dem heutigen China wird das Funktionieren der chinesischen Massendemokratie, der Alltag in Betrieb und Schule dargestellt.
ROTBUCH 42. 160 Seiten. DM 6,50

Eckhard Joite

Fixen: Opium fürs Volk

Konsumentenprotokolle
Fixer und andere Drogenabhängige beschreiben in Tonbandprotokollen bewußt oder unbewußt ihre Zerstörung. Mitglieder des Berliner Release-Zentrums kommentieren diese Berichte und beschreiben den politischen Ausweg aus dem „Drogenklima".
ROTBUCH 38. 144 Seiten. DM 5,50

D. Guérin / E. Mandel

Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals

In diesem verständlichen Schulungstext wird die politische Ökonomie des Monopolkapitalismus nicht über einen fertigen marxistischen Begriffsapparat vermittelt, sondern durch praktische, anschauliche Beispiele aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben.
ROTBUCH 37. 144 Seiten. DM 6,50

Pino Ferraris

Die 100 Tage von Reggio

Bericht über einen Aufstand in Süditalien
Ferraris zeigt – wie Marx am Beispiel der Pariser Kommune – die konkreten Ursachen der Revolte in Reggio: den Musterfall eines Aufstandes, demgegenüber die Linke nicht einmal Begriffe entwickeln konnte und der so von den Faschisten übernommen wurde.
ROTBUCH 35. 112 Seiten. DM 4,50

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR
UND DISKUSSION

64 **Frankreich - Mai 1968**
Analysen von André Glucksmann, André Gorz, Ernest Mandel u. a.

71 **Literatursoziologie II**
Lucien Goldmanns Methode — zur Diskussion gestellt

72 **Literatur und Revolution**
73 **Germanistik in Italien**

74 **Deutschunterricht — Gegenmodelle**

76 **Proletarische Partei und bürgerliche Literatur**
Fülberth: Sozialdemokratische Literaturkritik vor 1914 (Mehring, Roland-Holst, Lafargue, Plechanov) — Aus der Debatte über „Kunst und Tendenz" 1910/11 — Fähnders, Rector: Proletarisches Theater 1919-1921 u. a.

77 **Schule Intelligenz Kapitalismus**
Mandel: Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf — Münchner Kollektiv: Zum Problem der Sozialisation im Kapitalismus — Berliner Kollektiv: Widersprüche in der Strukturreform des Bildungssystems am Beispiel der Gesamtschule u. a.

78 **Materialistische Literaturtheorie III**
79 **Brechts Modell der Lehrstücke**

80 **Tschechischer Strukturalismus Ergebnisse und Einwände**
Mukařovský: Formalismus und Strukturalismus — Konrad: Marxistische Bemerkungen zum neuen Formalismus (1934) — Günther: Die Konzeption der literarischen Evolution im tschechischen Strukturalismus u. a.

81 Grebeníčková: **Zu Karl Kraus** — Gerlach: **Zur Hölderlinforschung der Tübinger Schule** — Hübner: **Polemisches zum Literaturbetrieb** (Demetz, Wapnewski)

82 **Materialistische Literaturtheorie IV Eine Methodenkontroverse**
Richter: Geschichte und Dialektik in der materialistischen Literaturtheorie — KSV-Zelle Germanistik (FU Westberlin): Thesen zum historisch-materialistischen Studium in der Literaturwiss. — Redaktionskollektiv Alternative: Was heißt historisch-materialistisches Verfahren für den Literaturunterricht? — Fülberth: Materialistische Literaturtheorie und poltische Praxis u. a.

83 **Parteilichkeit im Grundschulunterricht**
Kanitz: Eine objektive, aber gefährliche Rechenstunde — Berliner Kollektiv: Arbeit und Geld. Entwurf von Unterrichtseinheiten für die Grundschule (mit beigefügten Unterrichtsmaterialien) u. a.

84 **Materialistische Literaturtheorie V**
85 Bauer: Historisch-materialistische Literaturwissenschaft, mit Kafka als Zeugen für den Klassenkampf — Alternative: Das Vermittlungsproblem, Notizen zum Beitrag von Bauer — Anders, Klobusicky: Zur Brecht-Lukács-Kontroverse, zugleich eine Kritik an Gallas, Mittenzwei und Völker — Gallas: Antwort an Anders/Klobusicky — Lukács: Gustav von Wangenheim (unveröffentlicht)

86 **Mit der Gitarre auch die Knarre ...**
Politische Songs aus Lateinamerika Westdeutsche Kapitalinteressen in Lateinamerika — Investitionsland Brasilien — Deutsche in Bolivien — Songs und Kommentare.

Jahresabonnement 14,50 DM: ausschließlich über den Alternative Verlag, 1 Berlin 31, Konstanzer Straße 11/II. Einzelnummer 3,— DM, Doppelnummer 5,— DM: über jede Buchhandlung.

VERLAG
das europäische buch
Literatur Vertrieb GmbH.

Zentralbuchhandlung
für Literatur aus der DDR

Berlin 12
Knesebeckstraße 3
Telefon 3137744
An der TU

Wieder lieferbar

Georg Klaus und Manfred Buhr
Philosophisches Wörterbuch
Leinen in 2 Bänden zus. 1221 Seiten
DM 22,—

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland
Kollektiv unter Leitung D. Fricke Jena
BAND 1 „ALLDEUTSCHER VERBAND" BIS „FORTGESCHRITTENE VOLKSPARTEI" 806 S. DM 52,–
BAND 2 „FRAKTION AUGSBURGER HOF" BIS „ZENTRUM" 800 S. DM 52,–

W. S. Wygodski
Die Geschichte einer großen Entdeckung
(Karl Marx und sein Kapital) DM 3,80

Berlin 33, Thielallee 34, Tel. 8328186 · An der FU
das europäische buch

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

16 (Febr. 72)

Paul Boccara: **Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie/** Karl Unger: **Der Krieg zwischen Indien und Pakistan.**

Hannes Furth: Lohnkampf der Metallarbeiter/Dorlies Pollmann, Anne Kahn: Ansätze zur Analyse und Veränderung der Situation der Frauen in der BRD/Winfried Roth: Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie/Sebastian Herkommer: Vom Elend der Industriesoziologie/Willi Gerns, Robert Steigerwald: Antwort auf Kritik am Entwurf der Thesen der DKP/Jupp Schmitz: Antigewerkschaftlicher Kampf in den Gewerkschaften/Günter Krause: Das neueste Stadium von Pierre Jalees Imperialismus/Burkhard Hoffmann: "... Dem mit der Marxschen Theorie vertrauten Leser wird auffallen..."

17 (April 72)

Paul Oehlke: **Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien/**Rainer Tetzlaff: **Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika.**

Rainer Lohse: "Reinhaltung des Staatsapparates"/Kurt Hartwig: Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse/Walter Brusche: Zu einigen Problemen der VR-China/Klaus Pickshaus, Dieter Raulff: Klassenkämpfe in Großbritannien/ Dorlies Pollmann: Zur Frage: Gleichberechtigung oder Emanzipation: "Verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst".

18 (Juni 72)

Kyoichi Maekawa: **Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole/**Hermann Lehmann: **Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus/**Paul Boccara: **Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie.**

Detlev Albers: Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen/Georg Landwirth: Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus/Lothar Peter: Klassenkämpfe in Westeuropa.

19 (August 72)

Paul Boccara: **Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus/**Kyoichi Maekawa: **Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.**

Albert Engelhardt: Sozialistische ökonomische Integration/Ilan Reisin: Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse/Peter Römer: Zur These des Funktionswandels des allgemeinen Gesetzes im Aufsatz zur "Sozialstaatsillusion" (SOPO 6/7)

Ein neues Manuskript von Karl Marx

20 (Okt. 72)

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: 1. Kathrin Schran: **Sackgassen und Perspektiven für Westberlin/**2. Sonja Piron: **Die Westberliner Arbeiterklasse/**Kyiochi Maekawa: **Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in Japan.**

Klaus Pickshaus: Dockerstreik in Großbritannien/Wolfgang Ehrhardt: Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus/Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser: Lehrerausbildung und politischer Kampf/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich.

Wenn Sie eine Zeitung suchen,

die keine nationalistischen Illusionen nährt –
die für Verständigung und Abrüstung, für Demokratie und Fortschritt eintritt –
die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert,
die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen des Großkapitals orientiert –

dann müssen Sie die

Deutsche Volkszeitung

kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH. 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

6794/DM 3,80

6795/DM 3,80

6791/DM 4,80

193/DM 4,80

6788/DM 8,80

1602/DM 3,80

1599/DM 3,80

1606/DM 3,80